**Protokoll der 48. Sitzung**

der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ am Freitag, dem 22. Oktober 1993; Beginn: 10.00 Uhr; Bonn, Bundeshaus, NH 1903;; Vorsitz: Abg. Rainer Eppelmann (CDU/CSU), Abg. Margot von Renesse (SPD); einziger Punkt der Tagesordnung: Öffentliche Anhörung zu dem Thema

# „Die Deutschlandpolitik von 1949 bis in die sechziger Jahre“

**Inhalt**

**Eröffnung**
Rainer Eppelmann . . . . . 238

**Vorträge**
Horst Möller . . . . . 240
Bernd Faulenbach . . . . . 254
„Die Deutschlandpolitik von 1949 bis in die sechziger Jahre“
Josef Foschepoth . . . . . 265
„Adenauer und die deutsche Frage“
Gerhard Wettig . . . . . 271
„Die Deutschland-Note vom 10. März 1952 nach Akten des sowjetischen Außenministeriums“

**Diskussion** . . . . . 275

**Anlage**
Horst Möller, Schwerpunkte der Politik Konrad Adenauers in bezug auf die Deutschlandpolitik und die Westintegration, 1949–1963 (Manuskriptfassung) . . . . . 326

**Vorsitzender Rainer Eppelmann (CDU/CSU):** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte Sie alle ganz herzlich begrüßen, in besonderer Weise, Sie verzeihen mir die Heraushebung, den Vertreter der Bundeszentrale für politische Bildung. Ich halte es für ungeheuer wichtig, daß er immer wieder mit dabei ist und durch sein Dabeisein immer wieder zeigt, daß das, was diese Enquete-Kommission leistet, etwas Wichtiges ist und unter die Menschen gebracht werden muß. Wir sind zutiefst davon überzeugt, unsere Aufgabe kann nur gelingen, wenn sie von möglichst vielen Deutschen zur Kenntnis genommen wird. Ich freue mich auch darüber, daß ein Fachminister unseres

Themas, der sich mit gesamtdeutschen Teilungs-Fragen befassen mußte, heute unter uns ist. Ich begrüße herzlich Herrn Dr. Erich Mende. (Beifall)

Die heutige 48. Sitzung der Enquete-Kommission, die in öffentlicher Anhörung das Thema „Die Deutschlandpolitik von 1949 bis in die sechziger Jahre“ behandelt, steht für mich in engster Verbindung zu der zweitägigen Veranstaltung, die wir in der vorigen Woche im Berliner Reichstag hatten, am 12. und 13. Oktober 1993. Da haben wir die Deutschlandpolitik gewissermaßen von außen her betrachtet. Wir haben uns mit den internationalen Rahmenbedingungen der Deutschlandpolitik beschäftigt und der besonderen Rolle, die das geteilte Berlin dabei spielte.

Mich hat und ich möchte noch einmal daran erinnern, bei dieser Anhörung ganz stark beeindruckt, was die ausländischen Freunde und Kollegen uns berichtet haben. Sowohl unter den Menschen, die sich im Prager Frühling engagierten und um die Charta 77 organisierten, wie auch bei denen, die in Polen die Solidarnosc zur gesellschaftsverändernden Massenbewegung machten, gab es nicht wenige, die über die deutschen Perspektiven offensichtlich ein Stück anders als wir und auch sehr kreativ nachdachten. Wenn da von den neuen Perspektiven gesprochen wurde, die sich nach der Veränderung der sozialistischen Zwangsregime ganz selbstverständlich ergeben müßten, dann spielte auch die folgende Überlegung immer wieder eine wichtige Rolle: Das zueinanderfindende Europa kann nur im Frieden leben, wenn die deutsche Frage befriedigend gelöst worden ist. Befriedigend gelöst werden kann die deutsche Frage aber nur auf dem Weg der Vereinigung oder Wiedervereinigung. Dabei gab es bei den polnischen, tschechischen und slowakischen Freunden gewiß auch sehr unterschiedliche Vorstellungen, in welcher Weise und in welchen Zeiträumen diese deutsche Vereinigung bewerkstelligt werden könnte. Aber die Perspektive war da! Gewiß auch deshalb, weil das nationale Selbstverständnis bei unseren östlichen Nachbarn nicht jene Brüche hinnehmen mußte, die uns Deutsche vor dem Hintergrund unserer jüngsten Geschichte nicht erspart bleiben konnten.

Wir haben, wenn wir in Deutschland über die Zukunft unseres geteilten Landes nachdachten, die Perspektiven anders gesehen und bewertet. Wir haben zu beiden Seiten der Grenze immer wieder gesagt: An den deutschen Verhältnissen darf nicht gerüttelt werden! Sie müssen als Folge des Zweiten Weltkrieges hingenommen werden. Es ist auch nicht vorstellbar, daß die Sowjetunion, die in diesem Krieg Millionen von Menschen verloren hat, das wieder aufgibt, was sie als die Frucht eines unter großen Opfern errungenen Sieges betrachtet. Wir waren uns sicher, daß grundlegende Veränderungen nur um den Preis der Gefährdung des Friedens in Europa möglich sein könnten. Und ein solcher Preis, das sage ich zumindest für uns Ostdeutsche, schien uns zu hoch!

Hier gab es einen weitreichenden Konsens. Und dieser Konsens galt auch

deshalb als unbestritten, weil wir sicher zu sein glaubten, das „wir“ bezieht sich jetzt auch wieder auf ehemalige DDR-Bürger, daß die Großmächte ihre Interessensphären gegeneinander zuverlässig abgesteckt hatten. Alle Konflikte, die es in den Nachkriegszeiten gegeben hat, fanden ihre Begrenzung durch den jeweiligen Machtbereich des anderen politischen Blocksystems.

Wir werden heute von berufenen Sachkennern einen Überblick über die verschiedenartigen Konzeptionen vermittelt bekommen, die in der Bundesrepublik Deutschland damals im Blick auf die Zukunft des geteilten Deutschlands entwickelt wurden. Dabei wird auch die Frage eine Rolle spielen müssen, wie man mit der politischen Verpflichtung des Grundgesetzes umgegangen ist. In der Präambel des Grundgesetzes von 1949 heißt es ja bekanntlich: „Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.“

Wir werden auch etwas von der Einstellung der Sowjetunion gegenüber der deutschen Frage in den ersten Nachkriegsjahren hören. Noch immer wird darüber gestritten, ob Stalin zu einer bestimmten Zeit tatsächlich bereit gewesen sein könnte, der Wiedervereinigung Deutschlands zuzustimmen.

Ich danke denen, die uns heute genauer informieren wollen, für Ihre notwendige Aufklärungsarbeit. Noch immer wuchern ja manche Legenden, durch die wir zum Kern der historischen Wahrheit durchstoßen müssen, wenn wir unsere Vergangenheit im geteilten Deutschland aufarbeiten wollen.

In der Hoffnung, daß uns dies heute ein Stück gelingt und wir auf unserem Weg ein Stück weiter kommen, möchte ich den ersten Vortragenden bitten, nach vorn zu kommen, und zwar Herrn Professor Dr. Horst Möller, den Direktor des Instituts für Zeitgeschichte in München.

**Prof. Dr. Horst Möller:** Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren Abgeordneten, meine Damen und Herren! Wir wissen durch die Zugänglichkeit vieler Quellen sehr viel über die Motive der beteiligten Politiker, Parteien und Gruppierungen an der Deutschlandpolitik der 1950er und 1960er Jahre. Viele der zentralen Quellenbestände sind veröffentlicht, beispielsweise in der großen Adenauerausgabe aus Rhöndorf, in den Veröffentlichungen der Fraktionsprotokolle von FDP und SPD bei der Bonner Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, durch die Veröffentlichung der Kabinettsprotokolle der Bundesregierung für die Zeit zu Beginn der 1950er Jahre und andere Veröffentlichungen. Sie werden von mir nun nicht erwarten, daß ich in ungefähr einer halben Stunde auf die zahlreichen Einzelheiten, die wir jetzt durch die Veröffentlichungen genauer wissen, eingehe oder auch im einzelnen eingehe auf die zugänglichen Akten zur auswärtigen Politik der beteiligten Westmächte; die der damaligen Sowjetunion liegen in dieser Form, wie es für die Westmächte gilt, bisher immer noch nicht vor. Auf der anderen Seite gibt es auch hier inzwischen einzelne Erfolge in der Erforschung wesentlicher Grundprobleme. Auf ein Beispiel gehe ich nachher noch ein. Es

geht mir im folgenden im wesentlichen darum, die Grundlinien der Deutschlandpolitik in den 1950er Jahren bis zu Beginn der 1960er Jahre darzustellen, weil ich meine, daß manche der Streitfragen, auch die, die der Vorsitzende eben erwähnt hat über das Jahr 1952, sich allein schon durch eine angemessene Berücksichtigung der grundlegenden historischen Voraussetzungen zumindest relativieren, wenn nicht erledigen.

Zwei Faktoren, meine Damen und Herren, die Aufteilung Deutschlands und der weltpolitische Gegensatz zwischen den USA und ihren Alliierten auf der einen und der Sowjetunion und ihren Satellitenstaaten auf der anderen Seite, wurden zu Determinanten jeglicher Deutschlandpolitik nach 1945. Die Möglichkeiten für eine Beteiligung deutscher Stellen an der Entwicklung der deutschen Frage nach 1945 oder auch an außenpolitischen Entscheidungsprozeßen insgesamt resultierten aus der Entwicklung dieses Dualismus von West und Ost seit Kriegsende, das heißt, diese Möglichkeiten setzten die Teilung Deutschlands faktisch voraus, da sie als einzige Gemeinsamkeit der ehemaligen Anti-Hitler-Koalition übriggeblieben war: In den Überlegungen der Westalliierten **und** der Sowjetunion galt für lange Zeit die deutsche Teilung als Unterpfand für die Sicherheit vor einem soeben besiegten aggressiven deutschen Nationalismus.

Wir müssen also davon ausgehen, daß nach 1945, so unklar viele alliierte Konzeptionen und so uneinheitlich sie auch waren, zunächst einmal keinerlei Interesse, weder in West noch in Ost, daran bestand, einen deutschen Nationalstaat in dieser Form schnell zu reorganisieren, wie er bis 1945 oder auch bis 1933, um ein Datum vor der NS-Herrschaft zu nehmen, bestanden hatte. Und welche Wirkungen das in der politischen Mentalität hatte, das sehen Sie ja bis heute, etwa in der Veröffentlichung der Thatcher-Memoiren, daß also die Bereitschaft auch auf westlicher Seite, hier zu einer konstruktiven Deutschlandpolitik beizutragen, ja bis in unsere Tage hinein nicht überall gleichermaßen gut entwickelt war. Auch die Initiativen des französischen Staatspräsidenten Mitterrand waren in der Wiedervereinigungsphase ja zumindest mißverständlich.

Damals, nach 1945, trat ein wesentliches mentales Element hinzu: Ganz anders als nach dem Ersten Weltkrieg näherten sich die Wünsche der Westdeutschen relativ schnell den politischen Wertvorstellungen der westlichen Welt an. Und in diesem Sinne muß man die **Deutschlandpolitik** immer in engem Konnex zur **Westintegration** der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Wertegemeinschaft, ich meine das zunächst einmal in einem politischen Sinn, bevor ich es in einem militärischen Sinn meine, berücksichtigen. Insofern ist die Westintegration der Bundesrepublik ein sehr viel komplizierterer Prozeß gewesen, als es in vielen vordergründigen Diskussionen erscheint, die immer nur auf die Frage der militärischen Integration, der EVG-Verträge oder der NATO konzentriert sind. Es handelt sich vielmehr um einen vielschichtigen

Prozeß mit einer Fülle politischer, ökonomischer, gesellschaftlicher, auch psychologischer Faktoren und eben auch von Wertsetzungen.

Innerhalb dieser Rahmenbedingungen gestaltete die Bundesregierung seit 1949 ihre Deutschlandpolitik. Im folgenden werden Konrad Adenauer und die Bundesregierung deswegen eine stärkere Rolle erhalten als die anderen Politiker und Parteien, nicht weil sie geringzuschätzen seien, sondern deswegen, weil Adenauer zunehmend zur dominierenden und entscheidenden Figur der deutschen Politik in diesen Fragen wurde. Wir müssen, um die Beurteilung für die Zeit nach 1949 angemessen vornehmen zu können, aber ganz deutlich sehen, daß es zwischen 1945 und 1949 zwar Möglichkeiten zur politischen Diskussion gab, daß es eine Vielzahl auch außenpolitischer Konzeptionen innerhalb und außerhalb der Parteien gab, daß diese Konzeptionen aber mehr oder weniger theoretisch blieben. Von einer Außenpolitik im praktischen Sinne kann, zumindest bis 1949, nicht die Rede sein, und dies ist deswegen so wichtig, weil es auch die Frage, welchen Handlungsspielraum die Bundesregierung und der Bundestag nach 1949 besaßen, ganz entscheidend prägt. Diese frühen Diskussionen über Konzeptionen der Außenpolitik sind sicher auch von historischem Interesse. Sie sind auch von Interesse, weil sie die Fronten innerhalb der Parteien klären, weil sie die konzeptionellen Überlegungen wieder aufnehmen, die es über deutsche Außenpolitik im 20. Jahrhundert gegeben hat, die immer wieder in späteren Phasen aktualisiert worden sind. Beispielsweise das Neutralismuskonzept, das der FDP-Politiker Pfleiderer 1953 vertrat, ein Konzept, das zum Teil Bezug nahm auf ältere Konzepte deutscher Außenpolitik aus den 1920er Jahren, zielend auf eine Neutralität Deutschlands zwischen verschiedenen Machtgruppierungen, ich will für diese Zeit nicht von Blöcken sprechen. Auf der anderen Seite spielte es für Konrad Adenauer und andere Politiker durchaus eine Rolle, sich aus diesen Determinanten klassischer deutscher Außenpolitik der 1920er Jahre zu lösen, weil man der Meinung war, sie hätten in eine Sackgasse geführt, in eine Sackgasse, die zu einer Schaukelpolitik Deutschlands zwischen Ost und West führte, zu einem Sonderweg nicht nur außenpolitischer, sondern auch innenpolitischer Art, und die immerhin den Weg in die Diktatur mitbedingt hat. Das heißt also, bei denen, die von dem Neutralismuskonzept nichts wissen wollten, spielte die Verinnerlichung der historischen Erfahrung Deutschlands im 20. Jahrhundert eine ganz entscheidende Rolle. Es handelt sich hier nicht bloß, wie man manchmal geneigt ist anzunehmen, um kurzfristige tagespolitisch motivierte Entscheidungen, sondern durchaus um langfristige oder mittelfristige, historisch reflektierte politische Weichenstellungen.

Man muß sich auch zweitens bewußt sein, daß nach der im Herbst 1949 erfolgten Gründung der Bundesrepublik Deutschland zwar in einem weitergehenden, auch im einzelnen praktischen Sinn von Außenpolitik die Rede sein konnte, daß aber auch 1949 noch kein grundsätzlicher Handlungsspielraum zu

vollkommen anderen außenpolitischen Konzeptionen bestand. Die Einschränkungen ergeben sich nicht nur aus der Vorgeschichte, die im Frühjahr 1948 im wesentlichen beginnt. Das Jahr 1947/48 ist in gewisser Weise ein Epochenjahr für die Weichenstellung nach Westen, für die Absicht der Westalliierten, die drei Westzonen zu einem Staat oder immerhin staatsähnlichen Gebilde auszubauen, als Antwort auf das Vordringen der Sowjetunion nach Mitteleuropa. Ich rufe nur in Erinnerung im Februar 1948 den Staatsstreich der Kommunisten in der Tschechoslowakei, der vielen Beobachtern damals als eine Wiederholung, wenn auch mit ideologisch anderem Vorzeichen, des Hitlerschen Einmarsches und der Hitlerschen Tschechoslowakeipolitik erschienen ist und insofern die Notwendigkeit im Westen klar machte, daß hier eine Gegenreaktion erfolgen mußte. Ich will jetzt auf die einzelnen Schritte, die diese Gegenreaktion immer wieder provoziert haben, nicht eingehen. Nur ein besonders spektakuläres Beispiel will ich für die spätere Zeit nennen, 1950 den Korea-Krieg, der im Westen als Schock empfunden wurde und der nicht nur in der frühen Bundesrepublik selbst, sondern auch bei den Westmächten sehr schnell die Überlegung reifen ließ, daß Deutschland für die westliche Verteidigung notwendig sei. Schon 1950 haben beispielsweise Churchill und de Gaulle, de Gaulle wohl sicher als erster französischer Politiker zu der Zeit, Überlegungen für einen westdeutschen Verteidigungsbeitrag angestellt. Diese Situation, in der man auf westlicher Seite, weltweit von Korea bis zur Tschechoslowakei, die Erfahrungen der Jahre 1948 bis 1950 machte, das heißt, ein Vordringen der Sowjetunion fürchtete, stärkte ganz naturnotwendig nicht nur bei der Bundesregierung, sondern beispielsweise auch bei dem Oppositionsführer Kurt Schumacher die Überlegungen, der Westen müsse verteidigungsbereit sein und die Bundesrepublik könne sich dem nicht entziehen. Die Bedrohungssituation muß ernstgenommen werden.

Ernstgenommen werden für die Determinanten der westdeutschen Politik nach 1949 muß auch die Vorgeschichte, in der die Westalliierten der Londoner Sechsmächte-Konferenz im Frühjahr 1948 auf das Vordringen der Sowjetunion reagierten. Als dann die Frankfurter Dokumente am 1. Juli 1948 an die deutschen Ministerpräsidenten überreicht wurden, war der Weg in einen westlich orientierten Staat zunächst erst einmal vorgegeben. Die Reaktion der deutschen Ministerpräsidenten auf diese Vorgaben war durchaus situationsangemessen insofern, als man die damit verbundenen Risiken für die innerdeutsche Entwicklung durchaus sah. Es war aber nicht so, daß in der Ministerpräsidenten-Konferenz die auf die Übergabe der Frankfurter Dokumente der Westalliierten reagierte, eine parteipolitisch einheitliche Meinung geherrscht hätte. Beispielsweise gab es auf seiten der SPD etwa die Reaktion von Carlo Schmid für Württemberg-Hohenzollern, der sagte: Wenn wir diesen Weg gehen, dann schlagen wir die letzte Chance aus der Hand, zu einer deutschen Einheit zu kommen. Es gab auf der anderen

Seite Ernst Reuter, ich konzentriere mich jetzt auf die SPD, der sagte: Wir haben gar keine andere Möglichkeit, wir müssen die Westzonen wirtschaftlich stärken, wenn wir je die Chance haben wollen, auf die Sowjetzone zu wirken. Dieses ist eine Diskussion gewesen, die quer durch die großen politischen Parteien dieser Zeit ging, und man kann nicht sagen, daß die eine Partei so und die andere so gedacht hätte. Es gab unterschiedliche Stimmen, die sich, das muß man sagen, der Schwere des Problems durchaus bewußt waren. Man kann hier aber auch sehen, daß die spätere Formulierung der Politik der Stärke, die ja immer als eine Politik bloß Adenauers angesehen wurde, zu diesem Zeitpunkt eine Politik war, die auch von anderen geteilt wurde. Die berühmte Magnettheorie findet sich eben schon in den Formulierungen Schumachers, Magnettheorie insofern, daß man sagte, wenn die westlichen Zonen wirtschaftlich stark und attraktiv sind, dann werden sie einen Sog auf die sowjetische Zone ausüben. Diese Annahme verfolgte damals nicht nur Ernst Reuter, sondern auch Konrad Adenauer, der damals nicht zu den Ministerpräsidenten gehörte, aber eben auch Kurt Schumacher. Diese Weichenstellungen bis hin zu den Verfassungsberatungen und den Grundzügen des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland waren Schritte zur ideellen und politischen Westintegration, schon bevor die Bundesrepublik im staatsrechtlichen Sinne gegründet war. Die Widerstände, die sich im Frühsommer 1948 gegenüber den Militärgouverneuren entwickelten, trafen auf eine sehr harte und unwirsche Reaktion, insbesondere bei General Clay, die die Bedenken der Ministerpräsidenten zurückwies. Auch dieses muß man ganz deutlich betonen, weil es zeigt, daß, zunächst einmal für das Jahr 1948, die Westalliierten jedenfalls nicht bereit gewesen wären, eine andere Politik als die der Westintegration zuzulassen.

Nun ist dieses keine Aussage darüber, was die Deutschen wollten, ich sagte ja, es hat sich sehr schnell ein Konsens der Westalliierten und der westdeutschen Bevölkerung über die politischen Grundweichenstellungen, was die Integration in eine demokratische, in eine Gemeinschaft demokratischer Staaten angeht, herausgebildet. Es korrespondierten zum Glück, und das war ganz anders als nach 1918/19, die westalliierten Vorgaben mit der verantwortlichen Entscheidungsbildung der führenden westdeutschen Politiker aller demokratischen Parteien in der Übergangsphase zwischen 1945 und 1949. Trotz vieler Einflußnahmen, die etwa auch am englischen Beispiel nachweisbar sind, auf die Grundgesetzberatungen, ist es eine Verfassung geworden, die die politischen Repräsentanten der Westdeutschen aus freien Stücken schufen, mit Einwirkungen auf die Finanzverfassung, auf die föderative Strukturierung des neuen Staatswesens usw. Aber es gab hier keinen grundsätzlichen Dissens. Aber man muß betonen, wenn es den gegeben hätte, wäre der Spielraum für die deutsche Politik in dieser Frage gleich Null gewesen. Und dieses muß man

berücksichtigen, wenn man für die Zeit nach 1949 fragt, welche Alternativen es zu der dann tatsächlich verfolgten Politik gegeben habe.

Konrad Adenauer hat diesen Zusammenhang in seiner ersten Regierungserklärung vom 20. September 1949 ganz klar beschrieben. Vor dem Deutschen Bundestag hat er u. a. ausgeführt: „Der einzige Weg zur Freiheit ist der, daß wir im Einvernehmen mit der Hohen Alliierten Kommission unsere Freiheiten und unsere Zuständigkeiten Stück für Stück zu erweitern versuchen... Es besteht für uns kein Zweifel, daß wir nach unserer Herkunft und nach unserer Gesinnung zur westeuropäischen Welt gehören." Und in bezug auf die Teilung Deutschlands konstatierte der neue Bundeskanzler damals 1949, und man könnte fast sagen, es hätte auch 1989 gesagt sein können: „Diese Teilung... ist durch Spannungen herbeigeführt worden, die zwischen den Siegermächten entstanden sind. Auch diese Spannungen werden vorübergehen. Wir hoffen, daß dann der Wiedervereinigung... nichts mehr im Wege steht."

Es ist ausgeschlossen, daß ich nun im folgenden, nachdem ich diese Grundlagen ganz kurz skizziert habe, auf die einzelnen Stationen eingehe, die für die Deutschlandpolitik der nächsten zehn/fünfzehn Jahre entscheidend sind. Ich konzentriere mich auf die Grundlinien. Zunächst einmal ist zu konstatieren, daß die oft anzutreffende Meinung, Adenauer sei außerordentlich starr in seiner Außenpolitik gewesen, tatsächlich nicht zutrifft. Nicht nur, wie Peter Siebenmorgen gezeigt hat, daß er der erste war, der seit 1951 den Begriff „Entspannung, Entspannungspolitik" brauchte, man kann sagen, bis in das hohe Alter, bis zu der berühmten Rede auf dem CDU-Parteitag schon als Alt-Bundeskanzler, in der er sagte, die Sowjetunion sei nicht mehr im militärischen Sinne als aggressiv anzusehen, weil sie in den Kreis der friedliebenden Mächte eingetreten sei und den Frieden brauche – also ich zitiere jetzt etwas locker aus dem Kopf – bis hin zu dieser Äußerung eines über 90jährigen zeigt sich eine erstaunliche flexible Reaktion auf politische Entwicklungen. Warum der Eindruck der Starrheit entstehen konnte, das liegt ganz sicher daran, daß die Grundlinien bei Adenauer in der Tat kontinuierlich durchgehalten werden. Die Grundoptionen sind in der Tat bei ihm von Anfang bis Ende identisch, aber ihre Praktizierung ist äußerst flexibel. In Einzelfragen hat er immer wieder ganz flexible Reaktionsfähigkeit gezeigt. Diese Grundorientierung Adenauerscher Außenpolitik ist insofern phänomenal, als sie bereits nach dem Ersten Weltkrieg beginnt. Bei den Reden etwa, die er zur Gründung der Kölner Universität gehalten hat, hat er ganz klar diese Wertorientierung zum Westen, die Versuche, zu einer Verständigung mit Frankreich und den Westmächten schon zu dieser Zeit zu kommen, unterstrichen. Dem wohnte bei Adenauer ganz eindeutig ein antipreußisches Element inne, Preußen im Sinne des alten Hegemonialstaates des Kaiserreichs. Und die Orientierung, die er dort gehabt hat, auch Vorschläge schon 1919 zu einer Wirtschaftsgemeinschaft

mit Frankreich, die damals sicher illusionär waren, hat sich mutatis mutandis durchgehalten.

Diese Verbindung klarer Grundkonzeptionen und Flexibilität in den Einzelfragen ermöglichte es dann der Bundesregierung, Rückschläge in außenpolitischen Gestaltungsfragen sehr flexibel aufzufangen. Ein solcher massiver Rückschlag für Adenauers Politik war beispielsweise das bekannte Scheitern der EVG 1954. Das führte aber nicht zu einer Änderung des außenpolitischen Kurses, zumal dann, dieses ist sicher ein Glücksfall für Adenauers Politik gewesen, den er nur ganz begrenzt beeinflussen konnte weil situationsbedingt, Alternativen zur EVG im Gesamtrahmen dieser kontinuierlich verfolgten Politik der Westintegration möglich waren. Dazu gehörten auch die mit dieser alten Preußenanimosität des Rheinländers, der einer Region entstammte, die in Preußen im 19. Jahrhundert sozusagen mehr oder weniger zwangsintegriert wurde, einhergehende immer stärkere Betonung, daß der Gegner nun Asien sei, und seine bekannten Animositäten bis hin zu den schönen Anekdoten, daß, wenn er als Präsident des preußischen Stabsrates nach Berlin fuhr, bei Braunschweig immer die Vorhänge zuzog, weil er sagte, hier beginne Asien, oder die Bemerkung über seine Backenknochen, er habe asiatische Vorfahren, eine Großtante, die im Harz wohne. Diese Bemerkungen zeigen – selbst wenn sie nicht authentisch sind, sind sie gut erfunden –, daß hier mit der Westorientierung durchaus eine Ablehnung dessen, was er als Gegnerschaft zu den westlichen Werten ansah, erfolgte, und natürlich hatte dieses nichts zu tun mit den Völkern oder Staaten Asiens, sondern mit der kommunistischen Herrschaft der Sowjetunion, die für ihn eine barbarische Herrschaft war.

Adenauers Option für ein liberal-demokratisches System westlichen Typs unterlag angesichts dieser von ihm bereits 1947 in einem Brief an Paul Silverberg benannten Frontstellungen, die dann den Kalten Krieg zwischen West und Ost prägen sollten, keinem Zweifel: Eine wie immer geartete Neutralität Deutschlands konnte es für ihn nicht geben. Dies galt für die ethischen Grundlagen ebenso wie für die innenpolitische Gestaltungsformen des neu zu errichtenden Deutschland. Es galt aber auch für seine außenpolitische Lagebeurteilung, zu der die Notwendigkeit einer Verständigung mit Frankreich ebenso gehörte wie die Ablehnung eines Neutralitätskurses, einer Schaukelpolitik zwischen West und Ost, und es galt ebenso für seine Einkreisungsangst, die er wie viele deutsche Politiker seiner Generation, auch solche ganz unterschiedlicher politischer Orientierung, hatte; die Einkreisungsangst nämlich derjenigen, die die Zeit vor dem ersten Weltkrieg noch im Gedächtnis hatten und die meinten, wenn sich Deutschland nicht eindeutig orientiere, und das konnte in diesem Fall nur eine Westorientierung sein, dann bestehe wieder einmal die Gefahr, daß Rußland und Frankreich sich auf Kosten Deutschlands verständigten. Solche Einkreisungsängste mögen für diese Zeit nicht mehr sehr realistisch gewesen sein, aber sie sind Prägungen einer Generation, für die dieses noch

gegenwärtige Bedeutung hatte. Diese Konzeption Adenauers paßte zunehmend in die weltpolitische Konstellation, wie sie sich durch die Trennung in zwei Gruppen der Besatzungsherrschaft, in die sowjetische Besatzungszone und die drei westlichen Besatzungszonen, entwickelte. Da Adenauer eine solche Westorientierung nicht mit einem Gesamtdeutschland gehen konnte, ging er, und ich meine, er konnte ihn nicht anders gehen, allein mit dem dann entstehenden westdeutschen Teilstaat, wobei man immer wieder betonten muß, daß sein unmittelbarer Einfluß auf die Politik, trotz vieler Einflußnahmen vorher, aber sein starker Einfluß ja erst 1949 beginnen konnte. Seine politische Werteskala lautete dann auch in Anlehnung an eine Formulierung Eugen Gerstenmaiers, und zwar in dieser Reihenfolge, auf die kommt es an, und nicht etwa gleichrangig: Freiheit, Frieden, Einheit.

Angesichts dieser Ausgangssituation wird deutlich, welchen Rang die Verständigung mit allen Westmächten, aber insbesondere mit Frankreich, einnehmen mußte, zumal sie sehr viel schwieriger erreichbar war als die Verständigung mit der angelsächsischen Welt, etwa mit den USA, da Frankreich, eben anders als die USA, unter der NS-Besatzungsherrschaft gelitten hatte und im übrigen auch nach 1945 in unmittelbarer territorialer Nachbarschaft aber auch wirtschaftlicher Konkurrenz zu Deutschland stand.

Nach 1949 spielte sich die Politik der Bundesrepublik Deutschland, welche Konzeption man auch immer zugrunde legen wollte, in dem dauernden Spannungsverhältnis zwischen der faktischen Teilung und dem grundgesetzlich vorgegebenen fortbestehenden Anspruch auf die deutsche Einheit ab. Und diese grundsätzliche Problematik, dieses grundsätzliche Spannungsverhältnis bildete dann auch die wesentliche Ursache für den Streit der politischen Parteien über die einzelnen Schritte der Westintegration der Bundesrepublik. Doch betraf, zu diesem Zeitpunkt, der Streit der Parteien nicht das Ziel der Wiedervereinigung, im wesentlichen nicht einmal die Tatsache der Westintegration, sondern den bestmöglichen Weg dorthin, der die deutsche Frage eben so lange wie möglich offen halten würde. Der Grundkonsens der demokratischen Parteien, der in der Präambel des Grundgesetzes kondensiert war, wurde nicht in Frage gestellt. Es ging um die Frage des Weges, nicht des Ziels.

Bestand zwischen den Regierungsparteien CDU/CSU und FDP bis kurz vor dem Abschluß des sogenannten Deutschlandvertrages am 26. Mai 1952 in der Gestaltung der Deutschlandpolitik wie der Westintegration keine wesentliche Differenz, so zeigten sich zur Konzeption der SPD, die bis 1952 entscheidend von Kurt Schumacher bestimmt war, dann erhebliche Differenzen.

Schumachers Vorstellungen waren in hohem Maße von gesellschaftspolitischen Überzeugungen geprägt. Daß die Reorganisation Europas in seinen Augen stärker von konservativen und kapitalistischen Elementen bestimmt wurde als von sozialistischen, brachte Schumacher dann seit 1948/49, verstärkt nach der Wahlniederlage oder der Wahl, die von ihm als Niederlage empfunden

wurde, in eine Frontstellung zur Westintegration, obwohl er, und auch das muß immer wieder betont werden, so bis 1948/49 nicht eingestellt war. Er war durchaus auch zu dieser Zeit ein Anhänger der Westintegration. Der Zug zur stärkeren Betonung der Programmatik verstärkte sich naturgemäß bei der SPD, als sie dann nach 1949 in die Opposition kam und insofern an der wirklichen Gestaltung der Außenpolitik viel weniger beteiligt war als die Regierungsparteien. Man muß auch betonen, daß es durchaus Übereinstimmung der Adenauerschen und Schumacherschen Konzeptionen zu Anfang gegeben hat, die auch in manchem bis zum Tode Schumachers erhalten blieb.

Beide, Adenauer und Schumacher, waren dezidiert antikommunistisch. Schumacher sprach von den Kommunisten als von den „rotlackierten Faschisten". Beide waren überzeugte Verfechter der Magnettheorie, also der wirtschaftlichen und politischen Attraktivität und Stärke der Bundesrepublik, die dann die Sowjetzone notwendig an sich ziehen würde, und beide, in dem wohlverstandenen friedlichen Sinn, also nicht im militärischen, waren Anhänger einer Politik der Stärke gegenüber der Sowjetunion – was nicht zu verwechseln ist mit irgendwelchen militärischen Aggressionsabsichten. Der Punkt, warum man hier immer einen Gegensatz gesehen hat, liegt sicher an vielen, ganz individuellen charakterlichen Unterschiedlichkeiten der beiden, liegt an dem Temperament, der spezifischen Lebenssituation Schumachers und den dadurch provozierten sehr scharfen Attacken auf Adenauer, die aber viele, in der Frühphase, zumindestens bis 1951, doch noch bestehende Übereinstimmungen überdeckt hat.

Der wesentliche Unterschied Schumachers zu Adenauer lag in zwei Punkten: In einem war er illusionär. Illusionär in bezug auf die Möglichkeiten, Europa als eine vom demokratischen Sozialismus dominierte Kraft zwischen den Blöcken zu etablieren. Er wollte durchaus eine westliche Integration, aber er wollte im ideologisch verfassungsmäßigen, wirtschaftspolitischen Sinn durchaus ein Mittelding. Dieses ist eine Inkonsequenz seiner Politik gewesen, weil an der Ablehnung aller Varianten des Kommunismus bei ihm kein Zweifel besteht. Der zweite wesentliche Unterschied zu Adenauer war seine Unbeweglichkeit in bezug auf die USA, denen er sehr viel skeptischer gegenüberstand, und zwar deswegen, weil er sie als die Vormacht des Kapitalismus betrachtete. Aus dieser ideologischen Ablehnung sind bei ihm immer wieder auch außenpolitische Resultate entstanden, die ihn unbeweglich machten.

Man muß dazu sagen, was die Illusionen angeht, die ich erwähnt habe, Schumachers Politik traf auf keine Gegenliebe bei den sozialistischen Parteien der westlichen Staaten. Guy Mollet etwa hat verschiedentlich beklagt, daß Schumachers Form des Auftretens die deutsche Sozialdemokratie in den Geruch des Nationalismus bringe. Man bestritt nicht seine Integrität, aber

selbst die französischen Sozialisten verhandelten lieber mit anderen Politikern als mit dem Führer der Sozialdemokraten.

Was folgte daraus für die Praxis? Schumacher betonte sehr viel stärker als Adenauer den im Bonner Grundgesetz angelegten Provisoriumscharakter des westdeutschen Staates. Schumacher kritisierte im wesentlichen nicht die Westbindung, sondern die Form und manche Inhalte dieser Westbindung, so daß man sagen kann, bis 1952, bis zu seinem Tod, gab es immer noch ein Stück Grundkonsens. Das Auseinanderentwickeln der SPD-Position und der der damaligen Regierungsparteien beginnt zwar in den letzten Lebensmonaten Schumachers, aber es wirkt sich erst nach 1952 voll aus. Für diese Zeit, bis 1957/58, gibt es in der Tat einen grundlegenden Dissens über sehr viele Fragen, obwohl man auch hier nicht unterschätzen soll, daß es auch Gemeinsamkeiten gibt. Die SPD-Opposition stimmt beispielsweise den Römischen Verträgen zu, mit vielen Kritikpunkten. Aber Kritik an den Römischen Verträgen gab es auch beispielsweise innerhalb der CDU bei Ludwig Erhard über viele wirtschaftspolitische Strukturen der Römischen Verträge.

Also nur für diesen Zwischenraum wird man davon sprechen können, daß es eine mehr oder weniger grundsätzliche Opposition der SPD zur Regierung gegeben hat, die über die Gestaltung von Einzelfragen hinausging.

Für Adenauer andererseits und die Bundesregierung insgesamt blieb zwischen 1949 und 1955 das vorrangige Ziel die Wiedererringung der völkerrechtlichen Gleichberechtigung und der staatlichen Souveränität der Bundesrepublik. Dieses Ziel suchte er durch schrittweise Erweiterung des deutschen Handlungsspielraumes zu erreichen. Das Petersberger Abkommen vom 22.November 1949 stellte den ersten Schritt in diese Richtung dar. Ihm fogte dann der am 18. April 1951 geschlossene Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Dieses ist nun das erste Beispiel, daß Schumacher wirklich voll auf Konfrontationskurs geht, weil er hier durchaus einmal deutsche Benachteiligung sieht, zum anderen aber einen Vertrag zwischen kapitalistischen Mächten. Im übrigen stand Schumacher hier keineswegs dominierend in der Ablehnung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, denn eine sehr starke und gewichtige sozialdemokratische Minderheit um Wilhelm Kaisen und Ernst Reuter beispielsweise hielt diese Verträge im Prinzip für richtig.

Einen weiteren Meilenstein, der dann allerdings auch zu Problemen innerhalb der Koalition führte, bildete der Deutschlandvertrag. Er stieß sowohl bei der FDP als auch in Teilen der CDU auf Kritik. Der Widerstand richtete sich vor allem gegen die sogenannte „Bindungsklausel“ im Artikel VII, Absatz 3 des Vertragswerkes, der für den Fall der Wiedervereinigung den automatischen Eintritt des wiedervereinigten Deutschlands in die Rechte aus dem Deutschlandvertrag vorsah. Einer der Opponenten in der CDU, der

wesentliche, war Bundesminister Jakob Kaiser, weil er in dieser Klausel eine Möglichkeit für die sowjetische und sowjetzonale Propaganda sah, die Echtheit des Willens der Westmächte und der Bundesrepublik zur Wiedervereinigung zu bestreiten.

Bedrohlicher für die Politik des Kanzlers in dieser Frage war jedoch die Opposition durch den eigenen Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU im Bundestag, Heinrich von Brentano. Adenauer entschloß sich in dieser Sackgasse, Brentano zum amerikanischen Außenminister Dean Acheson zu schicken, um gegebenenfalls eine Neuformulierung zu erreichen. Die neue Fassung, formuliert von dem New Yorker Völkerrechtler Philip Jessup, hob die automatische Bindung eines künftigen Gesamtdeutschland auf, so daß der Koalitionsstreit darüber beizulegen war. Brentano stimmte dieser Fassung dann zu.

Ähnliche Vorbehalte gegen den „Bindungsautomatismus“ formulierte damals auch die FDP, deren Widerspruch anfangs keineswegs nur aus der – nach Nichtberücksichtigung Dehlers bei der Kabinettsbildung 1953 – entstandenen persönlichen Gegnerschaft zwischen dem ehemaligen Bundesjustizminister und Adenauer resultierte. Diese Gegnerschaft, die ja sehr persönliche Züge trug, wirkte sich politisch erst nach der Mitte der 50er Jahre aus, 1957/58, wie auch die berüchtigte Abrechnung Dehlers mit Adenauer über die vermeintlich 1952 versäumten Chancen keine Einschätzung Dehlers aus dem Jahre 1952 wiedergibt, sondern erst Jahre später von ihm formuliert worden ist. Es gibt in seinem Nachlaß Belege dafür, daß er sich das Material erst vor dieser Rede hat beschaffen lassen. Es ist also eine retrospektive Argumentation gewesen.

Adenauers Bestreben, die volle staatliche Souveränität zurückzugewinnen, manifestierte sich in der Änderung des Deutschlandvertrages vom 23. Oktober 1954. In Artikel 1, Absatz 2 hieß es ausdrücklich: „Die Bundesrepublik wird die volle Macht eines souveränen Staates über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten haben.“ Der deutschlandpolitische Vorbehalt, demzufolge die alliierten Mächte für Angelegenheiten zuständig blieben, die Deutschland als Ganzes bzw. Berlin betrafen, blieb aber in Kraft, ebenso die militärische Präsenz der drei Westmächte. Der letzte Schritt zur Erringung der vollen Souveränität der Bundesrepublik Deutschland in bezug auf ihre Innen- und Außenpolitik wurde dann bekanntlich mit Inkrafttreten der Pariser Verträge am 5. Mai 1955 getan. Aber auch hier spielte weiterhin der deutschlandpolitische Vorbehalt faktisch eine Rolle.

Bis 1954 bestand in der Frage der Verwirklichung dieser Politik kein grundlegender Dissens innerhalb der Koalition, d.h. zum wichtigsten Koalitionspartner, zur FDP, die im November 1952 auf ihrem Parteitag in Bad Ems den Zusammenschluß der freien Völker Europas, positive Anstrengungen zur Entspannung in Ost und West und nicht zuletzt auch die Ratifizierung der

EVG-Verträge und des Deutschlandvertrages forderte. Bis hier also Einigkeit.

Anders von diesem Zeitpunkt an die SPD: Sie opponierte inzwischen grundsätzlich gegen den Abschluß der Europa-Verträge, da die Bundesregierung nicht legitimiert sei, so weitreichende militärpolitische Vereinbarungen zu treffen. Im Falle der Verabschiedung dieser Verträge kündigte die Partei vorsorglich an, eine Revision anzustreben. Die Wahlniederlage 1953 erschütterte dann die SPD derart, daß ihre Desorientierung in der Deutschland- und Außenpolitik eher noch wuchs. Allerdings muß man auch sehen, daß sich ab 1954/55 der Widerstand der Sozialdemokraten gegen die Westverträge abzuschwächen begann, daß beispielsweise in der Frage der Wiederbewaffnung Fritz Erler und andere Politiker, besonders er, großen, konstruktiven Einfluß auf die Gestaltung der Militärpolitik nahmen. Auch die eindeutige Unterordnung des Militärischen unter das Politische ist durchaus ein Ergebnis der konstruktiven Zusammenarbeit, hier der Militärpolitiker oder Verteidigungspolitiker, gewesen.

In der Logik der deutschland- und außenpolitischen Konzeption der Bundesregierung und in der Logik der westalliierten Politik und der Westintegration war es dann nur konsequent, sich durch Stalins Notenoffensive im Frühjahr 1952 nicht irritieren zu lassen. Auf die Einschätzung, hier sei durch die Bundesregierung eine wirkliche Chance zur Wiedervereinigung vertan worden, will ich hier nicht näher eingehen. Herr Wettig wird ja darüber noch sprechen. Nach meiner Einschätzung, lassen sie mich das so deutlich sagen, handelt es sich hier um eine periodisch wiederkehrende – und eher aus politischen als aus wissenschaftlichen Gründen – wiederkehrende Hypothese, die dann schließlich, und Herr Wettig hat nun in seinen wichtigen Beiträgen im Deutschland Archiv einen wesentlichen Schritt dazu getan, ausschließlich aus den Akten des sowjetischen Außenministeriums oder des Politbüros verifiziert oder falsifiziert werden könnte. Ich meine, daß der Beitrag von Herrn Wettig nun doch eindeutig in Richtung auf die Falsifizierung dieser Hypothese hinausläuft. Trotzdem muß man für die historische Beurteilung einige Punkte sich immer wieder klar machen. Die sowjetischen Noten waren ja tatsächlich nicht an die Bundesregierung gerichtet, sondern an die drei Westalliierten. In der Ablehnung stimmten zwar Adenauer und die Westalliierten überein, aber wie wir aus den Akten der Westmächte inzwischen wissen, selbst wenn Adenauer hätte stärker darauf eingehen wollen, hätten die Westalliierten dieses nicht getan. Bis heute muß man eben realistischerweise von einer „Legende der verpaßten Gelegenheiten“ sprechen. Und es überrascht eigentlich für Historiker schon, daß bei dieser Hypothese eigentlich ein normaler Grundsatz der Quellenkritik schon außer acht bleibt, eben der zu fragen: Was meinte etwa Stalin, was meinten die Kommunisten, wenn sie von freien Wahlen sprachen? Erst einmal ist es nicht so, daß sie in der ersten Note die Wahlen angeboten hätten, sondern

sie haben hinterher dem nicht widersprochen, das ist die Chronologie, die von Bedeutung ist.

Das Zweite ist, was von kommunistischer Seite als freie Wahlen bezeichnet worden ist, haben wir bis 1989 ja immer wieder sehen können, das heißt, jeder Sowjetologe, jeder Kommunismusforscher weiß, wie wichtig die Analyse der Begriffe in diesem Fall ist. Und dieses ist unterblieben, wenn man hier doch recht naiv oder gutgläubig meint, daß man hier die Quellenkritik unterlassen könne. Das Dritte ist, über die freien Wahlen kam es ja bekanntlich zum Streit, über die Frage wurde ja nicht erst 1952, sondern schon seit 1951 intensiver diskutiert, weil es die Sowjetunion ablehnte, diese Wahlen unter UNO-Kontrolle in Gesamtdeutschland durchführen zu lassen, weil sie vorher eine paritätische gesamtdeutsche Regierung bilden wollte, die nach westlicher Auffassung ja überhaupt nicht demokratisch legitimiert sein konnte. Das heißt also, das, was für demokratische Staaten das Normale ist, erst wird die Volksvertretung gewählt, und daraus wird dann eine Regierung gebildet, in unterschiedlichen Formen kann das geschehen, aber jedenfalls die Chronologie darf nicht umgekehrt werden, dieses war für die Sowjets überhaupt kein Thema.

Im übrigen konnte man nach der blutigen Niederschlagung des Aufstandes in Berlin und Ostdeutschland oder in der Sowjetischen Besatzungszone oder in der DDR, wie immer man die Begriffe wählen möchte, 1953 nun wiederum sehen, wie an der Niederschlagung des Ungarn-Aufstandes 1956, später an den Reaktionen 1968 auf die Tschechoslowakei, daß die Sowjetunion, jedenfalls zu diesem Zeitpunkt, in keiner Weise bereit war, Staaten ihres Machtbereichs in die völlige Selbständigkeit zu entlassen. Ich betone das so stark, weil zur Bewertung der Einzelfragen es oft ganz hilfreich ist, die Logik und die zwangsläufigen Determinanten für solche politischen Entscheidungen zu berücksichtigen.

Die Europapolitik, um die es danach ging, nachdem 1955 die erste wesentliche Phase abgeschlossen war, war eine Politik, in der die Bundesregierung und Adenauer persönlich relativ flexibel blieben. Er selbst stimmte sowohl supranationalen Lösungen zu, wie sie etwa der Schuman-Plan in bezug auf die europäische Montanindustrie enthielt, weil den französischen Wirtschaftsinteressen und dem Sicherheitsbedürfnis Rechnung getragen wurde. Er stimmte aber auch lockereren Gestaltungsformen wie den Römischen Verträgen von 1957 zu, die die Kompetenzen der einzelnen nationalen Regierungen in wesentlichen Fragen nicht antastete. Wesentlich für Adenauer war, daß er Vertrauen bei den westlichen Staaten dadurch gewann, daß die Politik der Bundesregierung und der Bundesrepublik verläßlich war. Wenn man später von den „vertrauensbildenden Maßnahmen“ für die 70er/80er Jahre gesprochen hat, so muß man sagen, für ihn war das schon in den 50er Jahren eigentlich ein ganz wesentliches Mittel der Politik. Ein Beispiel dafür ist die umstrittene

Saarfrage gewesen, wo er sehr viel flexibler war als die meisten Politiker seiner eigenen Partei, aber auch der FDP und auch der SPD, weil er sagte, die Saarfrage können wir dann später lösen, jetzt müssen wir erst das Verhältnis zu Frankreich klären. Auch hier kam ihm die Entwicklung zugute, ohne daß er sie in diesem Fall besonders hätte beeinflussen können.

Ich will nur noch wenige Bemerkungen zu dem Dissens der Parteien in der Mitte der 50er Jahre machen. Die FDP hat sich dann bis zum Bruch der Koalition im Februar 1956 unverkennbar von einer anfänglichen Europaeuphorie zu einer stärker nationalstaatlich-gesamtdeutschenPolitik hin bewegt, während die SPD, wohl auch unter dem Eindruck der zunehmenden Bejahung des Westkurses in der Bevölkerung – die Meinungsumfragen zeigen das ganz klar – immer mehr von einem bloß negativen zu einem konstruktiven Oppositionskurs zurückfand. Persönlichkeiten wie Fritz Erler, Herbert Wehner, Helmut Schmidt haben ja hier eine wesentliche Rolle gespielt. Ihnen allen ist das noch im Gedächtnis, bis hin zur Rede von Herbert Wehner im Deutschen Bundestag am 30. Juni 1960, mit der die grundsätzliche Opposition der SPD zur Politik der Bundesregierung in bezug auf die Frage der Westintegration und auch der Deutschlandpolitik abgeschlossen wurde. Ich kann jetzt nicht auf die verschiedenen Deutschlandpläne eingehen, die in der SPD formuliert und dann 1960 fallengelassen worden sind, auch nicht auf die von Erich Mende, der, als er auf dem Bundesparteitag der FDP im Januar in Stuttgart 1960 zum Vorsitzenden der FDP gewählt worden war, die FDP wieder an die Bundesregierung und damit an die CDU annäherte.

Ich versuche jetzt, vieles nur noch mit einigen Stichworten zu nennen. Was man mit Stichworten nennen muß, ist die beginnende Ostpolitik in den 50er Jahren, die eben wiederum die Flexibilität in der deutschen Frage zeigt, beginnend mit dem Gespräch mit Smirnow, das Adenauer im Dezember 1957 hatte, bis hin zu den Globke-Plänen, die anvisierten, ob man nicht zeitweise zu einer Art Österreich-Lösung für Deutschland kommen könne; dann die Versuche unterhalb der diplomatischen Anerkennung, die durch die Hallstein-Doktrin ausgeschlossen war, zu Handelsverträgen zu kommen, wie sie etwa der Außenminister Gerhard Schröder damals mit verschiedenen osteuropäischen Staaten abgeschlossen hat. Man muß sagen, von Adenauers Moskau-Besuch 1955 angefangen hat es immer wieder bis zur Berlin-Krise 1958 Versuche gegeben, auch die Deutschlandpolitik wieder in Bewegung zu bringen. Es hat diese auch nach 1963 in der CDU/CSU-FDP Koalition gegeben. Nur auch hier muß man konstatieren: Man kann eine konstruktive Politik natürlich nur dann machen, wenn sie auf Resonanz stößt. Wenn man denkt, daß der damalige sowjetische Ministerpräsident Kossygin noch 1965 eine Einladung Erhards, also 10 Jahre nach Adenauers Moskau-Besuch, zum Gegenbesuch in der Bundesrepublik ablehnte, dann sieht man die Verhärtungen während des Kalten Krieges und wie gering die Spielräume für Bewegung

waren. Aber der Versuch, Bewegung zu schaffen, ist immer wieder auf unterschiedlichen Ebenen gemacht worden.

Meine Damen und Herren, haben sie vielen Dank, daß Sie so lange geduldig zugehört haben.

(Beifall – Hinweis: Abg. Koschyk äußert den Wunsch, die schriftliche – ausführlichere – Fassung des Vortrags in den Anhang des Protokolls zu nehmen. Dagegen wird kein Widerspruch laut, so daß die Sitzungsvorsitzende dies zusagt – vgl. Anlage.)

**Stellv. Vorsitzende Margot von Renesse:** Herr Professor Möller, vielen Dank. Jetzt ohne lange Zwischenrede angesichts der fortgeschrittenen Zeit, aber wir haben Ihnen allen mit großem Interesse und großer Spannung gelauscht, bitte unser Kollege und Mitglied der Enquete-Kommission, Herr Dr. Faulenbach.

**Dr. Bernd Faulenbach:** Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren!

Aufgabe der Enquete-Kommission ist es, nicht nur zur Klärung historischer Tatbestände beizutragen, sondern auch die Maßstäbe des Urteils über die jüngste Geschichte zu überprüfen. Hier scheint mir noch vieles zu leisten zu sein. Die Umwälzung 1989/90 hat nicht lediglich eine Fülle von Aktenmaterialien zugänglich gemacht, die es systematisch und methodisch reflektiert auszuwerten gilt, sie hat vielmehr auch unsere Perspektive, in der wir die Nachkriegszeit sehen, verändert. Dies gilt insbesondere für die Deutschlandpolitik, bei der sich die Frage der Maßstäbe neu stellt.

Die Vereinigung zwingt dazu, die Nachkriegsgeschichte nicht nur aus westdeutscher *oder* ostdeutscher, sondern aus west- *und* ostdeutscher Perspektive zu sehen. Man muß offen eingestehen, daß wir uns daran gewöhnt hatten, die Geschichte der DDR und die Geschichte der Bundesrepublik getrennt voneinander zu behandeln. Man denke an die zahlreichen Geschichten der Bundesrepublik und die Geschichten der DDR, etwa das große sechsbändige Werk zur Bundesrepublik Deutschland von Bracher, Eschenburg u. a.

Heute müssen die Westdeutschen versuchen, die Nachkriegsgeschichte auch mit ostdeutschen Augen in den Blick zu nehmen, selbstverständlich gilt dies auch umgekehrt. Die Deutschlandpolitik 1949–1963 mag hier als ein Testfall herangezogen werden, an dem die neue gesamtdeutsche Perspektive zu erproben ist.

Die Deutschlandpolitik dieses Zeitraumes wurde entscheidend von Konrad Adenauer bestimmt, man spricht von einer „Ära Adenauer“. In der alten Bundesrepublik hatte sich zuletzt ein Bild der Adenauerschen Politik durchgesetzt, in dem Adenauer als Politiker galt, der die Nationalstaatsidee für die Deutschen relativiert hatte, der die europäische Integration der Bundesrepublik vorangetrieben und den politisch-ökonomischen Aufstieg der Bundesrepublik ermöglicht hatte. Selbst prominente Sozialdemokraten, wie etwa Erhard Eppler

in seiner Rede am 17. Juni 1989 vor dem Bundestag, zollten Adenauer nun für seine Außenpolitik Anerkennung, auch wenn sie bestimmte Defizite anmerkten und die Komplementarität der Politik der Westbindung durch einen Ausgleich mit dem Osten betonten.

Diese Politik ist erneut zu betrachten, wobei auch die Schattenseiten mit zu sehen sind. Die Zweistaatlichkeit dauerte immerhin 40 Jahre, mehr als eine Generation lang. Man muß sich das damit gegebene Ausmaß verminderter Lebenschancen für die Menschen in der DDR vergegenwärtigen. Das Schicksal der Menschen in der DDR ist die Kehrseite der Entwicklung der Bundesrepublik. Dies heißt nicht, um dies gleich hier zu sagen, daß dieser Tatbestand eindeutig oder gar alleine der Adenauerschen Deutschlandpolitik anzulasten ist. Doch stellt sich noch einmal die Frage, ob nicht eine andere Entwicklung möglich gewesen wäre und falls ja, zu welchem Preis.

Allerdings wird neuerdings versucht, die Wiedervereinigung als das Ergebnis der Adenauerschen Politik darzustellen – eine, wie ich meine, überaus anfechtbare These, die die Jahrzehnte nach Adenauer für irrelevant erklärt, gleichsam wegeskamotiert. Zudem ist offensichtlich, daß das Adenauerbild vor der Vereinigung, in dem die antinationalstaatliche Dimension seiner Politik akzentuiert worden war, mit dem Bild Adenauers nach der Vereinigung, als des Vaters der Wiedervereinigung, in einer unübersehbaren Spannung steht. Lassen Sie mich dies im folgenden etwas näher ausführen.

Ich möchte zunächst Grundzüge der Adenauerschen Deutschland- und Außenpolitik 1949–1955 umreißen, dann nach den Kozeptionen seiner Gegner und Kritiker fragen, in einem dritten Schritt die Deutschlandpolitik 1955–1961 behandeln und schließlich die Suche nach Neuansätzen in den 60er Jahren noch kurz ansprechen. Zunächst zum ersten Punkt, zu Grundzügen der Adenauerschen Deutschlandpolitik.

## I.

Schon zahlreiche Zeitgenossen haben Adenauers Politik, das ist auch hier eben von Herrn Möller angesprochen worden, als stark „westdeutsch geprägt“ bezeichnet, wobei häufig auf seine Rolle als Kölner Oberbürgermeister und auf seine antipreußische Orientierung verwiesen worden ist. Vielfach ist eine Diskrepanz zwischen seinen Worten zur Wiedervereinigung und seiner tatsächlichen Politik konstatiert worden bis hin zu der Behauptung, die Wiedervereinigungsrhetorik habe die Westintegrationspolitik lediglich absichern, gleichsam verschleiern sollen und sei deshalb, ich zitiere Josef Foschepoth, „die Lebenslüge der Bundesrepublik bzw. der Regierung Adenauer“ gewesen. Dem standen und stehen Einschätzungen gegenüber, die Adenauers Äußerungen zur Deutschlandpolitik ernstnehmen. Rudolf Morsey etwa hat in seiner Expertise

für diese Kommission gemeint, es gebe „keinen quellenmäßigen Beleg“ für die These, daß Adenauer die Bundesrepublik als „das im Westen politisch saturierte Deutschland angesehen und die dauernde Teilung der Nation in Kauf genommen, wenn nicht gar angestrebt habe“.

Sicherlich ist die Einengung der Diskussion über die Politik der Bundesregierung und der Koalition auf Konrad Adenauer problematisch. Keine Frage, daß Jakob Kaiser eine ganz andere deutschlandpolitische Grundposition vertrat und auch Hermann Ehlers, Eugen Gerstenmaier u. a. keineswegs in jeder Hinsicht zu allen Zeiten mit Adenauer übereingestimmt haben. Dennoch war Adenauer die bestimmende Figur. Arnulf Baring hat seine Untersuchung über die Außenpolitik in den frühen 50er Jahren mit dem Satz begonnen: „Im Anfang war Adenauer.“ Deshalb sei hier Adenauers Ansatz etwas näher charakterisiert.

Erstens: Adenauer ging es vorrangig um die auf dem Hintergrund der weltpolitischen Konstellationen mögliche westeuropäische Integration. Sie war für ihn nicht Mittel zum Zweck, sondern Selbstzweck, wobei historische Erfahrungen für Adenauer eine wichtige Rolle spielten.

Zweitens: Adenauer ging es um die Verteidigung der Freiheit, d.h. der Sicherheit der Bundesrepublik, die er durch sowjetischen Expansionsdrang gefährdet sah. Er war in diesem Punkt zu keinerlei Risiken bereit und lehnte deshalb jede Beschäftigung mit Neutralitätsvorstellungen ab, die aus seiner Sicht die Gefahr implizierten, daß Westdeutschland in Abhängigkeit zur Sowjetunion geriete.

Drittens: Adenauer trat für die Wiedervereinigung ein, doch war sie für ihn ein nachgeordnetes Ziel. Eine Wiedervereinigung um den Preis einer sicherheitspolitischen Abtrennung vom Westen lehnte er entschieden ab.

Darüber hinaus versuchte Adenauer außenpolitisch Souveränität wiederzugewinnen, die er freilich teilweise sogleich wieder bereit war zugunsten supranationaler westeuropäischer Strukturen aufzugeben.

Die Ziele Adenauers hat man mit der Trias, das ist auch eben hier schon angesprochen worden, Freiheit, Frieden, Einheit gekennzeichnet, wobei die Reihenfolge, wie gesagt, die Rangordnung markiert. Christian Hacke hat jüngst formuliert: „Adenauer verfocht die Freiheitskomponente kompromißlos... Die Wiedervereinigung als nationale Aufgabe war in der Auffassung Adenauers der Freiheitsforderung – und das bedeutete Westintegration – und der Friedenssicherung nachgeordnet.“

Adenauers entschiedenes Eintreten für eine Politik der Westintegration speiste sich aus verschiedenen Quellen. Sicherlich spielte dabei, wie schon angesprochen, Adenauers rheinischer Hintergrund eine Rolle. Bedeutsamer war ein Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit verarbeitendes, ausgesprochenes Mißtrauen gegenüber dem deutschen Volk, ein Mißtrauen, in dem er sich mit

den westlichen Alliierten traf. Die Westintegrationspolitik sollte die anderen vor den Deutschen und die Deutschen vor sich selbst schützen. Adenauer hat die Westintegrationspolitik unter anderem mit der Problematik der Außenpolitik von Weimar begründet: Deutschland sollte die Entscheidungsfreiheit abgenommen werden, der „Sonderweg" sollte abgeschnitten werden; jede Schaukelpolitik sollte ausgeschlossen sein, ebenso eine nationalstaatliche Restauration. Zwar ist die eigentliche Problematik der Weimarer Republik, der Kern der Sonderwegsproblematik, aus meiner Sicht nicht in der außenpolitischen Lage zwischen Ost und West, sondern in bestimmten politisch-gesellschaftlichen Entwicklungen Deutschlands zu sehen, doch sprach nach den nationalistischen Exzessen in der NS-Zeit in der Tat in der Nachkriegszeit sehr viel für eine deutsche Politik im europäischen Verbund. Die europäische Einigung konnte als Lehre der Geschichte gelten und hatte für viele in der Nachkriegszeit von daher besondere Überzeugungskraft, bot allerdings den Deutschen auch eine entlastende Funktion angesichts ihrer katastrophalen jüngsten Geschichte.

Adenauer hielt, und dies ist im Hinblick auf die Wiedervereinigungsfrage relevant, den Nationalstaat für überholt. Nur so ist etwa seine Saarpolitik zu verstehen, die dem Saarland einen von der Bundesrepublik unabhängigen europäischen Status zu geben bereit war. Man wird zu konstatieren haben: Westintegration und Wiedervereinigung waren für Adenauer keine gleichwertigen Optionen. Zwar versuchte Adenauer, durch ein Konzept der Politik der Stärke und durch die Verpflichtung der Westalliierten zum Eintreten für die Wiedervereinigung im Deutschlandvertrag die Westintegrationspolitik mit dem Ziel der Wiedervereinigung zu verknüpfen. Doch ändert dies nichts an Adenauers spezifischer Prioritätensetzung, die ausschloß, nach Möglichkeiten zu suchen, die „nationale Einheit in Freiheit" (das war die Formel von Schumacher) im Rahmen eines europäischen Sicherheitssystems zu suchen, das eine militärische Integration in den Westen vermied, doch eine ökonomisch gesellschaftliche Verflechtung mit dem Westen zuließ.

Im übrigen ist festzustellen, so europäisch-supranational Adenauer im Hinblick auf den Westen argumentierte und handelte, so nationalstaatlich geprägt waren seine Forderungen in Richtung Osten. Er verlangte nicht nur die Wiedervereinigung, sondern auch entschieden die Rückgabe der Ostgebiete, obgleich er sich, wie wir aus einer ganzen Reihe von Quellen wissen, im Grunde darüber im klaren war, daß die Ostgebiete verloren waren.

Ich habe hier nicht die verschiedenen Stationen der Adenauerschen Politik nachzuzeichnen. Es kann aber keine Frage sein, daß Adenauer in der Zeit, in der der Blockbildungsprozeß noch im Gange war, d.h. vor 1955, kein über das Konzept der Politik der Stärke hinausgehendes Wiedervereinigungskonzept besaß, und danach gab es nicht einmal mehr dieses vage Konzept. Mit dem Abschluß der Westverträge 1955 und dem gleichzeitigen Eintritt der DDR in den Warschauer Pakt, die eine wesentliche Zäsur der Nachkriegsentwicklung

bildeten, war, wie sich rasch zeigte, die deutsche Teilung auf unabsehbare Zeit zementiert.

II.

Zum zweiten Punkt: Konzeptionen der Gegner und Kritiker Adenauers.

Zweifellos stellt sich im Hinblick auf die Deutschlandpolitik jener Jahre auch die Frage der Alternativen, die etwa die Opposition damals zu entwickeln versuchte.

Zunächst war die Meinungsverschiedenheit zwischen der Adenauerschen Politik und der Schumachers, wobei Schumacher die Position der SPD trotz abweichender Meinung des Bürgermeisterflügels in ähnlicher Weise dominierte, wie Adenauer die der CDU, nicht so gewaltig wie manchmal angenommen wird; da stimme ich mit Herrn Möller überein.

Schon 1947 entwickelte Kurt Schumacher seine Magnettheorie, als er schrieb, ich will sie in diesem Fall auch einmal zitieren: „Die Prosperität der Westzonen...kann den Westen zum ökonomischen Magneten machen. Es ist realpolitisch kein anderer Weg der Wiedervereinigung möglich als die ökonomische Magnetisierung des Westens, die ihre Anziehungskraft auf den Osten so stark ausüben muß, daß auf die Dauer die bloße Innehabung des Machtapparates dagegen kein sicheres Mittel ist. Es ist gewiß ein schmaler und vermutlich langer Weg“. So Kurt Schumacher 1947.

Man wird sagen müssen, diese Theorie ist nicht einfach durch die historische Entwicklung bestätigt worden. Zwar hat der Westen früh eine beachtliche Anziehungskraft auf den Osten ausgeübt und diese über Jahrzehnte behalten, das ist ganz unstrittig. Doch führte diese Anziehungskraft nicht einfach zur Wiedervereinigung, sowjetische Politik konnte die Wirksamkeit der Anziehungskraft, nicht zuletzt durch Machtpolitik, begrenzen, zugleich jedoch eben niemals ganz ausschalten.

Wie man diese Magnettheorie auch beurteilen mag, die Unterschiede zu Adenauer sind zunächst im Hinblick auf die Deutschlandpolitik nicht groß. Auch hinsichtlich des dezidierten Antikommunismus sind keine schwerwiegenden Unterschiede auszumachen. Schumacher lehnte aus prinzipiellen Überlegungen jede Zusammenarbeit mit den Kommunisten ab, für ihn war die KPD keine deutsche Partei, sondern eine Agentur der sowjetischen Besatzungsmacht.

Selbst im Hinblick auf Europa muß man sich vor einer simplen Entgegensetzung hüten. Schumacher war Europäer wie Adenauer, hatten die Sozialdemokraten doch schon in der Weimarer Zeit die Vereinigten Staaten von Europa in ihrem Grundsatzprogramm gefordert. Er wollte den deutschen Staat in ein föderiertes, möglichst demokratisch-sozialistisch strukturiertes Europa inte-

grieren, wobei sich die sozialdemokratischen Hoffnungen zunächst vor allem auf die britische Politik, also auf die Politik der Labour-Party richteten. Auch blieb die traditionell westliche Orientierung der deutschen Sozialdemokratie in der Nachkriegszeit durchaus erhalten. Ihre Orientierung am Modell der westlichen parlamentarischen Demokratie und ihre Westorientierung politisch-kultureller Art standen nie in Zweifel.

Der Unterschied zwischen Adenauer und Schumacher, zwischen der Bundesregierung und der SPD-Opposition in den frühen 50er Jahren, ist vielmehr so zu bestimmen, daß die Sozialdemokratie, geleitet von einem demokratischen Nationalbewußtsein, nicht bereit war, die Frage der Wiederherstellung der nationalen Einheit der westeuropäischen Integration nachzuordnen. Sie kritisierte deshalb nicht nur die aus ihrer Sicht fehlende Gleichberechtigung im Zuge der Westintegration und die Saarpolitik, sondern stellte auch die Westintegrationspolitik unter einen gesamtnationalen Vorbehalt. Diese Momente sind der Hintergrund der scharfen Konflikte zwischen Schumacher und Adenauer – man denke etwa an die Debatten über das Petersberger Abkommen oder über den Beitritt zum Europarat oder die Schaffung der Montanunion. Wenige Wochen vor seinem Tod markierte Schumacher den Gegensatz zu Adenauers Politik wie folgt: „Das deutsche Volk in all seinen Schichten braucht eine Bundesregierung, die die Wiedervereinigung Deutschlands zum obersten Gesetz ihres praktischen Handelns macht. Heute hat es eine Bundesregierung, die die Integration eines Teils von Deutschland mit gewissen Mächten für wichtiger hält als die deutsche Einheit."

In der Auseinandersetzung um die Stalin-Noten wuchs in der Sozialdemokratie die Bereitschaft, eine militärische Neutralisierung – nicht eine politische – nicht per se abzulehnen, wenn sie die „Wiedervereinigung in Freiheit" bei durch die Großmächte garantierter Sicherheit ermöglichte. Die Sozialdemokratie forderte jedenfalls im Kontext der Verhandlungen und Ratifikationsverfahren der Westverträge immer aufs neue Vier-Mächte-Verhandlungen. Der Berliner Bundestagsabgeordnete Willy Brandt formulierte in der Debatte nach dem 17. Juni 1953: „Uns liegt – gerade auch nach dem heroischen und tragischen Geschehen in der Zone – die gesamtdeutsche Haut näher als irgendein kleineuropäisches Hemd." 1954/55 wiederholten sich im Vorfeld der parlamentarischen Entscheidungen über die Westverträge die Auseinandersetzungen von 1952, wobei für die Sozialdemokratie zunehmend die Idee eines europäischen Sicherheitssystems in den Vordergrund trat, ein Sicherheitssystem, das auch die Sicherheitsinteressen der Sowjetunion berücksichtigen sollte.

Die wohl konsequenteste Gegenposition zur Deutschlandpolitik Adenauers in den frühen 50er Jahren entwickelten Gustav Heinemann und seine Gesamtdeutsche Volkspartei (GVP). Heinemann, der aus Protest gegen Adenauers Politik (weil dieser am Kabinett vorbei den Westalliierten einen deutschen

Verteidigungsbeitrag angeboten hatte) von seinem Amt als Innenminister zurückgetreten war, kritisierte mit großem Nachdruck die Politik der Stärke, die er für gefährlich, dem Ziel der Wiedervereinigung entgegengesetzt und auch für moralisch bedenklich hielt. Heinemann und seine Anhänger setzten sich energisch für die Nutzung aller Möglichkeiten ein, Wiedervereinigungschancen auszuloten und der Integration der beiden deutschen Teilstaaten in die jeweiligen Blöcke zu entgehen. Sein Konzept zielte auf die Wiedervereinigung jenseits der Blöcke, wobei die Sicherheit des vereinigten Deutschland nach Heinemann von den Alliierten garantiert werden und dieses seinerseits in eine enge politische Verbindung zu den skandinavischen Ländern und anderen blockungebundenen Staaten, die begonnen hatten sich als dritte Kraft zu formieren, treten sollte.

Die Blockungebundenheit bedeutete für Heinemann und die GVP nicht politisch-gesellschaftliche Neutralität, wie manchmal behauptet wird. Wie andere, keineswegs aber alle Kritiker Adenauers waren Heinemann und seine Leute Anhänger des westlichen Verfassungs- und Gesellschaftssystems, das sie genausowenig zur Disposition stellen wollten wie Adenauer und die CDU. Insgesamt war die politisch-kulturelle Westorientierung, da stimme ich mit Herrn Möller überein, in der westdeutschen Gesellschaft der Nachkriegszeit zunehmend nicht mehr strittig.

Die Widerstände gegen Adenauers Deutschlandpolitik waren gleichwohl nicht nur in der Sozialdemokratie, sondern auch in nicht unbeträchtlichen Teilen des Protestantismus und in der kritischen Öffentlichkeit beträchtlich, insgesamt jedoch eben nicht mehrheitsfähig. Ob Schumacher, Ollenhauer, Heinemann die Wiedervereinigung früher hätten erreichen können, ist schwer zu sagen. Die Logik des Ost-West-Gegensatzes scheint dem zu widersprechen. Und doch bleibt festzuhalten, daß die Möglichkeiten 1952/53 und 1955 nicht voll ausgelotet worden sind und die Frage deshalb nicht absolut zu beantworten ist, wie die Westmächte und die Sowjetunion auf eine andere deutsche Politik wirklich reagiert hätten, denn wir haben es ja immer mit einem Interdependenzzusammenhang zu tun. Es ist dementsprechend auch fraglich, ob die Alternative zur Westintegration ein neutralistisches Deutschland hätte sein müssen. Keinesfalls aber ist die politisch-kulturelle Westorientierung ausschließlich auf die Adenauersche Außenpolitik zurückzuführen; sie hat tiefere Ursachen.

III.

Mein dritter Punkt: Die Deutschlandpolitik 1955–1961.

Der Abschluß der Westverträge führte nicht nur nicht zur Wiedervereinigung, sondern, wie schon gesagt, zur Verfestigung der deutschen Teilung. Adenauer

geriet in seiner Wiedervereinigungspolitik innenpolitisch unverkennbar in die Defensive.

1952 hatte Adenauer erklärt, in 5 bis 10 Jahren würden die geänderten Stärkeverhältnisse und inneren Schwierigkeiten in der Sowjetunion auch in der deutschen Frage die Sowjetunion zu entgegenkommendem Verhalten zwingen. Diese Prognose erwies sich als zunehmend unwahrscheinlich, und die Zweifel wuchsen auch bei denjenigen, die Adenauer ursprünglich gefolgt waren, insbesondere auch bei den Freien Demokraten, die etwa in der Frage der sogenannten Bindungsklausel erhebliche Einwände gegenüber der Adenauerschen Politik beim Abschluß der Westverträge erhoben hatten.

Am 23. Januar 1958 kam es im Bundestag zu einem bemerkenswerten Angriff der Gegner Adenauers auf dessen Deutschlandpolitik. Eine Debatte, die zu einem erheblichen Prestigeverlust Adenauers führte. Thomas Dehler, der 1949–1953 Justizminister unter Adenauer gewesen war, führte leidenschaftlich aus, daß er Adenauer zunehmend nicht mehr habe glaubem können, daß er das Ziel der Wiedervereinigung überhaupt noch anstrebe. Noch härter und wirkungsvoller ging Gustav Heinemann, der inzwischen – nach dem Scheitern der Gesamtdeutschen Volkspartei – für die SPD in den Bundestag eingezogen war, mit Adenauer ins Gericht, indem er auf die aus seiner Sicht versäumten Wiedervereinigungsmöglichkeiten der Jahre 1952 und 1955 hinwies. Jetzt stehe man vor den Scherben der gescheiterten Politik der Stärke. Gustav Heinemanns teilweise auch theologische Argumente verwendende Abrechnung gipfelte in dem Satz: „Wer Deutschland immer tiefer spalten will, kann es nicht besser machen als in Fortsetzung immer noch dieses Weges." Die Wirkung der Debatte in der Öffentlichkeit war deshalb ziemlich verheerend, weil – zumal nach der hilflosen Reaktion der Regierung – der Eindruck entstand, daß Adenauers Kritiker eben zumindest teilweise recht hatten.

Dieser Eindruck schwand auch in der Folgezeit nicht, führte gleichwohl nicht zu einem wirklichen Einbruch bei Wahlen für die CDU und Adenauer, weil die Mehrheit der Westdeutschen der Sicherheit absolute Priorität einräumte und für sie die Wiedervereinigung zunehmend ebenfalls zu einer nachgeordneten, jedenfalls für die meisten nicht existentiell bedeutsamen Frage wurde.

Adenauer empfand gleichwohl, daß er in der Wiedervereinigungsfrage angreifbar war. Seit 1957 startete er jedenfalls eine Reihe von in sich widersprüchlichen deutschlandpolitischen Initiativen, die vielfach nicht öffentlich wurden. Diese Initiativen sind von Hans-Peter Schwarz, von seinem Biographen, charakterisiert worden als „nicht viel mehr als ein gut gemeintes, doch erfolgloses Gewurstel". 1956/57 hatte er die Kontakte Schäffers mit Vinzenz Müller, bei denen es um Möglichkeiten einer Konföderation ging, zugelassen. Im März 1958 fragte er den sowjetischen Botschafter Smirnow, ob die Sowjetunion bereit sei, der DDR den Status Österreichs einzuräumen. Wie schon früher erklärte er, bei der Frage der DDR gehe er nicht primär von nationalen Über-

legungen aus. Offenbar war er zumindest zu einer zeitweiligen Anerkennung, beziehungsweise Respektierung einer selbständigen DDR bereit. Eine Antwort auf diese Frage, die er an Smirnow stellte, blieb freilich aus. Auch nach dem Bau der Mauer hat Adenauer wiederholt betont, daß für ihn „die Frage der Zone und Berlins nicht in erster Linie eine nationale, sondern eine menschliche Frage“ sei. Erinnert sei an das sogenannte „Burgfriedensangebot“ in seinem letzten Amtsjahr, das vor diesem Hintergrund zu sehen und zu verstehen ist.

Die Genfer Außenministerkonferenz 1959, auf die die westdeutsche Außenpolitik hingearbeitet hatte und an der eine west- und eine ostdeutsche Delegation bereits an Katzentischen teilgenommen hatte, brachte keinerlei Fortschritte, obgleich die westlichen Positionen im Herter-Plan schon erheblich modifiziert worden waren und keineswegs am Anfang eines Wiedervereinigungsprozesses bereits die Forderung nach freien Wahlen stehen sollte. Aus der Sicht Heinrich von Brentanos hatte die Konferenz von vorneherein nur den Sinn, die Menschen davon zu überzeugen „daß die Schuld für das Scheitern der Konferenz bei der Sowjetunion liege“. Im gleichen Jahr arbeitete Globke im Kanzleramt, im Auftrag Adenauers auf dem Hintergrund von Chruschtschows Berlin-Ultimatum ein Konzept aus, in dem eine Interimslösung für Berlin mit einer Anerkennung der DDR verbunden war und das in mehreren Schritten zur Wiedervereinigung führen sollte.

Das erst 1974 bekannt gewordene Konzept Globkes weist gewisse Berührungspunkte mit dem damals – 1959 – in der Öffentlichkeit heftig umkämpften Deutschlandplan der SPD auf, der, ebenfalls auf dem Hintergrund der Berlin-Krise entwickelt, die sozialdemokratischen Vorstellungen der vorhergehenden Jahre für eine Wiedervereinigung in einem Stufenkonzept zu bündeln versuchte, wobei Konzepte Gaitskells, Kennans und des polnischen Außenministers Rapacki für ein Disengagement eingearbeitet waren. Der Plan kombinierte Rüstungskontrollschritte mit Schritten über eine Konföderation hin zur Wiederherstellung der staatlichen Einheit.

Es stellte sich jedoch heraus, daß sich mit derartigen Plänen die Stagnation in der deutschen Frage zu diesem Zeitpunkt nicht mehr überwinden ließ. Die SPD zog ihren Plan zurück. 1960 hielt Herbert Wehner seine berühmte Rede im Deutschen Bundestag, die man als Ausdruck von resignativem Realismus werten mag.

1961 wurde die Mauer gebaut. Die Preisgabe der offenen Grenze durch den Westen dokumentierte aus der Sicht vieler Zeitgenossen das Scheitern des Anspruchs der Adenauerschen Deutschlandpolitik, die, so jedenfalls wurde Adenauer verstanden, auf die Befreiung, wie es damals hieß, der „Ostzone“ mit Hilfe der westlichen Verbündeten zielte. Heinrich Krone, ein enger Vertrauter Adenauers, notierte damals in seinem Tagebuch: „Die Stunde der großen Desillusion. Das deutsche Volk hatte vom Westen mehr als eine Protestnote erwartet. Stimmen des Zweifels werden laut. Läßt uns der Westen im Stich?“

Willy Brandt hat in seinen Erinnerungen, und zwar in den beiden Fassungen seiner Erinnerungen, die psychologischen Folgen der Reaktion des Westens eindrucksvoll beschrieben; der Vorhang sei weggezogen worden und habe eine leere Bühne gezeigt.

## IV.

Ich komme zu den Neuansätzen der 60er Jahre.

Der Bau der Mauer schockierte die deutsche Öffentlichkeit, führte aber zugleich auch zu politischen Neuansätzen in der Deutschlandpolitik, wobei die veränderte internationale Konstellation eine erhebliche Rolle spielte. Nach der Doppelkrise Berlin/Kuba bildete sich eine verstärkte Tendenz zur Entspannung zwischen den Supermächten heraus, und die westdeutsche Politik lief Gefahr sich international zu isolieren.

Der bemerkenswerteste Neuansatz war Willy Brandts „Politik der kleinen Schritte“ und das von Egon Bahr 1963 in Tutzing formulierte Konzept des „Wandels durch Annäherung“. Der Neuansatz ging von der Einsicht aus, daß die zwischen Ost und West strittige deutsche Frage auf absehbare Zeit nicht lösbar, doch die Aufgabe unabweisbar sei, nicht nur die deutsche Politik dem internationalen Entspannungsprozeß, der sich zunehmend abzeichnete, anzupassen und eine außenpolitische Isolierung der Bundesrepublik zu vermeiden, sondern vor allem menschliche Erleichterungen, Besuche, Familienzusammenführung usw. im Verhältnis der beiden deutschen Staaten durchzusetzen und das Bewußtsein nationaler Zusammengehörigkeit, trotz der Zweistaatlichkeit, zu erhalten. Die Politik schloß mithin die schon von Adenauer erwogene zumindest zeitweilige Anerkennung des politischen Status quo ein, und zwar mit dem Ziel, diesen Status quo zu verändern, d.h. die Grenzen durchlässig zu machen, zu einem geregelten Nebeneinander der Staaten des Westens und des Ostens zu kommen und langfristig diese Nachkriegsordnung zu überwinden. Bahr sagte: „Heute ist klar, daß die Wiedervereinigung nicht ein einmaliger Akt ist, der durch einen historischen Beschluß an einem historischen Tag einer historischen Konferenz ins Werk gesetzt wird, sondern ein Prozeß mit vielen Schritten und vielen Stationen. Wenn es richtig ist, was Kennedy sagte, daß man auch die Interessen der anderen Seite anerkennen und berücksichtigen müsse, so ist es sicher für die Sowjetunion unmöglich, sich die Zone zum Zweck einer Verstärkung des westlichen Potentials entreißen zu lassen.“

Ansätze für eine „Politik der kleinen Schritte“ hatte es schon früher gegeben. Herbert Wehner und Willy Brandt hatten bereits 1956 angeregt, alle möglichen Kontakte unterhalb der Anerkennung des Ulbricht Regimes zu fördern, um jedenfalls die unsinnigsten Auswüchse des Kalten Krieges beseitigen zu

helfen. Der Beginn dieser Politik in Berlin nach dem Bau der Mauer war mühsam. Nach ihrer Übertragung auf die Bundespolitik stieß sie zeitweilig auf heftigen Widerstand der damaligen Opposition, wurde dann aber nach 1982 auch von Helmut Kohl und der christlich-demokratisch-liberalen Regierung fortgesetzt.

Insgesamt kann keine Frage sein, daß diese Politik des „Wandels durch Annäherung", wie auch Timothy Garton Ashs Buch eindrucksvoll zeigt, im Kontext veränderter internationaler Rahmenbedingungen überaus erfolgreich war und die Transformation des Ostens, die die Voraussetzung der Wiedervereinigung war, ermöglicht hat.

Resümierend möchte ich folgendes zur Deutschlandpolitik der Ära Adenauer feststellen:

1. Die Erklärung des vollzogenen historischen Prozesses führt Historiker wie Zeitgenossen nicht selten dazu, die Entwicklung auf die erfolgreiche Linie zu verengen. Dadurch, daß man eben die erfolgreiche Linie erklären muß, wird sie sozusagen als die einzig mögliche Linie betrachtet. Die Frage der Alternativen ist jedoch vor dem jeweils vorhandenen offenen Horizont der Möglichkeiten mit zu sehen, wobei die Handlungsspielräume, die realen, d.h. die von heute her sichtbaren, und die vermeintlichen, d.h. für die damals Handelnden erkennbaren, zu unterscheiden sind. Es ist deshalb längst an der Zeit, auch Adenauers Gegnern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.
2. Es ist schwerlich möglich, Adenauer sowohl als Vertreter der Überwindung des Nationalstaatsgedankens als auch als konsequenten Verfechter der Wiedervereinigungsidee zu bezeichnen. Adenauers Leistung ist die Westintegrationspolitik. Seine Wiedervereinigungspolitik ist demgegenüber, gemessen an ihren Ansprüchen, gescheitert, jedenfalls wenn man die proklamierten Ziele ernstnimmt. Für Adenauers Politik gab es gute Gründe, insbesondere wenn man sich die Bewältigung des Erbes der NS-Zeit vergegenwärtigt. Doch sind ihre Schattenseiten nicht zu übersehen, um nocheinmal Christian Hacke zu zitieren: „Den Preis der Teilung zahlten die 18 Millionen Menschen in der DDR."
3. Es heißt die Komplexität historischer Prozesse grotesk zu unterschätzen, einen geradlinigen Weg von Adenauers Politik und Strategie der 50er Jahre zur deutschen Vereinigung 1989/90 anzunehmen. Mit gleichem, vielleicht sogar größerem Recht kann man die Vereinigung als Folge der neuen Ostpolitik bezeichnen.

**Stellv. Vorsitzende Margot von Renesse:** Dreimal Dank an Dr. Faulenbach, einmal, daß er kurzfristig eingesprungen ist für den verhinderten Prof. Niethammer; zweitens, daß er sich weitgehend an die Zeit gehalten hat; und drittens, daß er uns bereits in eine hoch spannende Diskussion geführt hat, die den Geräuschpegel hier hob, obgleich das nichts mit weniger Aufmerksamkeit

für seine Worte zu tun hatte. Aber die Diskussion steht noch bevor. Wir haben uns dem Thema noch auf andere Weise anzunähern, und dafür wird uns Herr Dr. Foschepoth zunächst noch zur Verfügung stehen. Vielen Dank. Herr Dr. Foschepoth, Sie haben das Wort.

**Dr. Josef Foschepoth:** Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren! Ich bin gerade noch einmal eindringlich gebeten worden, mich an die Zeit zu halten. Ich will es tun. Deshalb muß ich ein bißchen pointiert formulieren. Das ist sicherlich auch für die Diskussion hinterher sehr belebend.

Ich bin ja nun nicht bekannt als politischer Denkmalschützer Konrad Adenauers und als solcher bin ich ja auch hier nicht eingeladen worden. Deshalb können Sie jetzt sicherlich eine etwas andere Perspektive von mir erwarten. Wir haben in den letzten Jahren häufig eine sehr populäre These gehört in der Bundesrepublik, die lautete: „Was Adenauer wollte, hat Kohl verwirklicht." Herr Kollege Faulenbach ist eben ja auch schon kurz darauf eingegangen. Es geht im Grunde darum, eine Kontinuität herzustellen, die natürlich nicht ihres politischen Hintergrundes entbehrt. Nicht nur Kohl, sondern natürlich auch Adenauer gewinnen auf diese Weise noch an Größe, wenn etwa Rudolf Morsey schreibt: „Es dürfte wenige Staatsmänner, und nicht nur solche vergleichbarer geschlagener Nationen und Völker geben, deren konkrete Visionen noch innerhalb einer Generationsspanne politische Wirklichkeit geworden sind." Vergleichbare Äußerungen gibt es von Hans-Peter Schwarz, der im Nachwort seiner Biographie betont hat, daß das politische Kalkül Konrad Adenauers von 1952 1989 aufgegangen sei. Klaus Gotto, um einen Dritten zu zitieren, titelt etwa „Realist und Visionär".

Die Attribute sind also sehr schnell gefunden, um den ersten Kanzler der Bundesrepublik Deutschland doch ein bißchen zu sehr zu überhöhen, so daß die Intention klar wird, ihn jeglicher Kritik, insbesondere was die Haltung in der Deutschlandfrage anbetrifft, von vorneherein zu entheben. Ich möchte einer solchen Tendenz deutlich widersprechen und möchte fragen: Welche Rolle hat die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands tatsächlich in der Politik Adenauers gespielt? War sie ein operatives Ziel oder lediglich deklamatorisches Beiwerk seiner Politik? Wurden mögliche Handlungsspielräume genutzt, um dem „sehnlichsten Wunsch aller Deutschen" ein Stück näher zu kommen? Hätten, auch diese Frage müssen wir uns ja heute um so eindringlicher stellen, hätten möglicherweise 40 Jahre deutscher Teilung vermieden oder zumindest verkürzt werden können, wenn in den 50er Jahren eine andere Politik betrieben worden wäre? Was waren also die Intentionen und Ziele, die Voraussetzungen und Realisierungsmöglichkeiten, die Erfolge und die Kosten der Adenauerschen Politik in Sachen Wiedervereinigung Deutschlands?

Ich sehe auch wie Herr Möller, daß Adenauer ein sehr dichotomisches Weltbild gehabt hat, eine Perzeption der weltpolitischen Lage nach dem

2. Weltkrieg, die auffallend früh von dem Gedanken der Teilung der Welt in zwei feindliche Lager gekennzeichnet war. Diese Position Adenauers war keineswegs mehrheitsfähig. Er ist ja nicht von ungefähr erst 1949 gewissermaßen mehrheitsfähig gewesen. Seine politische Bedeutung liegt noch nicht in den Jahren 1945–1947/Anfang 1948. Da waren vielmehr andere Konzeptionen sehr viel interessanter und auch sicherlich damals mehrheitsfähiger, etwa die Konzeption eines „dritten Weges“ oder ähnliches. Für ihn ist aber sehr wichtig, daß er von vornherein sehr klar und eindeutig von dieser Dichotomie ausgegangen ist und sich in seinen Briefen, etwa des Jahres 1945, schon Äußerungen finden wie „der nicht von Rußland besetzte Teil Deutschlands“, die deutlich machen, daß er von einer Zweiteilung Deutschlands ausging.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist, daß es sehr frühzeitig auch schon einen bestimmten Konsens im Westen gegeben hat. „Wiedervereinigung ist gefahrvoll für uns alle“, resümierte ihn 1953 ein hochrangiger Staatssekretär im britischen Auswärtigen Amt. Der Hintergrund ist klar. Schon während des 2. Weltkrieges hat man sich darüber verständigt, wie man Deutschland nach dem Krieg behandeln wolle. Es kam in der European Advisory Commission zu entsprechenden Absprachen, die eine Einteilung in drei Zonen vorsah, später in vier Zonen. Diese Konzeptionen haben jeweils unterschiedliche Zielsetzungen gehabt. Die erste Zielsetzung war die, vor allem dafür zu sorgen, daß sich die Russen und auch die Amerikaner nach dem Krieg nicht tatenlos wieder abwenden würden vom Kontinent, sondern bei den Aufräumarbeiten in Deutschland präsent sein würden. Später wandelte sich diese Konzeption dahingehend, daß man darin einen Schutzschirm sah, der die Sowjets auf jeden Fall daran hindern sollte, bis an den Rhein vorzudringen. Schließlich gewann diese Konzeption in den Jahren 1947 immer stärker die Bedeutung, die Einflußsphäre des Westens so weit zu sichern, daß man sagen konnte, wenigstens ein Teil, der größte und wichtigste Teil Deutschlands sei im Einflußgebiet des Westens. In diesem Zusammenhang spielt die Potsdamer Konferenz eine große Rolle. Dazu nur soviel: Der reparationspolitische Beschluß, der getroffen wurde, lief de facto auf eine Aufteilung Deutschlands, man muß schon sagen: Restdeutschlands hinaus, denn die Oder-Neiße-Gebiete spielten bei den Potsdamer Überlegungen schon keine Rolle mehr. Am 26. März 1946 definierte der Alliierte Kontrollrat: Deutschland besteht aus den gegenwärtigen deutschen Gebieten zwischen Oder-Neiße-Linie und den gegenwärtigen Westgrenzen. Es war also immer die Rede von diesem, wenn Sie so wollen, „Rumpfdeutschland“. Die Ostgebiete spielten auch im Denken der Westmächte keine Rolle. Wir können das in der Diskussion hinterher noch etwas ausführlicher begründen.

Die Prozesse, die dann abliefen, sind weitgehend bekannt. Sie führten schließlich zur Staatengründung 1949 und zur Integration 1955 beider Staaten in die jeweiligen Blöcke. Fazit und ich zitiere einmal dieses eben schon

angeschnittene Dokument des britischen Staatsministers Lloyd vom 22. Juni 1953 an Premierminister Churchill: „Deutschland ist der Schlüssel zum Frieden in Europa. Ein geteiltes Europa bedeutet ein geteiltes Deutschland. Deutschland wiederzuvereinigen, solange Europa geteilt ist, ist – selbst wenn dies machbar wäre – gefahrvoll für uns alle. Deshalb fühlen alle“, und jetzt beachten Sie bitte die Reihenfolge „fühlen alle – Dr. Adenauer, die Russen, die Amerikaner, die Franzosen und wir selbst – im Grunde ihres Herzens, daß ein geteiltes Deutschland zur Zeit die sicherere Lösung ist. Aber keiner von uns wagt, dies wegen seiner Auswirkungen auf die öffentliche Meinung in Deutschland auch offen zuzugeben. Deshalb unterstützen wir alle öffentlich ein vereintes Deutschland, jeder allerdings aufgrund seiner eigenen Bedingungen.“ Eine klassische Beschreibung, glaube ich, der westlichen Position. Bewahrung und Sicherung des Status quo, mithin der Teilung Deutschlands, waren also die eine, das Bekenntnis zur Wiedervereinigung und die Kultivierung einer Einheitsrhetorik die andere Seite.

Ich komme zu einem dritten Punkt: Westintegration statt Wiedervereinigung, das Konzept, wie ich es bei Adenauer feststellen zu können glaube. Der Erfolg der Adenauerschen Politik lag, und das ist zum Teil hier heute morgen schon gesagt worden, einerseits in seiner Kompromißfähigkeit. Aber diese Kompromißfähigkeit, seine Flexibilität orientierte sich ausschließlich nach Westen. Nach Osten sah es genau andersherum aus. Da stand Kompromißlosigkeit, eben Unflexibilität und auch mangelnde Kreativität im Vordergrund, ganz im Unterschied zu seiner Westpolitik. Ich will hier auf die Kontroverse der Stalin-Note gar nicht näher eingehen, wir können das vielleicht in der Diskussion noch machen. Für mich ist es nur in diesem Zusammenhang besonders wichtig zu betonen, daß die Reaktion Adenauers auf das Angebot aus Moskau ganz entscheidend für seine Stellung gegenüber den Westmächten hinterher gewesen ist. Von nun an war klar: Auf diesen Mann ist Verlaß, der wird keine nationalen Sperenzchen begehen, sondern wird eine feste Position weiterhin behalten und damit auch die Politik des Westens klar nach innen in Deutschland, insbesondere der Bundesrepublik Deutschland, vertreten. Wer von dieser Offensive profitiert hat, war, glaube ich, vor allem Adenauer. Seine innen- und außenpolitische Position wurde entscheidend gestärkt. Für ihn gab es also in Zukunft keine weitere Alternative als die Westoption. „In der harten Welt der Tatsachen“, schrieb er noch in seinen Memoiren, „gab es für die Bundesrepublik eben nur zwei Wege: Ein Zusammengehen mit dem Westen oder ein Zusammengehen mit den Sowjets. Alles was dazwischen lag, war nicht Politik, sondern Illusion.“

Eine solche Politik war natürlich äußerst gefährlich und problematisch unter innenpolitischen Gesichtspunkten, wenn sie nicht Gefahr laufen wollte, des nationalen Verrats bezichtigt zu werden. Also war es ein Gebot des politischen Überlebens Adenauers gewissermaßen, sie national entsprechend zu legiti-

mieren. Die Formel, die dafür entwickelt wurde, lautete „Wiedervereinigung durch Westintegration“. Hier wurde gewissermaßen auf einen Nenner gebracht, was Adenauer wollte, und klar und deutlich wurde die Priorität benannt. Die Westintegration war das Ziel. Alles übrige, auch was die Wiedervereinigung anbetraf, war dann nur noch eine Frage des Hoffens und des Wollens, nicht eine Frage operativer Politik. Der erste Schritt war entscheidend, der nach Westen, der zweite Schritt war etwas, was sich seinem tatsächlichen Vorstellungsvermögen weitgehend entzog. Ich will Ihnen dafür ein paar Beispiele nennen. 1955 sagte er Erich Ollenhauer, was die Frage der Grenze von 1937 anbetrifft: „Oder-Neiße, Ostgebiete usw. die sind weg! Die gibt es nicht mehr! Wer das mal aushandeln muß, na ich werde es nicht mehr sein.“ Ähnlich nüchtern hat er auch schon in der zweiten Hälfte der 50er Jahre die Möglichkeit einer Vereinigung der beiden deutschen Staaten, also ohne die Ostgebiete, benannt. „Kann einer glauben“, heißt es bei ihm, „daß Sowjetrußland jemals, ohne dazu genötigt zu sein, die Ostzone wieder freigeben wird? Ich glaube es nicht.“ Und 1959 stellte er vor dem Fraktionsvorstand der CDU/CSU ernüchtert fest: „Wenn wir, meine Damen und Herren, den Status quo für Berlin und die Zone behalten, haben wir für heute so gut wie alles erreicht. Wiedervereinigung – wer weiß wann!“ Adenauer ging es also um die Bewahrung und Sicherung der Bundesrepublik Deutschland und nichts mehr. Dieses wird insbesondere deutlich im Jahre 1955, als in der Tat eine starke Gefährdung seiner Politik drohte, nämlich als Zeichen der Entspannung am Horizont auftauchten.

Ich denke, es ist gefährlich, Adenauer jetzt zu einem Entspannungspolitiker zu küren. Das wäre zuviel des Guten. Vor allem müßte man dann zunächst einmal klären, was Adenauer unter Entspannung verstand und was wir gemeinhin, etwa im Sprachgebrauch der 70er und 80er Jahre, unter Entspannung zu verstehen uns angewöhnt haben. Adenauer verstand unter Entspannung den Zustand, der dann entstehen würde, wenn die Sowjets einmal zurückgedrängt seien. Entspannung konnte es niemals als Mittel der Politik geben. Vielmehr war nur durch eine Politik der Stärke ein Zustand der Entspannung zu erreichen, wenn also die Sowjets erst einmal dahin zurückgedrängt wären, wo sie hingehörten. Als der Geist von Genf im Jahre 1955 die Runde machte, fühlte sich Adenauer bemüßigt, den westlichen Regierungen gewissermaßen einmal klaren Wein einzuschenken, was er denn nun tatsächlich von einer Wiedervereinigung Deutschlands halte. Sie wissen, daß ich jahrelang in britischen Archiven gearbeitet habe; die Perspektive aus den britischen Akten ist sehr hilfreich zur Ergänzung auch der deutschen Perspektive, weil hier sehr viel mehr auch über die Motivation, nicht nur der westlichen Regierungen, zu erfahren ist, sondern vor allem auch über die Motivation der deutschen Politik. Denn man mußte ja spätestens bis zum Jahre 1955 jeweils den ausländischen Siegermächten erklären, warum man sich so und nicht anders verhielt. Da findet sich also noch ein ganz berühmtes Dokument, vom 15. Dezember 1955,

das ich hier doch noch einmal ganz kurz zitieren möchte. Es ging damals darum, daß sich im Westen eine neue Option abzeichnete, nämlich unter der Perspektive, einen Sicherheitsvertrag mit den Sowjets abzuschließen, auf den diese schon sehr drängten – das ist die Vorgeschichte der KSZE –, auch die deutsche Frage wieder zum Verhandlungsgegenstand zu machen. Diese Verbindung, Sicherheitsvertrag und Verhandlungen über die deutsche Frage, war nun das Paket, das die Briten und auch die Amerikaner schnüren wollten, um Bewegung in die Sache zu bringen. Hier hat Adenauer klipp und klar gesagt, was er davon hielt, nämlich nichts. Am 15. Dezember 1955 schickte er den westdeutschen Botschafter in London, Herwarth von Bittenfeld, nach London, um dem Permanent Under-Secretary of State, also dem zweithöchsten Mann im dortigen Auswärtigen Amt, klaren Wein einzuschenken. Adenauer ließ mitteilen, daß, selbst wenn bei Abschluß eines Sicherheitsvertrages mit der Sowjetunion eine Wiedervereinigung möglich – und jetzt kommt es – und die Abhaltung freier Wahlen sowie die völlige Handlungsfreiheit einer gesamtdeutschen Regierung nach innen und außen gesichert sei, also auch die Möglichkeit eines NATO- Beitritts, somit sämtliche Voraussetzungen, die der Westen seit Jahren als Vorbedingung für eine Wiederherstellung der Einheit Deutschlands gefordert hatte, erfüllt wären, er, Konrad Adenauer, gegen eine Wiedervereinigung Deutschlands sei. Das Dokument können Sie dann im Original einsehen. Der entscheidende Grund sei, so heißt es hier in diesem Dokument, das ich 1986 zum ersten Mal im Londoner Public Record Office entdeckt habe, daß Dr. Adenauer kein Vertrauen in das deutsche Volk habe. „He has no confidence in the German people", heißt es im Original. Er sei also äußerst besorgt, daß sich eine künftige deutsche Regierung, wenn er von der politischen Bühne abgetreten sei, zu Lasten Deutschlands mit Rußland verständigen könnte. Folglich sei er der Meinung, daß die Integration Westdeutschlands in den Westen wichtiger als die Wiedervereinigung Deutschlands sei. Wir sollten wissen, daß er in der ihm noch verbleibenden Zeit alle Energien darauf verwenden werde, dieses zu erreichen. Er hoffe, daß wir alles in unserer Macht Stehende tun würden, ihn bei dieser Aufgabe, nicht bei der Wiedervereinigung, zu unterstützen. Der Kanzler legte großen Wert darauf, daß die Briten seine entschiedene Haltung in dieser Frage kannten, gab jedoch dann zu bedenken, was dann auch in diesem Dokument steht, daß es natürlich „katastrophale Folgen für seine politische Position haben würde, wenn seine Ansichten, die er mir in solcher Offenheit mitgeteilt habe, jemals in Deutschland bekannt würden". An der Reaktion im Jahre 1986 kann ich diesen Satz nur bestätigen.

Selbst wenn also die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands auf der Basis westlicher Prinzipien möglich gewesen wäre, war Adenauer dagegen. Der Grund: Zehn Jahre nach dem Ende des 2. Weltkrieges fehlte es dem alten, von zahlreichen geschichtlichen Umbrüchen geprägten Mann vor allem an dem

notwendigen Vertrauen in das eigene Volk, erneut eine unabhängige Position in der Mitte Europas wahrnehmen zu können, ohne dabei den Fehlern der Vergangenheit erneut zu verfallen. So gesehen war also Adenauers Westpolitik und der damit verbundene Verzicht auf eine Wiederherstellung der Einheit Deutschlands offensichtlich das wirksamste Mittel und vielleicht das einzige, Deutschland vor sich selbst zu schützen, wie es schon damals der belgische Außenminister Paul-Henri Spaak gemeint hatte.

Welche Funktion hat denn nun dieses Reden von Wiedervereinigung gehabt? Ich teile nicht ganz die Auffassung, als sei gewissermaßen der internationale Rahmen so vorgegeben gewesen, daß es dazwischen keine Handlungsspielräume mehr gegeben hätte. Man muß bedenken, die Deutschen waren nicht nur Opfer des Kalten Krieges, sie waren auch Akteure des Kalten Krieges, und sie haben – aus einer bestimmten Interessenlage heraus – kräftig an der Aufrechterhaltung der Frontstellung zwischen Ost und West mitgearbeitet. Entscheidend war es in der Tat, um auf diese Weise die Rückkehr zur Souveränität des westdeutschen Teilstaates zu ermöglichen unter Hintansetzung natürlich der Ziele einer Wiedervereinigung Deutschlands. Die Wiedervereinigungsfrage war also für Adenauer weniger eine außen- als eine innenpolitische Frage, eine Frage der inneren Absicherung und Durchsetzung des westlichen Teilstaates Bundesrepublik. Das Offenhalten der deutschen Frage und die permanente Forderung nach Wiederherstellung der Einheit Deutschlands, ohne praktisch etwas dafür zu tun, war somit die Integrationsideologie der Bundesrepublik Deutschland auf dem Weg zu sich selbst.

Zum Abschluß möchte ich kurz resümieren: Leistungen und Kosten der Adenauerschen Politik. Es gibt viele, die in unserem Land zur Zeit nicht müde werden immer wieder zu betonen, daß es keinen Beweis gebe, daß Adenauer die Wiedervereinigung nicht gewollt habe. „Er hat daran geglaubt“, schreibt Hans-Peter Schwarz. Nun werden Politiker ja nicht nach ihrem Glauben beurteilt, sondern an ihren Taten gemessen, und es mag sein, daß Adenauer an eine Wiederherstellung der Einheit Deutschlands geglaubt hat. Doch, um in diesem Bild zu bleiben, ein praktizierender Gläubiger in Sachen Wiedervereinigung war er jedenfalls nicht. Die These, wonach Adenauer die Einheit Deutschlands nur zu gerne wieder hergestellt hätte, wenn die internationale Lage dies erlaubt hätte, greift zu kurz. Die Option für den Westen erfolgte zu einer Zeit, als gesamtdeutsche Lösungen noch keineswegs vollends ausgeschlossen waren. Adenauers entschlossener Kampf gegen jedes gesamtdeutsche Arrangement erweiterte und verengte zugleich seinen außen- und deutschlandpolitischen Handlungsspielraum. Adenauer und die ihn tragende Mehrheit der Westdeutschen insgesamt waren eben nicht nur Opfer, sondern Akteure des Kalten Krieges, die Zug um Zug die Spaltung Deutschlands vertieften. Adenauers oberstes Ziel, die rasche Rückkehr zu Souveränität, war nur auf der Basis eines demokratisch verfassten, fest in

die westliche Hemisphäre verankerten westdeutschen Staates möglich. Seine große Leistung besteht darin, einen neuen, nach außen verläßlichen, nach innen stabilen und wirtschaftlich erfolgreichen Staat aufgebaut zu haben, der trotz der großen inneren und äußeren Belastungen mehr als vier Jahrzehnte überdauert hat, allerdings um den Preis einer ebenso langen Teilung Deutschlands. Die Ambivalenz der Adenauerschen Politik wird unter dem Eindruck der Vereinigung der beiden deutschen Staaten besonders deutlich. Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten ist nicht wegen, sondern ich möchte fast sagen, trotz der Adenauerschen Politik erfolgt. Nicht die Politik der Entspannung, sondern die Politik der Stärke hat die Etablierung und Festigung des sogenannten Ostblocks auf Jahrzehnte gefördert. Gerade aus der Perspektive der seit 1990 erfolgten Osterweiterung der Bundesrepublik stellt sich manche Frage neu und mit um so größerer Dringlichkeit für das Zusammenwachsen der Menschen in allen Teilen Deutschlands. Inwieweit hat also die Adenauersche Politik und mit ihr die des Westens eine frühere Liberalisierung des Ostens verhindert? Hätte eine flexiblere Politik des Westens die kommunistische Herrschaft nicht viel eher in Bedrängnis gebracht? Hätten, mit anderen Worten, vierzig Jahre deutscher Teilung möglicherweise verhindert oder zumindest verkürzt werden können? Schließlich: Waren die Deutschen respektive die Westdeutschen jemals bereit, einen Preis für die Wiederherstellung der Einheit ihres durch eigenes Verschulden geteilten Landes zu zahlen?

In den 50er und 60er Jahren wurde die Brisanz dieser Fragen durch die fehlende Einsicht in das eigene Verschulden, die Pflege neuer Feindbilder und die Kultivierung nationaler Einheitsrhetorik überdeckt. Heute, nachdem uns die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands – man könnte fast sagen – beim Ausverkauf des sowjetischen Imperiums in den Schoß gefallen ist, reicht die nationale Rhetorik nicht mehr aus. Sie hat uns inzwischen eingeholt. Operative und rhetorische Deutschlandpolitik sind erstmals miteinander in Einklang zu bringen. Nun müssen wir den Preis, nicht nur für die Ursachen, sondern auch für die Folgen der Teilung Deutschlands zahlen, ob wir wollen oder nicht. Ob er höher ausfällt, als er in den 50er Jahren ausgefallen wäre, muß dahingestellt bleiben. (Beifall)

**Amtierender Vorsitzender Dirk Hansen:** Vielen Dank Herr Dr. Foschepoth. Das Interesse, will ich mal zurückhaltend sagen, steigt zunehmend, hörbar, aber ich bitte Sie, sich doch noch einen Augenblick zu gedulden, denn wir wollen das Quartett komplettieren. Herr Dr. Wettig wird noch eine Spezialfrage behandeln, die ja heute morgen anstehende Thematik der Stalin-Note. Lassen Sie mich noch eine Bemerkung machen. Sie sehen hier einen ständigen Wechsel des Vorsitzes. Nehmen Sie es als Indiz dafür, daß die FDP die Kontinuität gewissermaßen belegt. Gerade in dem Themenkreis des heutigen Vormittags ist das ja vielleicht nicht ganz unwichtig.

**Priv. Doz. Dr. Gerhard Wettig:** Herr Vorsitzender, meine Damen und

Herren! Ich werde nur über ein Teilthema sprechen, aber über eines, das, wie die Diskussion heute schon gezeigt hat, zentrale Wichtigkeit besitzt. Ich habe dazu sowjetische Dokumente konsultiert, wie ich noch näher ausführen werde.

Seit dem Ausbruch des Kalten Krieges im Sommer 1947 hat die sowjetische Führung unablässig den Abschluß eines Friedensvertrages mit einem einheitlichen Deutschland gefordert. Aber dies war keine diplomatische Initiative, denn gleichzeitig wurden die Verbindungen zu den Westmächten systematisch gekappt und konfrontative Maßnahmen – ich erinnere nur an die Berliner Blockade – ins Werk gesetzt. Der Zweck der Forderung nach Abschluß eines Friedensvertrages bestand allein darin, den Westmächten das Recht zu bestreiten, über einen Teil Deutschlands ohne die Sowjetunion zu verfügen. Neu an der sowjetischen Note vom 10. März 1952 war also nicht der angegebene Zweck, der Abschluß eines Friedensvertrages. Neu war aber, daß die Friedensvertragsforderung zum Mittelpunkt einer großen Initiative gemacht wurde und daß inhaltliche Grundsätze für die verlangte Regelung unterbreitet wurden. Die Frage ist nun, ob dies als Anzeichen für einen grundlegenden politischen Wandel auf sowjetischer Seite anzusehen ist. Dachte Stalin etwa daran, zwecks Verhinderung der damals im akuten Stadium befindlichen „westdeutschen Remilitarisierung", wie es in den sowjetischen Dokumenten hieß, das kommunistische System in der DDR unter bestimmten Voraussetzungen preiszugeben und ein demokratisch-neutralistisches Gesamtdeutschland zu schaffen?

Aufgrund meiner Aktenfunde lautet die Antwort: Nein. Die von mir benutzten Dokumente des sowjetischen Außenministeriums sind im vorliegenden Falle darum von entscheidender Bedeutung, weil die Note vom 10. März 1952 in dieser Behörde initiiert und ausgearbeitet worden ist; sie wurde Stalin von dort aus zur Billigung vorgelegt. Es liefen in diesem Kontext alle Fäden über den stellvertretenden Außenminister Gromyko zu Stalin, zum Außenminister, zum Politbüro usw.

Für mein negatives Urteil bezüglich der sowjetischen Bereitschaft zur Preisgabe der DDR unter bestimmten Voraussetzungen gibt es zahlreiche Gründe:

1. Nach den intern geäußerten sowjetischen Absichten kam nur ein Gesamtdeutschland nach dem Modell der DDR in Frage.
2. Eine Regelung, bei der die Sowjetunion auf das kommunistische System in der DDR verzichtet hätte, wenn dafür die Westmächte einem Neutralitätsstatus für Gesamtdeutschland zugestimmt hätten, wurde von vornherein prozedural dadurch ausgeschlossen, daß der Friedensvertrag – und damit der Status Deutschlands – auf alliierter Ebene verhandelt werden sollte, während die Frage der inneren Ordnung in Deutschland nach sowjetischem Konzept allein zwischen den Vertretern Westdeutschlands und

Ostdeutschlands besprochen werden durfte und damit von der Zustimmung der SED-Führung abhängig gewesen wäre.

3. Die sowjetische Seite rechnete nach den vorliegenden Dokumenten mit einem westlichen Nein zu ihrer Note und ging nur ein einziges Mal auf die Möglichkeit ein, daß die Westmächte – natürlich unter dem Druck der westdeutschen Volksmeinung, wie hervorgehoben wird – vielleicht aus rein taktischen Gründen darauf eingehen könnten, so daß man dann, um mit dieser Situation fertig zu werden, dagegen bestimmte Vorkehrungen treffen müsse.
4. Das negative Interesse der sowjetischen Seite an Verhandlungen wird verständlich, wenn man sich den intern erklärten Zweck der Note vor Augen hält. Es ging darum, dem Kampf der KPD in der Bundesrepublik gegen das Adenauer-Regime „mächtige Impulse“ zu verleihen, um auf diese Weise den westdeutschen Kommunisten eine Mobilisierung der westdeutschen Massen unter Parolen der nationalen Einheit zu ermöglichen.
5. Aus allen internen sowjetischen Äußerungen spricht eine klare Absage an die Idee des Kompromisses und der Verständigung zwischen Ost und West. Es ging immer nur darum, eine Politik gegen den Westen durchzusetzen, wobei der Sturz der Adenauer-Regierung als entscheidendes Element in diesen Erwägungen fungierte.
6. Das Denken in den sowjetischen Führungskreisen verlief in Gedankenbahnen, wie sie im Auftrage von Stalin auf der Gründungstagung des Kominform im September 1947 festgelegt worden waren, also gemäß den Grundsätzen eines Denkens in zwei einander feindlich gegenüberstehenden Lagern, von denen das eine obsiegen und das andere unterliegen mußte. Aufgrund dieser Logik ist es sehr interessant, in den sowjetischen Dokumenten zu sehen, daß die sozialdemokratische Opposition in der Bundesrepublik als um keinen Deut besser galt als die – ich zitiere – „imperialistische Bourgeoisie“ Adenauers.
7. Wer Gnade in Moskau finden wollte, mußte nicht nur die sowjetische Deutschlandpolitik voll billigen, sondern er mußte des weiteren auch bereit sein zur Unterordnung unter kommunistische Führung. Nach diesem Kriterium verfiel auch die Gesamtdeutsche Volkspartei Heinemanns dem Verdikt. Dieser Partei wurde zugestanden, daß sie in der derzeitigen politischen Phase durchaus den richtigen Kurs vertrete. Aber es hieß zugleich, diese Gruppierung der „fortschrittlichen Bourgeoisie“ sei darum auch gefährlich, weil sie sich mit ihrer richtigen Politik nicht kommunistischer Führung unterordne und so die kommunistische Seite der Bedrohung aussetze, daß die Mobilisierung der westdeutschen „Massen“, an deren Zustandekommen und erfolgreiche Weiterentwicklung man in Moskau glaubte, nicht in die Hände der KPD, sondern in die Hände einer „bourgeoisen“ Kraft falle. Das aber mußte unbedingt verhindert werden.

8. Mit der Kompromißlosigkeit gegenüber allen möglichen politischen Verbündeten innerhalb der Bundesrepublik ging ein Konfrontationskurs durch die DDR bzw. mit deren Hilfe einher. Die Absperrmaßnahmen an der innerdeutschen Grenze, die Forcierung der ostdeutschen Sowjetisierungspolitik und die Kampagne für eine verschärfte Wiederaufrüstung der DDR – alles dies sind Dinge, die dann zwar erst etwas später öffentlich gemacht, aber zu diesem Zeitpunkt bereits fest ins Auge gefaßt worden sind, die also nicht als Reaktion auf enttäuschende Antworten der Westmächte gelten können.
9. Es ist aufschlußreich, daß die notorisch von der Sorge vor dem Entzug der sowjetischen Unterstützung geplagte SED-Führung – ebenso ein so dogmatischer und intransigenter sowjetischer Spitzenfunktionär wie Molotow (dem die Note auch immer wieder vorgelegt worden ist) – keinerlei auch noch so geringe Unzufriedenheit zu erkennen gab. Das aber wäre mit Sicherheit zu erwarten gewesen, wenn die SED-Herrschaft auf irgendeine Weise auch nur andeutungsweise in Frage gestellt worden wäre.

Das sich dem erstaunten Beobachter eröffnende Bild – und ich muß bekennen, auch ich bin ein solcher erstaunter Beobachter gewesen, als ich die sowjetischen Akten einsah –, läßt klar erkennen, daß die sowjetische Deutschlandpolitik im Frühjahr 1952 weder eine diplomatische noch eine propagandistische Aktion gewesen ist, sondern auf innenpolitische Veränderung, d.h. auf Umsturz in der Bundesrepublik mittels der KPD und durch die KPD abzielte. Dabei stellt sich für uns die Frage, wie die sowjetische Führung glauben konnte, daß eine so stark antisowjetisch und antikommunistisch gesinnte Bevölkerung wie die damaligen Bewohner Deutschlands, insbesondere auch Westdeutschlands, überhaupt für ein solches Programm zu gewinnen sein sollte. Wie konnte Stalin hoffen, mit seinen national frisierten Parolen des antiwestlichen Kampfes politische Eroberungen unter den Deutschen zu machen? Warum hat er diese Angel eines deutlich antiwestlich ausgerichteten Wiedervereinigungsangebots, wenn er sie schon auszuwerfen für richtig hielt, nicht wenigstens durch den Anschein von Zugeständnissen an deutsche Demokratie-Wünsche attraktiver zu machen gesucht? Das ist die Frage, die sich dem Historiker stellt und nach meinem Eindruck zugleich die psychologische Erklärung für die durch nichts Konkretes gestützte Ansicht, Stalin könne doch gar nicht gemeint haben, die Deutschen ohne irgendeine Konzession für seine Offerte zu interessieren. Aufgrund der Dokumente will ich versuchen, das Problem in drei Stufen wenigstens teilweise zu beleuchten.

1. Stalin gab, wie aus anderen Archivdokumenten hervorgeht, der Konsolidierung des eigenen Machtbereichs absoluten Vorrang vor allen in Aussicht stehenden Vorteilen der Interaktion mit den Westmächten.
2. Stalin ist nach Ausweis aller vorhandenen Informationen nicht ein Kauf-

mann gewesen, der in der DDR ein Handelsobjekt sah, das man gegebenenfalls gegen Wertvolleres eintauschen konnte. Er gerierte sich vielmehr als politischer Kämpfer, der in der DDR eine politische Bastion sah, die er sowohl zur politischen Verteidigung als auch zum politischen Angriff gegen den Westen benötigte.

3. Noch überraschender ist, daß im Kreml eine fundamentale Fehlwahrnehmung vorlag. Die Leiter der sowjetischen Politik täuschten sich völlig über die Haltung der Deutschen zum Kommunismus, zur Sowjetunion und zu deren Politik. Sie sahen zwar immer wieder im Einzelfalle, daß es bei den Deutschen Schwierigkeiten mit der sowjetischen Politik gab, aber sie haben daraus niemals die Konsequenz gezogen, daß ihr Vorgehen verkehrt sein könnte oder daß man an ihm irgendwelche Korrekturen anbringen müßte, um die Zustimmung des deutschen Volkes zu gewinnen. In ihrer Vorstellung war die eigene Politik von vornherein fraglos dazu geeignet, die Wünsche und Bedürfnisse der Deutschen und anderer Völker zu befriedigen, wenn man nur die richtige Strategie und Taktik bei der Durchsetzung wählte. Es kam daher allein darauf an, die unternommenen Anstrengungen, insbesondere die Aktionen der KPD, zu verstärken, um das Potential der vermeintlich in Deutschland zustimmungsfähigen Politik voll auszuschöpfen und die grundsätzlich vorhandene deutsche Zustimmung faktisch zu realisieren – eine groteske Fehleinschätzung der Situation, deren Existenz wir aber konstatieren müssen, wie verkehrt sie auch gewesen ist.

Das Fazit meiner Forschung ist, daß sich die sowjetische Führung weigerte, auch nur die geringsten Zugeständnisse bezüglich einer irgendwie im Westen akzeptablen Wiedervereinigung Deutschlands ins Auge zu fassen. Das heißt mit anderen Worten: Auch wenn die westlichen Regierungen und die – in ihrer außenpolitischen Handlungsfähigkeit diesen Regierungen nachgeordnete – Bundesregierung unter Adenauer bereit gewesen wären zu einem weitreichenden Entgegenkommen gegenüber Stalin, hätte dies in keiner Weise die Chancen für ein demokratisches Gesamtdeutschland erhöht, mit welchen außen- und sicherheitspolitischen Bedingungen die westliche Seite auch einverstanden gewesen wäre. Stalin konnte sich – das ist meine Schlußfolgerung aus meinen Dokumentenfunden – nur ein kommunistisches Gesamtdeutschland unter seiner Oberherrschaft vorstellen.

**Amtierender Vorsitzender Dirk Hansen:** Meine Damen und Herren, ich danke Herrn Dr. Wettig für seine Ausführungen.

(Pause)

**Stellv. Vorsitzende Margot von Renesse (SPD):** Was wir heute morgen gehört haben, war sozusagen abgelagerter Sprengstoff, und das Eigentümliche ist, daß der alte abgelagerte Sprengstoff nichts von seiner Brisanz verloren zu haben scheint. Die alten Schmerzen und die alten Frustrationen sind, vielleicht ist das auch sehr typisch deutsch, immer aktuell. Erlauben Sie,

daß ich zunächst einmal, einer Übung folgend, die wir haben, gerade bei schwierigen Themen zunächst eine Runde einläute unter den hier anwesenden Vertretern von Fraktionen und Gruppen und zunächst einmal Herrn Koschyk das Wort erteile.

**Abg. Koschyk (CDU/CSU):** Ich lege Wert darauf, aus Sicht unserer Fraktion, gestärkt durch das, was Herr Prof. Möller und Herr Dr. Wettig vorgetragen haben, noch einmal etwas zu den zentralen Gedanken Adenauerscher Deutschlandpolitik zu sagen. Es ist sehr deutlich geworden durch die beiden Vorträge, daß es für Adenauers Deutschlandpolitik drei grundlegende Aspekte gegeben hat. Da ist, erstens, eine sicherheitspolitische Notwendigkeit, die sich einfach durch die geopolitische Lage des Westteils Deutschlands am Rande des sowjetischen Machtbereichs, aber auch aufgrund der allgemeinen sicherheitspolitischen Konstellation damals in Europa ergeben hat. Zweitens – die Entscheidung für die Westbindung als eine Art außenpolitischer Entsprechung der inneren Verfassungsordnung der Bundesrepublik Deutschland, also kein Zweckbündnis, sondern Wertegemeinschaft nicht nur im sicherheitspolitischen, sondern auch im ideellen grundsatzpolitischen Sinn. Und drittens die Wiedervereinigung nicht im Gegensatz zu dieser Grundsatzentscheidung der Westbindung, sondern als deren notwendige Voraussetzung.

Ich meine, Adenauer hat es durchaus realistisch eingeschätzt, daß die Wiedervereinigung Deutschlands für die Westmächte kein vorrangiges Anliegen war. Es mußte ihm darauf ankommen, die Interessen der Westmächte mit denen der Westdeutschen, die in Verantwortung für das gesamtdeutsche Anliegen standen, zu verknüpfen. Seine Politik bedeutete nicht nur die Anbindung der Bundesrepublik Deutschland an den Westen, sondern auch die Verknüpfung westlicher Politik mit dem zentralen Auftrag unserer Verfassung: der Wiedervereinigung Deutschlands. Dies wird, wenn heute auch schon von Zitaten die Rede war, eben durch einige Zitate Adenauers, wie sie auch in einer der von uns vergebenen Expertisen aufgeführt sind, wie ich meine, eindrucksvoll belegt. Ich möchte mir deshalb erlauben, ein solches Zitat aus den „Erinnerungen“ Adenauers vorzulesen. „Es gab Stimmem, die den von mir gezeichneten Weg“, gemeint ist die Politik nach Abschluß des Deutschland- und EVG-Vertrages, „nicht als den Weg zur deutschen Einheit bezeichneten. Aber es kam darauf an zu erkennen, daß es zunächst für uns keinen anderen Weg gab. Die Sowjets würden früher oder später einsehen, daß sie sich mit dem Westen verständigen müßten, daß sie ihn nicht niederzwingen könnten. In einer solchen friedlichen Verständigung lag meine Hoffnung und sah ich unsere Chance. Sie würde allerdings für uns nur dann gegeben sein, wenn wir uns im Zeitpunkt einer solchen allgemeinen Einigung zwischen West und Ost bereits als zuverlässiger Partner des Westens erwiesen. Nur dann würde der Westen bei einer Verständigung unsere Interessen zu seinen eigenen machen.“

Ich meine, Herr Faulenbach, wenn man Herrn Bahr, wie Sie das nachher getan haben, die Zeitschiene für seinen deutschlandpolitischen Ansatz zubilligt, dann können Sie nicht zwanzig Minuten vorher sagen, im Hinblick auf Adenauers Deutschlandpolitik muß man sich fragen, ob nicht seine Politik für die Dauer der Teilung verantwortlich war. Wenn Sie bei Bahr eine Zeitschiene für den deutschlandpolitischen Ansatz zubilligen, muß man auch Adenauer zubilligen, daß seine Deutschlandpolitik nicht kurz- und mittelfristig, sondern langfristig angelegt war. Herr Prof. Möller hat ferner deutlich gemacht, wie Adenauer dieses Offenhalten der Deutschen Frage im Deutschlandvertrag gelungen ist, wo er die Westmächte auf die Wiedervereinigung Deutschlands, auf eine freie Option für dieses wiedervereinigte Deutschland festlegte und, Herr Foschepoth – auch bei aller Skepsis, die Adenauer damals gehabt hat, ob es in der Oder-Neiße-Frage für eine gesamtdeutsche Regierung noch Spielraum geben würde –, auch auf ein Offenhalten der Grenzfrage mit dem Friedensvertragsvorbehalt. Gewiß, Adenauer war beim Abschluß des Deutschlandvertrages sehr skeptisch, so schreibt auch Grewe in seinen Erinnerungen, ob noch einmal operative Möglichkeiten für Veränderungen in der Oder-Neiße-Frage gegeben seien. Aber er war überzeugt, daß ein enger Zusammenhang zwischen der grundsätzlichen Option in der offenen deutschen Frage und dem Friedensvertragsvorbehalt und damit auch der Grenzfrage aus statusrechtlichen und aus völkerrechtlichen Gründen bestand; dieser Politik sind ja dann auch die Nachfolgeregierungen und ebenso die große Koalition gefolgt. Zwar hat es in der Oder-Neiße-Frage eine Rhetorik gegeben, die immer gesagt hat, hier sei politisch nichts mehr drin. Aber lesen sie sich die Antworten auch der Bundesregierungen der sozialliberalen Koalition auf Anfragen im Bundestag zu statusrechtlichen und völkerrechtlichen Fragen durch. Auch die Regierungen Brandt/Scheel und Schmidt/Genscher haben unverrückbar an diesem Status und an den völkerrechtlichen Grundlagen der Deutschlandpolitik, auch in der Grenzfrage bis zu einem Friedensvertragsvorbehalt, festgehalten. Das Normenkontrollverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht zum Grundlagenvertrag ebenso wie die Verfassungsbeschwerden zum Warschauer Vertrag haben deutlich gemacht, daß die völkerrechtliche Grundlage der Deutschlandfrage, weil Adenauer sie festgezurrt und die Westmächte im Deutschlandvertrag darauf verpflichtet hat, auch für die Nachfolgeregierungen nicht zur Disposition stand.

Ein Letztes: Ich glaube, es tut uns nicht gut, wenn wir jetzt versuchen, aus bestimmten, bei seriöser wissenschaftlicher Betrachtung eigentlich abgeschlossenen Vorgängen wie der Stalin-Note – ich verweise auf die von Herrn Wettig vorgelegten Forschungsergebnisse – auf eine sehr oberflächliche Art und Weise durch die Wiederbelebung alter Legenden wieder Wahlkampfmunition zu ziehen. Das, muß ich sagen, habe ich bei einem Vortrag, den wir heute gehört haben, sehr bedauert.

**Abg. Meckel (SPD):** Ich denke, das ist bei den Vorträgen ja schon deutlich geworden, daß wir nicht eine Geschichtsbetrachtung machen wie in einem historischen Seminar an der Universität, wo relativ leidenschaftslos überlegt wird, wie verschiedene Positionen abzuwägen sind, sondern hier kommt es zu Reaktionen auf Aussagen, wie deutlich zu spüren und zu sehen war. Das hat natürlich damit zu tun, das haben wir in den Vorbereitungen der Kommission schon gemerkt, daß es offensichtlich ein aktuelles öffentliches Interesse gibt, Adenauer als Vater hochzuhalten. Es gab ja eine Äußerung von Frau Dr. Wilms vor der Sommerpause unter dem Tenor: Es ist gar keine Frage, daß die CDU die Partei der deutschen Einheit ist. Das soll natürlich auch hier heute nachgewiesen werden. Daß da manche Zweifel an dieser, wie uns manchmal scheint, eher ideologischen als historischen These auftauchen, ist hier sehr deutlich. Ich möchte dies an einigen Punkten deutlich machen.

Die Frage, um die es hier strittig geht, ist ja die, wie Ende der 40er und dann in den 50er Jahren zu sichern war, daß im Westen Deutschlands Demokratie und Rechtstaatlichkeit erhalten werden konnten. Daß dies allen verschiedenen Kontrahenten der 40er und 50er Jahre eine zentrale Voraussetzung war, ist, wenn ich es recht gehört habe, von allen Referenten gleichermaßen anerkannt und betont worden, nämlich daß der Westen Deutschlands zur westlichen Wertegemeinschaft gehöre und Demokratie und Rechtstaatlichkeit zu wahren seien. Die Frage, wie das gewährleistet werden kann, wurde dann unterschiedlich beantwortet. Die einen sagten, dies kann nur durch eine sicherheitspolitische und institutionelle Einordnung, durch die Westintegration auf allen Ebenen geschehen. Und andere sagten, und das war eher die Position Heinemanns und anderer, dies geht auch, indem man die Leute im Osten Deutschlands in diese These mit einbezieht, aber die Westintegration in bezug auf die sicherheitspolitische Frage als sekundär betrachtet. In bezug auf Demokratie und Rechtstaatlichkeit in ganz Deutschland sollte eine operative Wiedervereinigungspolitik betrieben werden, in bezug auf die Westintegrationspolitik sollte eine langfristige Perspektive gelten. Dazu gibt es unterschiedliche Äußerungen, je nachdem, ob öffentlich vor dem deutschen Volk oder nicht öffentlich vor anderen Personen, wie hier heute dargestellt. Aber ich glaube, das ist dann die zentrale Frage, um die es geht. Und dies kann man, in meinen Augen, relativ leidenschaftslos diskutieren, wenn man nicht diese ideologische These an den Anfang stellt: CDU als Partei der Einheit all diese 40 Jahre.

In diesem Punkt, und da möchte ich jetzt als Ostdeutscher reden, der damals Kind war und in dieser Zeit auch erst geboren worden ist, aber natürlich auch durch Kontakt mit älteren Menschen und aus dem, was man liest, weiß, daß jedenfalls die DDR-Bevölkerung sich in dieser Zeit durch die westliche Politik alleingelassen fühlte. Dies ist in besonderer Weise natürlich nach dem 17. Juni 1953 der Fall, aber gilt nicht nur für diese Zeit. Es war das Gefühl des

Alleingelassenwerdens, d.h. in den Klauen der Russen, daß man die westliche Demokratie nicht erhält. Dies war die klare Perspektive vieler Ostdeutscher, und es gibt ja auch heute Analysen des Adenauer-Hauses dazu, die erschreckt feststellen, daß das Bild Adenauers im Osten offensichtlich nicht so sehr strahlt, wie man es sich wünscht und wie es im Westen der Fall ist. Das hat natürlich mit der Tradition dieser Erfahrungen zu tun, die es im Osten dazu gibt. Das, denke ich, ist einfach deutlich ins Bewußtsein zu heben. Was hier übereinstimmend von den Referenten berichtet wurde, von einer Haltung Adenauers zu den Ostdeutschen, wenn sogar – das kann flapsig sein, das kann ein Witz sein, der, obwohl er nicht stimmt, gut trifft – sozusagen von der asiatischen Großmutter im Harz gesprochen wird, das ist ein Grundgefühl, das im Osten Deutschlands durchaus gespürt und wahrgenommen worden ist und dieses Gefühl des Alleingelassen-, ja vielleicht sogar Verratenseins, im Osten Deutschlands verstärkte. In dieser Weise, und da kann man ja Parallelitäten ziehen des sozusagen so stark Westdeutschseins, daß der eigene Lebenshorizont eher der Westen ist, als daß die Deutschen im Osten in die eigene Identität hineingehören, würde ich das jetzt, ohne Vorwurf, beschreiben wollen. Für Adenauer gibt es ja geistige Linien, die hochinteressant sind und bei denen man sogar sagen kann, daß Oskar Lafontaine in klassischer Weise Adenauers Enkel ist und in dieser Frage eben nicht der Willy Brandts. Vielen Dank.

**Stellv. Vorsitzende Margot von Renesse:** Jetzt spricht zu uns der Kollege Hansen.

**Abg. Hansen (F.D.P.):** Ich wollte eigentlich ein paar kurze Fragen stellen und nicht Grundsatzstatements abgeben, die selber eigentlich eher mit Selbstkritik gefüttert sein sollten, als daß sie sich immer nur moralisch erheben. Und deshalb ist auch meine erste Frage an Herrn Faulenbach, das Stichwort und das Zitat: Moral.

Sie haben gesagt, Herr Heinemann, die Gesamtdeutsche Volkspartei hielt die Politik der Stärke nicht nur in der Sache und in der politischen Realität, sondern auch moralisch für bedenklich. Wenn das so ist, dann ist die Frage, und das schließt im Grunde an das an, was Herr Meckel eben gesagt hat, ob das nicht überhaupt das Problem auch bei Vergangenheitsbewältigung – jetzt will ich diesen falschen Begriff einfach mal cum grano salis verwenden – ist, wenn man bei solchen Debatten, beispielsweise zur Adenauerschen Deutschlandpolitik oder zur Deutschlandpolitik der 50er Jahre, eben auch jetzt im nachhinein gewissermaßen mit moralischen statt mit historischen Kategorien herangeht. Ob man da nicht sehr aus dem Historischen heraus auch ins Spekulative kommt, frage ich einfach Sie, Herr Faulenbach, weil ich denke, daß auch der Historiker sich diesen Selbstzweifeln stellen sollte.

Sie haben davon gesprochen, die Politik der Stärke sei ein eher vages Konzept gewesen. Wenn Sie vielleicht doch noch einmal den Versuch machen zu

erklären, inwiefern das plötzlich vage gewesen sei, wenn Sie umgedreht, zwei Sätze zuvor, davon gesprochen haben, der Abschluß des Deutschlandvertrages sei im Grunde der Abschluß einer operativen Phase gewesen, der dann in der Defensive geendet habe. Also wieso ist das eine vage Politik, wenn sie zugleich operativ gewesen ist und damit auch eine Perspektive, auf die Herr Koschyk eben abgehoben hat, unabhängig von der Zeitdauer und der Spekulation, wie lange etwas dauern könnte, außer der damals ja schon geäußerten Vermutung, daß es ein langer Prozeß sein würde? Und deswegen ist es auch richtig zu sagen, egal welche Deutschlandpolitik von welcher Seite aus betrieben worden ist, mit welchen operativen Einzelvorschlägen auch immer, alle haben sich darauf eingestellt, in den 50er, 60er wie auch dann in den 70er Jahren, daß es prozeßhaft sein werde. Sie haben ja Egon Bahr mit dem Gedanken zitiert, daß es nicht das einzige historische Datum gebe, an dem etwas gewissermaßen vollzogen werde, sondern es sei eher prozeßhaft – obwohl man natürlich auch Prozesse an bestimmten Daten festmachen kann; man braucht dann ja nur ins Jahr 1989 bzw. 1990 zu schauen, wo ja ganz bestimmte Daten die entscheidenden Ausgänge dafür waren, etwas Neues zu gestalten. Also warum eigentlich „Defensive“, wenn man nicht auch umgedreht sagen könnte, damit sei eigentlich der Ausgangspunkt, endlich ein Tor dafür geöffnet, Neues überhaupt zu probieren, mit welchen Erfolgsaussichten auch immer?

Dritte Frage an Sie Herr Faulenbach: Sie haben Schumacher angesprochen und dann betont, er habe sich für die militärische, nicht die politische Neutralisierung ausgesprochen. Nun muß ich Sie wirklich fragen: Kann man diesen Unterschied so machen? Kann man so begrifflich trennen und sagen: Es hätte eine Chance auf militärische, aber nicht politische Neutralisierung gegeben? Ist das nicht nur eine, überspitzt formuliert, rabulistische Differenzierung für die politische Wirklichkeit, die politische Wirklichkeit des Kalten Krieges im Jahr 1952, Korea war ja allen präsent?

**Stellv. Vorsitzende Margot von Renesse:** Danke Herr Hansen, Herr Keller.

**Abg. Dr. Keller (PDS/LL):** Frau Vorsitzende, ich habe in den letzten Monaten sehr viel gelesen und sehr viel Kluges gehört und bin mir bewußt, ich habe zu diesen Gebieten nicht geforscht und bin deshalb sehr vorsichtig in der Bewertung von Meinungen und Standpunkten. Aber, gestatten Sie mir bitte, ich habe mich manchmal an die DDR-Historiographie erinnert gefühlt, deren Elend in der Politisierung und im ideologischen Mißbrauch und im Zitaten-Fetischismus bestand. Ich sage das deshalb, weil ich nicht glaube, daß man mit einem Zitat etwas belegen kann. Ich glaube es einfach nicht. Weil keiner weiß, in welchem Zusammenhang ist was entstanden, welche anderen politischen, diplomatischen Motivationen waren dahinter, die nicht ausgesprochen worden sind. Warum ist was in welchem Zusammenhang gesagt worden? Wenn ich mir überlege, daß die Historiker in 30 Jahren mit manchem

umgehen, was wir heute im Bundestag sagen, und die das alles so ernstnehmen, dann habe ich etwas Angst, daß sie Schwierigkeiten haben werden, unsere Geschichte richtig zu verstehen und zu interpretieren. Ich sage das einfach, weil ich in dieser Frage zunehmend Bedenken habe, wie wir uns sozusagen Schritt für Schritt wirklich einer möglichen Wahrheit nähern können.

Aber ich habe eine Frage an Herrn Möller. Sie haben frei und nicht im Text den Satz gesagt, daß für Sie das Jahr 1947/48 ein Epochenjahr gewesen ist. Das würde mich doch etwas näher interessieren, wie Sie das verstehen, warum Sie das so sagen. Denn meines Erachtens ist ja mit der Einigung der Alliierten über die Grenzziehung der Besatzungszonen für einen langen Zeitraum bestimmt gewesen, wie sich die Politik der beiden großen Mächte in Deutschland bricht. Und der Handlungsspielraum sowohl in Ost als auch in West und die Auswahl der Politiker sind ja sehr stark von diesen politischen Entscheidungen, die 1944/45 gefallen sind, geprägt worden. Warum sagen Sie trotzdem, 1947/48 sei für Sie ein Epochenjahr?

**Stellv. Vorsitzende Margot von Renesse:** Herr Poppe.

**Abg. Poppe (Bündnis 90/Die Grünen):** Ich knüpfe an das an, was auch von Herrn Koschyk gesagt wurde, nämlich daß die Westdeutschen gewissermaßen ausersehen gewesen seien, stellvertretend für die Ostdeutschen zu handeln.

(Zwischenruf)

Es kam doch so raus. Es war ja nicht nur Adenauer, sondern die Westdeutschen schlechthin haben ja irgendeine Art von Stellvertreterrolle zu spielen gehabt, jedenfalls war so Ihr Statement. Ich meine, daß eine solche Haltung ein bißchen fragwürdig ist, wenn sie dann zur Folge gehabt hat, daß die Ostdeutschen daraufhin 40 Jahre lang im Regen stehen. Ich möchte darauf hinweisen, daß es in all diesen Zeiten, nicht nur in den 80er Jahren, Ostdeutsche gegeben hat, die sich nicht haben einfach vertreten lassen, und zwar nicht nur solche, die auf der Ebene von Stalin-Anhängern oder der SED-Führung waren, sondern eben auch in ganz anderen Bereichen. Ich meine, daß die unbedingt in den Blick kommen müssen, wenn es darum geht, die Deutschland- und Ostpolitik der verschiedenen Parteien und Regierungen zu bewerten. Solange das nicht geschieht, sondern immer nur gefragt wird, ob die Adenauerpolitik oder die SPD-Entspannungspolitik samt deren Nachfolge mehr für die deutsche Einheit des Jahres 1990 geleistet hat, ohne dabei gleichzeitig diejenigen Menschen, die von dieser Politik jeweils betroffen waren, zum Gegenstand der Betrachtung zu machen, halte ich das für fragwürdig. Leider ist es ja auch so, daß die betroffenen Ostdeutschen kaum jemals Gegenstand näherer Betrachtung dieser Politik gewesen sind, jedenfalls nicht im Sinne von Akteuren oder beispielsweise der Oppositionellen, sondern es war eben immer diese andere Ebene. Solange man das nicht kritisch hinterfragt, bleibt da zum Schluß für mich so ein Zwischending zwischen einer halbakademischen und halbparteipolitischen Argumentationsweise, die

letzten Endes uns zu Objekten degradiert und an dem, was in Ostdeutschland im einzelnen geschehen ist, zum Teil vorbeigeht.

**Stellv. Vorsitzende Margot von Renesse:** Herr Koschyk, Sie haben gebeten, einen Satz als Zwischenruf zu machen. Ich werde Subjekt, Prädikat und Objekt zählen.

**Abg. Koschyk (CDU/CSU):** Herr Poppe, Sie haben mich mißverstanden. Ich möchte ausdrücklich hervorheben, daß der Wille in Westdeutschland, am Ziel der Einheit Deutschlands festzuhalten, von den Hunderttausenden, ja Millionen von Deutschen, die aus der ehemaligen DDR in den 40 Jahren in die Bundesrepublik Deutschland gekommen sind, entscheidend mit wachgehalten wurde, und darin liegt auch mit das historische Verdienst, neben dem der Bürger in der ehemaligen DDR, die sich durch oppositionelles und widerständiges Verhalten ausgezeichnet haben, daß das gesamtdeutsche Bewußtsein gerade durch diese Menschen, die dann hier in die Bundesrepublik gekommem sind, entscheidend wachgehalten wurde.

**Stellv. Vorsitzende Margot von Renesse:** Es war ein Satz, der hätte von Heinrich von Kleist sein können. In der Reihenfolge der Wortmeldungen, jetzt Frau Dr. Wilms.

**Abg. Frau Dr. Wilms (CDU/CSU):** Ich fände es sehr gut, wenn von dem heutigen Tag und überhaupt von den Anhörungen zur Deutschlandpolitik, die wir in diesen Wochen haben, viele Anregungen für die politische Bildungsarbeit in den neuen Bundesländern ausgingen, für die alten auch, da gebe ich Ihnen völlig recht, aber auch eben für die neuen Bundesländer, und zwar insbesondere über die Politik und die Person Konrad Adenauers, ebenso wie über die Kurt Schumachers, füge ich sofort hinzu. Denn, Herr Meckel, da bestehen bei vielen Menschen in den neuen Bundesländern sehr merkwürdige Vorstellungen nicht zuletzt auch deshalb, weil man sie eben im sozialistischen und im SED-Geiste in einer Weise belehrt hat, die mit den Tatsachen nicht übereinstimmt. Ich stütze mich hier auf Gespräche, die ich gerade vorgestern mit Lehrern aus den neuen Bundesländern hatte, die mir das an konkreten Beispielen noch einmal dargelegt haben.

Zweite Bemerkung: Ich möchte hier noch einmal sagen, und da widerspreche ich sicher Herrn Foschepoth, daß Adenauer die Wiedervereinigung nicht als unmittelbare und nicht als automatische Folge der Westintegration verstanden hat. Die Westpolitik war für Adenauer Wiedervereinigungspolitik. Man kann hier nicht eine Diskrepanz einfügen. Man kann hier auch keine Priorität zwischen beiden setzen. Und dies ist, verehrter Herr Kollege Keller, nicht nur durch ein einziges Zitat zu belegen, sondern das hat die wissenschaftliche Forschung inzwischen bändeweise belegt. Deshalb erlaube ich mir doch ein Zitat so nebenbei, Sie könnten dem viele viele andere hinzufügen. Ich zitiere jetzt aus einer längeren Stelle der „Erinnerungen“ von Adenauer zwei Sätze: „Nur mit Wünschen allein läßt sich keine Politik machen und aus der

Schwäche heraus erst recht nicht. Erst wenn der Westen stark war, konnte sich ein wirklicher Ausgangspunkt für Friedensverhandlungen ergeben mit dem Ziel, nicht nur die Sowjetzone, sondern das ganze versklavte Europa östlich des Eisernen Vorhangs zu befreien und zwar in Frieden zu befreien. Der Weg in die Europäische Gemeinschaft erschien mir der beste Dienst, den wir den Deutschen in der Sowjetzone erweisen konnten." Ich verwahre mich gegen die Auffassung, die hier in polemischer Weise geäußert worden ist, daß damals in der Politik – und das war nicht nur Adenauer, das waren auch andere Politiker, deren Namem hier eben auch gefallen sind – nur an die Westdeutschen gedacht worden wäre. Dies ist historisch nicht zu belegen. Es stimmt nicht.

Herr Faulenbach, Sie haben kritisch angemerkt, Adenauer habe kein Konzept zur Wiedervereinigung gehabt. Aber Sie wissen, Adenauer hatte ein Gesamtdeutsches Ministerium, einer der Minister sitzt ja hier. Und wissen Sie, wer den Forschungsbeirat für gesamtdeutsche Fragen dort abgeschafft hat? Die sozialliberale Koalition unter Minister Egon Franke, SPD, im Jahre 1975! Dies ist auch eine historische Tatsache, über die wir ja noch in der nächsten Woche ausführlich sprechen werden.

Die Strategie Adenauers war „Einheit in Freiheit". Wenn aber die „Einheit in Freiheit" nicht zu erreichen war – und ich glaube, das hat Herr Wettig eben durch die Akteninterpretation noch einmal sehr gut dargelegt –, wenn nicht die „Einheit in Freiheit" zu erreichen war, dann, hat er gesagt – und jetzt komme ich wieder auf die Menschen in den neuen Bundesländern, damalige DDR, zu sprechen – wollen wir ihnen wenigstens die Freiheit verschaffen. Und so kam es zu den Überlegungen, von denen Herr Möller gesprochen hat, die sogenannte „Österreich-Lösung" 1958, die er übrigens bei Botschafter Smirnow zweimal vorgetragen hat, ohne eine Antwort zu bekommem, weil es nicht passte. Diese „Österreich-Lösung" sah vor, daß Wahlen stattfinden sollten, freie Wahlen, daß Erleichterungen und Menschenrechte verschafft werden sollten. Die DDR sollte vorübergehend einen neutralen Status oder einen ähnlich akzeptierten Status bekommen. Es gibt die Globke-Pläne, es gibt den sogenannten „Burgfriedensvorschlag", der übrigens auch gegenüber Smirnow geäußert worden ist, auch mit dem Ziel Freiheit für die Menschen in der damaligen DDR. Auch dieser Vorschlag gegenüber Smirnow ist ohne Antwort geblieben. Man kann also nicht sagen – und dies ist keine Ideologie, Herr Keller, und es hat auch nichts mit der SED-Ideologie und Parallelen zur SED-Ideologie zu tun, sondern ist nachweisbar –, daß Konrad Adenauer die Menschen in der ehemaligen DDR abgeschrieben hat. Daß er als Rheinländer vielleicht keine besonderen persönlichen Sympathien für Mittel- und Ostdeutschland hatte, ist eine Frage, die ich als Kölnerin sicher auch mit Gelassenheit betrachten kann. Es hat aber mit der Politik nichts zu tun.

Herr Faulenbach, Sie haben darauf verwiesen, daß Egon Bahr 1963 die „Politik

der kleinen Schritte“ sozusagen von sich aus eingeleitet habe. Ich darf darauf aufmerksam machen, daß die damalige amerikanische Administration gerade in Berlin nach dem Bau der Mauer auf eine „Politik der kleinen Schritte“, der Auflockerung gedrängt hat. So originell war Bahr damals nicht.

Für einen Historiker und auch für einen Politiker ist es sicher reizvoll darüber nachzudenken, was wäre wenn, wenn sich die Ideen von Heinemann durchgesetzt hätten. Sehr reizvoll, nur ist das dann Spekulation, das ist nicht mehr unbedingt Wissenschaft. Man könnte ja in der Geschichte immer fragen: Was wäre gewesen? Was hätten wir vielleicht für tolle Zeiten gehabt, wenn der Hitler nicht gekommen wäre? Also ich glaube, das führt nicht weiter. Ich möchte hier nur einem Begriff widersprechen, der auch gefallen ist. Die antikommunistische Haltung der Bevölkerung in Deutschland, in Westdeutschland, aber ich denke auch in der SBZ/DDR, war keine Hysterie und keine Ideologie, sondern sie war gespeist aus den Erfahrungen, die die Menschen am Ende des Krieges erlebt hatten. Die ganze Stalinsche Politik nach Kriegsende, Korea, Berliner Blockade, CSSR 1948, das alles war ja in bester Erinnerung, und wir als Westdeutsche – ich bin insoweit Zeitzeugin – haben ja erlebt, wie Hunderttausende aus der damaligen DDR kamen. Sie kamen voller Entsetzen, voller Abscheu. Das war keine Illusion, das waren doch nicht alles Spinner, die herübergekommen sind, sondern sie wollten raus aus dem System der Unfreiheit. Insoweit verwahre ich mich dagegen, daß die ganze Zeit in den 50er Jahren eine Hysterie gewesen sei und daß es eine Erfindung von Adenauer gewesen sei, daß die Menschen antikommunistisch wurden. Nein, das waren die Erfahrungen einer ganzen Generation, und das muß hier noch einmal sehr deutlich gesagt werden.

**Stellv. Vorsitzende Margot von Renesse:** Das Wort hat unser Kollege Professor Soell.

**Abg. Prof. Dr. Soell (SPD):** Ich meine, wenn man sich dem Thema nähert und ich habe mich ja jahrzehntelang damit beschäftigt, dann darf man weder an die Hegelei glauben – nur das Wirkliche ist das Vernünftige –, also das, was an realer Politik stattgefunden hat, ist eben auch das, was letztlich als vernünftig und ausweglos, gewissermaßen alternativlos darzustellen ist. Man darf auch nicht in das Gegenteil verfallen, daß das, was dann tatsächlich passiert sei, sehr dogmatisch verfolgt worden sei und daß Alternativen allemal besser gewesen seien.

Schumacher ist von Ihnen, Herr Möller, dargestellt worden weitgehend so, wie ich ihn auch verstehe. Man muß allerdings sehen, daß er natürlich, ähnlich wie Adenauer, immer wieder auch Varianten je nach dem politischen Kontext gesucht hat. Das gilt sowohl für dieses Europa zwischen den Blöcken, da war er eigentlich eher skeptisch geworden, spätestens seit der Berliner-Blockade. Er hatte natürlich eine gewisse Skepsis gegenüber den innergesellschaftlichen Verhältnissen in den USA, aber er hat die

USA immer als wichtigen Faktor angesehen, insbesondere weil sie kein Machtkonkurrent für ein wiedervereinigtes Deutschland gewesen wären. Er hat sogar immer gesagt, die USA müssen dabei sein, sie müssen sogar ein Garant sein, selbst wenn wir uns mit einer Neutralisierung abfinden müßten – er war kein Anhänger einer Neutralisierung, er sagte nur, es kann so sein, daß wir uns damit abfinden müßten –, dann müssen die Welt-Demokratien entsprechende Garantien abgeben, und dazu zählten ja nun allemal gerade die angloamerikanischen Demokratien, also Großbritannien und die USA. Das Gleiche gilt auch für seine Phase, wo er, ich will nicht sagen eine Politik der militärischen Stärke befürwortet hat, aber jedenfalls den Deutschen nach Beginn des Korea-Krieges das Schicksal Koreas ersparen wollte, indem er sagte, wenn eine entscheidende Schlacht im Falle eines östlichen Angriffs geschlagen werden müßte, müßte sie jenseits der Weichsel geschlagen werden, nicht auf deutschem Territorium, – damit es diesem nicht so ergehe wie Korea, das zunächst einmal von Nord nach Süd erobert worden ist und dann wieder im roll-back bis weit in den Norden vom Krieg überzogen wurde. Das hörte aber dann im Herbst 1951 wieder auf, nachdem die Gefahr eines unmittelbaren östlichen Angriffs vorbei war, und er hat dann wieder die Verhandlungsvariante bevorzugt. Das gleiche gilt auch für das ganze Thema europäische Integration. Schumacher war der erste, nicht Jean Monnet, der im Bundestag im März 1950 einen deutsch-französischen Freundschafts- und Wirtschaftsvertrag vorgeschlagen hat, um auch das Saar-Problem zu lösen. Zwei Monate später ist dann Jean Monnet mit dem Vorschlag gekommem, d.h. er hat ihn Robert Schuman vorgelegt, der dann als französischer Außenminister dies gemacht hat. Die Politik der Stärke insgesamt war mehr, was Schumacher angeht, eine Politik der inneren Stärkung, der sozialen und wirtschaftlichen Stärkung der Bundesrepublik und hatte eine unmittelbare Verknüpfung mit dieser Magnetthese.

Schließlich noch etwas zu den Debatten um die Noten 1952. Sie haben sich hier geäußert, daß dies mehr eine politische als eine aus wissenschaftlichen Gründen geführte Debatte ist. Ich meine, es gilt beides. Auch nach dem, was Herr Wettig dazu gefunden hat, bleiben Fragen. Die Archive des sowjetischen Außenministers oder des Außenministeriums sind sicherlich wichtig. Aber ob sie für die innere Meinungsbildung der Führungsgruppe, zu der jedenfalls Gromyko nicht gehörte, immer ausschlaggebend sind, da habe ich erhebliche Zweifel.

Damit bin ich bei Herrn Wettig. Sicherlich ist Ihr Argument, daß vor allen Dingen auf innere Bewegungen in der Bundesrepublik gezielt wurde, berechtigt. Nur weiß ich nicht, ob das so eine totale Fehlwahrnehmung war. Die SED hat dieses der sowjetischen Seite zu suggerieren versucht. Auf der anderen Seite, muß man wissen – und da zitiere ich noch einmal Schumacher, er hat gesagt: „Wie lange wollen die Sowjets sich eigentlich noch von den

deutschen Kommunisten hinters Licht führen lassen?“ –, sind sie doch seit 1918 permanent über die Chancen einer kommunistischen Revolution in Deutschland belogen worden. So, wie die SED-Leute behandelt worden sind, auch im Zusammenhang mit den Noten übrigens, habe ich nicht den Eindruck, daß Stalin und die sowjetische Führung insgesamt der SED über die Chancen einer großen inneren, dem Kommunismus zugeneigten Bewegung in der Bundesrepublik geglaubt haben. Man muß noch andere Argumente einführen, um die Ursachen für diese Strategie zu begründen. Nämlich einmal die Tatsache, daß die EVG verhandelt wurde, und hinter der EVG standen allemal die USA, und die Kombination von deutschen Soldaten und amerikanischem Potential war in der Tat eine brisante Kombination. Klar war, selbst wenn die EVG nicht kommen würde, schon damals wurde das diskutiert, dann würden die Deutschen in die NATO aufgenommen, und das war natürlich dann eine noch brisantere Mischung. Das war das eine Argument. Dann kam sozusagen das ideologische, nämlich daß man so Ende der 40er, Anfang der 50er Jahre auf Spaltung innerhalb des kapitalistischen Lagers setzte und sagte: Die unterlegenen Nationen Japan und Deutschland sind nicht für alle Zeiten unterlegen; sie werden im Sinne des alten Revisionismus der Zwischenkriegszeit ihre Position wieder zu erringen versuchen, darauf müssen wir setzen, und da müssen wir den „Spaltpilz“ weiter reintragen.

Letzte Bemerkung: Herr Koschyk, Sie haben methodisch zurecht das Problem der Zeitschiene angesprochen. Sie haben gesagt, die Bahrsche Zeitschiene war eher noch länger oder mindestens genauso lang wie die Adenauersche. Aber es gibt eben die gewisse Zäsur, die Illusionen beseitigte, die offensichtlich in Teilen der bundesrepublikanischen Politik bestanden. 1961 ist diese Zäsur erfolgt, und daraus kommen ganz bestimmte andere Wahrnehmungsweisen und vor allen Dingen praktische Schritte. Da ist es wichtig, daß man dann Vorschlägen folgt, die von westlicher Seite gekommen sind.

Frau Wilms, Sie haben zurecht den Brief Kennedys an Brandt im August 1961 erwähnt, wo er gesagt hat, ein reines Festhalten am rechtlichen Status quo hilft nicht weiter. Die Deutschen müssen selber überlegen, wie sie unter der Schwelle sozusagen der Gesamtverantwortung der Alliierten selber tätig werden. Und das ist das, was nachher zur Politik der kleinen Schritte geführt hat. Entscheidend ist, daß man etwas tut. Die Argumente in die Richtung sind schon vor 1961 auf westlicher Seite diskutiert worden, daß man an der Legaldefinition allein Politik nicht festmachen kann.

**Stellv. Vorsitzende Margot von Renesse:** Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen vorschlagen, daß wir noch die nächsten drei Wortmeldungen hören, das sind und ich finde gut, daß das so zusammenkommt, Herrr Prof. Jacobsen, Herr Dr. Mitter und unser Zuhörer Herr Dr. Mende.

Dann möchte ich gerne eine Runde machen bei den Sachverständigen, deren

Mitteilungsstau ich förmlich spüre. Einverstanden? Gut, dann darf ich jetzt Herrn Prof. Jacobsen das Wort geben.

**Sv. Prof. Dr. Hans-Adolf Jacobsen:** Ich habe an jeden Sachverständigen eine Frage. Herr Möller, ich glaube, Sie werden mir zustimmen, entscheidend für die Gesamtbeurteilung der Deutschlandpolitik zu dieser Zeit war die Vorgeschichte, die natürlich, Sie haben das mit einem Nebensatz angedeutet, nicht erst 1945 beginnt, sondern gesehen werden muß vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen Expansions- und Vernichtungspolitik. Mit anderen Worten, die ganze Frage, die auch von Ihnen angeschnitten worden ist, sowohl was die Westmächte angeht, als auch natürlich im besonderen die Sowjetunion, kann nur vor dem Hintergrund dieser Interessengegensätze und der historischen Determinanten gesehen und hinreichend bewertet werden. Ich wäre dankbar, wenn wir die Daten noch ein wenig näher betrachten würden, zumal Frau Wilms einen sehr interessanten Aspekt erwähnt hat. Ich würde dem zum Problem des Feindbildes weitgehend zustimmen, aber ich würde einen Schritt weitergehen. Natürlich war der Antikommunismus nicht alleine gespeist von der Entwicklung von 1945, sondern man konnte ja fast nahtlos anknüpfen an das, was Ungeister schon vorher einmal im Hinblick auf Bolschewismus und Vernichtung proklamiert hatten. Aber das ist sehr differenziert zu sehen, zumal dabei auch die Amerikaner zu berücksichtigen sind, zudem die Vertriebenen, die Gefangenen usw. Ich wäre dankbar, wenn Sie das noch ein wenig erläutern könnten.

Zweitens, Herr Foschepoth, ich habe sehr viel Verständnis für das Bemühen, aus unveröffentlichten Quellen Verhaltensweisen zu dokumentieren. Herr Keller hat mit Recht darauf hingewiesen, daß man sich dabei natürlich nicht nur auf ein Dokument beschränken kann, sondern da muß man schon umfassender aus dem Kontext, aus der unterschiedlichen Interessenlage heraus definiert werden. Wenn ich mir das von Ihnen vorgelegte Dokument ansehe und Sie sich mit mir auseinandersetzten – ich könnte mir vorstellen, mein Kollege Fischer würde wahrscheinlich gar nicht anders argumentieren –, so kann ich nicht das herauslesen, was Sie herausgelesen haben. Einfach deshalb, weil man eigentlich auch wieder den historischen Kontext betrachten muß. Wenn Adenauer sagt, daß er kein Vertrauen in das deutsche Volk hat, verstehe ich das sehr gut. Das sind zehn Jahre nach dem Ende der NS-Diktatur. Wie haben sich die Deutschen damals verhalten? Was kann man unter diesen Umständen riskieren? Und dann sagt er mit Recht: Daher ist Westintegration zunächst wichtiger als die Einheit Deutschlands. Das ist für mich eine temporäre denkbare Interpretation. Aber das kann man doch nicht als Beweis dafür anführen, daß Adenauer keine Wiedervereinigung wollte, sondern er sagte, noch müssen die Deutschen reifen, noch müssen wir abwarten. Also ich glaube, daß Sie hier in Ihrer Interpretation zu weit gehen.

Drittens, Herr Faulenbach, ich habe eigentlich bei Ihnen und bei Herrn Möller

die FDP vermißt. Sie haben zwar mit einigen kleineren Schlenkern auf die FDP abgehoben. Nun werden wir ja noch das Glück haben, Herrn Dr. Mende später zu hören, aber mir scheint doch, daß hier ein interessanter Aspekt völlig unter den Tisch gefallen ist. Ich will jetzt auf die große Diskussion um Pfleiderer nicht im einzelnen eingehen, das beginnt ja Anfang der 50er Jahre. Die große Entrüstung und Empörung in Deutschland war unter den damaligen Bedingungen verständlich. Aber was doch aus der ganzen politischen Interpretation und im Hinblick auf die Deutschlandfrage in den 50er Jahren in die Diskussion mit eingebracht worden ist, scheint mir ein ganz wesentlicher Punkt gewesen zu sein, den Sie nicht behandelt haben. Nämlich, und das unterschied ja einige Vertreter der FDP von der CDU oder von anderen Parteien, daß man sich klar machte: Die Einheit Deutschlands kann nicht gegen die Interessen der Sowjetunion angestrebt werden. Der Schlüssel liegt in Moskau. Das war die Position von Thomas Dehler, der natürlich auch andere Positionen vertrat, der nationalstaatlich ausgerichtet war, der das Reich sehr viel stärker in den Mittelpunkt stellte. Aber im Hinblick auf den Mitteleinsatz haben gerade Freie Demokraten sehr richtig eingesehen, daß man hierbei die Interessenlage Moskaus zugleich vor dem Hintergrund der historischen Erfahrungen berücksichtigen muß, will man zu einer Lösung kommen. Dehler hat das in einer sehr interessanten Besprechung vom 2. September 1963, hierzu sind gerade jetzt die Akten veröffentlicht worden, noch einmal Gromyko gegnüber verdeutlicht. Hier geht es um einen entscheidenden Ansatz der FDP, der für den weiteren Gang der Entwicklung bedeutsam blieb: Nicht gegen, sondern mit Moskau im Sinne eines echten Interessenausgleichs.

Letzte Frage. Herr Wettig, ich stimme mit Ihnen voll überein. Aber ich stelle in dem Zusammenhang noch eine sehr viel radikalere Frage. Natürlich wird man sich als Wissenschaftler immer wieder überlegen müssen, kann man mit „Wenn und Aber“ argumentieren, aber ich möchte es dennoch tun. Mir scheint, wenn wir uns hineinversetzen in die 50er und 60er Jahre bis 1961/62, zeigt sich doch eigentlich in der jetzigen Interpretation, auch so wie Sie meines Erachtens zurecht argumentiert haben, daß die deutsche Politik in diesen Jahren keinen Zeitpunkt verpasst hat, zu dem in Frieden und Freiheit die deutsche Einheit hätte erreicht werden können. Kein Mitteleinsatz war damals geeignet angesichts der absoluten Konfrontation, des Antagonismus, des Kalten Krieges und der Bedrohungsvorstellungen. Weder das Adenauersche Konzept mit Hilfe des Westens konnte hier einen Einbruch erzielen, wenn auch eine Voraussetzung geschaffen wurde durch die Westintegration, noch etwa Schumacher oder Herr Dehler. Alle bauten ja letzten Endes auf dieser Entwicklung auf. Ich meine also, wir sollten in diesem Zusammenhang nicht mehr so viel streiten. Ich glaube, Willy Brandt zunächst 1966 als Außenminister, dann 1969 als Kanzler und der damalige Außenminister Scheel, hätten, wären sie in den 50er Jahren an der Macht gewesen, damals

ihre spätere Politik gar nicht realisieren können. Dazu war die Zeit einfach noch nicht reif. Vielmehr waren in dem Augenblick, als sie 1969 die Macht übernehmen konnten, die internationalen Rahmenbedingungen so, daß man aufbauend auf Konrad Adenauer die Chance hatte, mit neuen Mitteln und Methoden, nämlich denen der Entspannung, dem Ziel der Einheit Deutschlands näherzukommen.

**Stellv. Vorsitzende Margot von Renesse:** Nach Herrn Prof. Jacobsen ist Herr Dr. Mitter dran.

**Sv. Dr. Armin Mitter:** Ich habe den Eindruck, daß die Diskussion und vor allen Dingen die Inhalte der Diskussion doch sehr stark von finalen Gesichtspunkten bestimmt werden, d.h. die Wiedervereinigung ist gekommen, und im Mittelpunkt steht nun, sehr zugespitzt formuliert: Wer war für die Wiedervereinigung, wer war gegen die Wiedervereinigung? Ich glaube eine solch verengte Betrachtungsweise hat doch auch zur Folge, daß bestimmte Probleme, gerade aus den 50er Jahren, und die sind ja nun heute Hauptgegenstand dieser Anhörung, doch ein bißchen aus dem Blick geraten. In erster Linie denke ich daran, daß in keinem der Referate überhaupt erwähnt wurde, welche Wirkung diese Deutschland-Statements der einzelnen politischen Richtungen auf die DDR-Bevölkerung hatten, wie sie wahrgenommen wurden, beispielsweise, ob diese Wahrnehmung der Reaktionen der DDR-Bevölkerung auf bestimmte politische Konzeptionen überhaupt eine Rolle spielte bei der Konzipierung dieser Politik. Ich hebe da vor allen Dingen ab auf die Rolle der Ostbüros, die ja alle Parteien hatten und aktiv tätig waren. In den Pamphleten, die zu Tausenden monatlich über die DDR-Bevölkerung hereinbrachen, wurde immer wieder die Wiedervereinigung beschworen, und sie erzeugten, da bin ich ganz anderer Meinung als Herr Meckel, weniger Enttäuschung als vielmehr Hoffnung bei den Menschen. Diese Hoffnung ist doch, wenn man so will, sehr bitter enttäuscht worden. Von daher noch einmal die Frage: Welche Rolle hat die Stimmung der DDR-Bevölkerung bei den politischen Konzeptionen, insbesondere in den 50er Jahren und später dann auch, gespielt? Ich habe beispielsweise von einem Mitarbeiter erfahren, daß die Flüchtlingsberichte aus der DDR – und zurecht hat Frau Dr. Wilms darauf hingewiesen, daß das also sehr viele Leute waren, die auch sehr viel über die DDR, über die Verhältnisse in der DDR in der Bundesrepublik berichtet haben – im Innerdeutschen Ministerium irgendwann vernichtet worden sind. Es ist für mich die Frage, ob das nicht doch auch ein symbolischer Akt ist. Diese Materialien hätten für die Wahrnehmung der Situation in der DDR doch eigentlich eine große Rolle spielen müssen. Man fragt sich also ernsthaft, wieso beispielsweise nicht aus diesen Materialien zur DDR-Geschichte geforscht worden ist, vor allen Dingen natürlich in den 70er und 80er Jahren.

Dann noch zu dem Problem Stalin-Note und überhaupt Politik in der Bundesrepublik. Ich glaube, man muß einen engen Zusammenhang sehen

zwischen den politischen Aktivitäten Moskaus und der innenpolitischen Entwicklung in der DDR. Es ist nicht von ungefähr so, daß eben fast parallel zur Stalin-Note der forcierte Aufbau der Grundlagen des Sozialismus beschlossen wurde. Im Rahmen dieses forcierten Aufbaus des Sozialismus war es auch sehr günstig für die SED-Machthaber, daß beispielsweise die Diskussion um die Europäische Verteidigungsgemeinschaft in Gang kam, man bezeichnete das ja in der SED-Propaganda als Generalkriegsvertrag, und das wurde gleichzeitig natürlich für innenpolitische Zwecke auch immer wieder instrumentalisiert. Man konnte in dieser Weise immer wieder auch darauf hinweisen, daß der Bonner Staat eben der Staat ist, der wieder aufrüstet, der sozusagen wieder dieses alte Monopolkapital... ich will diesen Jargon hier nicht immer wiederholen. Und man sollte eben nicht vergessen, daß die innenpolitischen Verhältnisse der Bundesrepublik in den 50er Jahren ganz andere waren als beispielsweise Anfang der 70er Jahre. Insofern ist meines Erachtens die Attraktivität, in die Bundesrepublik überzusiedeln, für die DDR-Bevölkerung oder für Teile der DDR-Bevölkerung zumindest in den 50er Jahren doch geringer. Ich glaube, daß das beispielsweise, und da komme ich zu Herrn Wettig, in den Kalkulationen Moskaus eine große Rolle gespielt hat. Ich glaube schon, daß die Innenpolitik in der Bundesrepublik, ich denke an das KPD-Verbot usw., was dann alles so in den 50er Jahren gelaufen ist, daß man darauf natürlich immer abgehoben hat und daß man immer da auch versucht hat, innenpolitisch in der Bundesrepublik irgendwie Fuß zu fassen mit gewissen Konzeptionen.

Zu der Stalin-Note. Ich glaube, Herr Soell, daß doch im wesentlichen diese Diskussion bis zu einem gewissen Grad als abgeschlossen betrachtet werden kann. Ich glaube schon, daß die Materialien, die zur Zeit auf dem Tisch liegen, die Herr Wettig verdienstvollerweise erschlossen hat, doch ein Bild abgeben, das meines Erachtens schlüssig ist. Und wenn von jetzt an niemand mehr grundlegende Funde in irgendwelchen Archiven macht, dann müßte man sich jetzt an einem gewissen Punkt doch zu einer Einschätzung verstehen. Da war vor allen Dingen für mich, weil ich auch sehr stark mit diesen Akten arbeite, dieser Hinweis von Herrn Möller wichtig. Ich glaube, man muß in der Tat auch diesen Sprachstil der SED wirklich immer wieder hinterfragen. Aus diesem Sprachstil wird meines Erachtens schon sehr sehr viel deutlich, wozu man überhaupt nicht die „letzten Wahrheiten“ in den Akten braucht.

Noch eine Bemerkung zu Ihnen Frau Wilms. Sie haben natürlich recht mit der antikommunistischen Einstellung der DDR-Bevölkerung, daß die natürlich auch in der Zeit nach 1945 wurzelt. Man sollte allerdings nicht vergessen, daß natürlich 12 Jahre Nationalsozialismus das Übrige getan haben und da bestimmte Dinge grundgelegt wurden, die meines Erachtens bis heute noch nicht so richtig überwunden sind. Dazu hat natürlich auch die

mangelnde Aufarbeitung des Antifaschismus in der DDR selber bzw. dessen Instrumentalisierung beigetragen.

**Abg. Frau Dr. Wilms (CDU/CSU):** Nur leider sind manche Dinge eben bestätigt worden, die in der NS-Zeit als Ideologie verkauft worden sind, leider bestätigt.

**Stellv. Vorsitzende Margot von Renesse:** Jetzt spricht ein früherer Minister, ein Zeitzeuge und Sachverständiger gleichzeitig. Bitte Herr Dr. Mende.

**Dr. Erich Mende:** Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren! Ich danke Ihnen für die Möglichkeit, einige Bemerkungen zu den Referaten zu machen. Es würde mich als Alt-Parlamentarier natürlich reizen, auch die politische Debatte mit aufzunehmen, aber das ist nicht Sache eines Gastes; man sitzt diesmal nicht wie früher am Tisch – ich war 31 Jahre im Deutschen Bundestag –, sondern diesmal am Katzentisch.

Ich möchte Herrn Möller weitgehend zustimmen in bezug auf die Stalin-Note, die ich noch einmal aufgreife. Es sollte in der Tat dann ein Schlußstrich gezogen werden, denn mehr Wertungen kann es gar nicht mehr geben. Die Stalin-Note war ein propagandistisches Element, das war auch in der Zeitfrage erkennbar. Denn sie kam am 10. März, und im Mai stand die Unterzeichnung der Westverträge in Bonn und Paris auf der Tagesordnung. Insofern entlarvt schon der zeitliche Zusammenhang die Note als Störmanöver. Dazu kommt auch noch der Text, der in der Tat propagandistisch tiefe Wirkungen hatte. Selbst bei Kabinettskollegen, ich war dabei als Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Fraktion, als im Kabinett mit den Vertretern der Fraktionen der Regierung die Stalin-Note analysiert wurde. Jakob Kaiser und Thomas Dehler haben sich sehr für eine intensive Prüfung ausgesprochen, beinahe an die Grenze der Annahme gehend.

Da kam Konrad Adenauers bewußte Art, den Stier bei den Hörnern zu packen. Er sagte: „Herr Kaiser, Herr Dehler haben Sie den Paragraphen 5 gelesen? Auf dem Territorium Deutschlands dürfen Organisationen, die der Demokratie und der Sache der Erhaltung des Friedens feindlich sind, nicht bestehen. Quis judicabit“, – damals konnte man im Kabinett noch lateinisch fragen, – „wer wird das entscheiden?“ Und er gab die Antwort: „Natürlich die Sowjets im neutralisierten Deutschland. Sie sitzen doch schon hier, Herr Kaiser, weil Sie in Berlin nicht mehr als friedliebend und demokratisch wirken können, und Herr Lemmer sitzt doch auch schon hier. Also dieses ist die gefährlichste Position, denn sie gibt den Sowjets das Interventionsrecht in die neutralisierte deutsche Demokratie. Die Amerikaner, Engländer, Franzosen sind abgezogen, wir haben sie aus der Verantwortung für Berlin und Deutschland als Ganzes entlassen. Wollen Sie das meine Herren?“ Da kippte die Stimmung um. Erst hat Dehler die Gefahr als Jurist erkannt. Dann kam auch Jakob Kaiser, und dann hieß es: Also wir wollen aber wenigstens den Auswärtigen Ausschuß des Bundestages damit befassen, den Deutschen Bundestag damit befassen, wir

wollen es prüfen, das Parlament muß das behandeln. Es schien auch hier so, als wenn es eine exklusive Angelegenheit Konrad Adenauers und der Regierung gewesen wäre. Nein, die deutsche Öffentlichkeit hatte einen großen Anteil genommen, Paul Sethe beispielsweise. Die Professoren an den Universitäten, die Friedensforscher, die es damals schon gab, zum Teil begeistert, Teile der Evangelischen Kirche, zum Teil begeistert: Es muß geprüft werden, es muß die Chance genutzt werden, hieß es allenthalben.

Der Deutsche Bundestag befasste sich zunächst im Auswärtigen Ausschuß damit, unter Hinzuziehung auch von Fachleuten. Dann kam am 3. April 1952 die Debatte im Deutschen Bundestag über die Stalin-Note. Am Ende der Debatte hat eine Erklärung gestanden, die auch von den Sozialdemokraten angenommen wurde, von allen mit Ausnahme der Kommunisten, die wir ja damals im Ersten Bundestag noch hatten – aus Zeitgründen verzichte ich darauf, ich habe hier diese vier Punkte –, und schließlich ist dann einstimmig sogar, mit den Stimmen der Kommunisten, die Entschließung gefasst worden am Ende der Debatte, ich zitiere ganz kurz: „Ohne ein in Freiheit geeintes Deutschland kann eine auf dauerhafte und umfassende und enge Zusammenarbeit der Völker gegründete Friedensordnung in Europa nicht geschaffen werden. Die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands ist daher ein europäisches Anliegen und das vornehmste politische Ziel der Bundesrepublik.“ Das Parlament hat sich also ganz intensiv mit der Note befaßt und kam zu dem gleichen Ergebnis wie das Kabinett: Den Alliierten, oder besser den Hochkommissaren die Ablehnung zu empfehlen, was ja dann auch geschehen ist.

Was hier zur Bindungsklausel gesagt wurde, ist richtig. An der Bindungsklausel wäre damals die Koalition gescheitert. Die FDP hatte im engeren Vorstand einen Beschluß gefasst: Bleibt der Deutschlandvertrag so, bleibt die Bindungsklausel, verlassen wir die Regierung. Als das die Amerikaner erfuhren, ließen sie sich natürlich herbei, mit Acheson, noch zum Schluß durch von Brentano und durch Merkatz unterstützt, also CDU und DP, an die Stelle der Bindungsklausel dann die Änderungsklausel zu setzen.

Was aber hier zu kurz kam war der Artikel VII. Ich habe den Artikel VII 40 Jahre in meiner Brieftasche getragen. In der Hauptsache, um in Straßburg im Europarat, aber auch um in Washington, London und Paris zu sagen: Freunde Ihr seid in einem Obligo, selbstverständlich auch manchmal bei den Botschaftern Smirnow oder vor Sorin oder Zarapkin in Gesprächen. Der Artikel VII ist so großartig im Jahre 1952 in ein Vertragswerk mit Amerika, England, Frankreich gekommen, daß ich ihn heute als Offenbarung betrachte. Ich will jetzt den ersten Teil weglassen. „Bis zum Abschluß der friedensvertraglichen Regelung werden die Unterzeichnerstaaten zusammenwirken, um mit friedlichen Mitteln ihr gemeinsames Ziel zu verwirklichen: Ein wiedervereintes Deutschland, das eine freiheitliche demokratische Verfassung, ähnlich wie die

Bundesrepublik, besitzt und das in die Europäische Gemeinschaft integriert ist."

Wenn einer behauptet, Adenauer habe die Wiedervereinigung nicht gewollt, der wird widerlegt. Denn damals im Jahr 1952 gegenüber Amerika, England und Frankreich das in ein Vertragswerk zu bringen, war schon eine staatspolitische und deutschlandpolitische Meisterleistung. Und auf die haben wir uns doch alle berufen. Selbst Walter Scheel, später selbst Genscher bei den schwierigen 2+4-Gesprächen, als London und Paris etwas kurz traten. Zu diesem Punkt also: Artikel VII des Deutschlandvertrages ist eine dogmatische Grundlage, die jede Regierung entlasten muß, denn so leicht bringt man so etwas nicht in ein Vertragswerk.

Herr Faulenbach hat natürlich eine Kausalität hergestellt, die geradezu bahnbrechend ist. Wenn das die Wertung der Deutschlandpolitik der 40 Jahre wäre, dann hätte der Bundestag sich das damals, im Jahre 1950, schon sehr einfach machen können. Nein, so einfach war es nicht. Ich vermisse im Moskauer Vertrag und später in den anderen Verträgen einen Hinweis wie bei Artikel VII in den Westverträgen, auf das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes und auf den Friedensvertragsanspruch. Als Walter Scheel zur Unterzeichnung fuhr, sagte ich: Walter, wenn du zurückkommst ohne adäquat zu Artikel VII etwas im Moskauer Vertrag zu erreichen, dann bin ich unglaubwürdig. Denn 20 Jahre bin ich landauf landab gereist und habe für das Sebstbestimmungsrecht des deutschen Volkes und für einen Friedensvertragsanspruch plädiert. Ich habe ihm dann zwei Notizen formuliert, die hat er mitgenommen. Als er zurückkam, sagte ich: Unsere Wege müssen sich trennen. Sehen Sie, daß im Moskauer Vertrag und in den anderen Verträgen nicht ein Hinweis auf Friedensvertragsanspruch und Selbstbestimmung zu lesen ist und daß schließlich auch im Grundlagenvertrag Herr Bahr nicht in der Lage war, das Wort „Nation" hineinzubringen – ich fragte Herrn Bahr: Sie haben doch hoffentlich für die zwei deutschen Staaten das deutsche Volk als Nation mit eingebaut in die Präambel? – Nein, sagte er, das hat man in Ost-Berlin entschieden abgelehnt –, das zeigt, wie groß der Unterschied zwischen den Westverträgen und den Ostverträgen in der Frage der Deutschlandpolitik ist.

Ich halte nach wie vor die Ostverträge für eine Bestätigung des Status quo der Teilung und nicht für eine Chance auf den Fortschritt hin. Und wenn es nicht von unten die Bewegung gegeben hätte 1989/90, hätten wir bis heute den Status quo, vielleicht ohne Mauer, aber den Status quo der Teilung. Denn die deutsche Frage war doch ad acta gelegt. Sie war nicht mehr auf der Tagesordnung. Die deutsche Frage ist nicht mehr aktuell, damit haben wir leben müssen! Die deutsche Frage ist so lange offen, wie das Brandenburger Tor geschlossen ist, haben wir entgegnet. Haben Sie vergessen, was 1987 für ein Spektakulum hier stattfand mit dem Ehrenbataillon

und dem Präsentiergriff und leider natürlich sehr schnell auch in Paris bei Mitterand? Nein, ich gebe Ihnen recht bei der Bemerkung, es hat niemals in den letzten 40 Jahren, von 1949 bis 1989, eine Chance gegeben, mit den Sowjets eine Deutschlandpolitik freiheitlich-demokratischer und europäischer Art zu erreichen, sondern allenfalls den Status quo mit Moderationen in den Bündnissystemen und mit Garantien für den „sozialistischen Arbeiter- und Bauernstaat“. Insofern ist die einzige wirklich geschichtlich beweisbare Tatsache die, daß von unten aus dem Volk über Solidarnosc, Ungarn, über Deutschland, über die mitteldeutschen jungen Menschen etwas in Gang gesetzt wurde, in Verbindung mit der weltpolitischen Lage – Moskau, Gorbatschow und Schewardnadse –, was dann in einer Art Eskalation zum 3. Oktober 1990 geführt hat. Alles andere können Sie als Makulatur vergessen, selbst die Anstrengungen, die Pfleiderer mit Reinhold Meier damals unternahm, die Dehler unternahm, wir, der Abg. Döring, der Mende und der Scheel, haben uns in Weimar 1956 mit Werthmann, Gerlach, Agsten getroffen. Wir haben den Redner-Austausch vereinbart, er ging nicht. Wir haben dann bei der SPD dasselbe erlebt, es ging nicht. Jeder Versuch, selbst der, 1959 in Genf mit Lothar Bolz und von Brentano ein Gespräch zustande zu bringen, scheiterte – da war Dehler mit mir dabei, Lothar Bolz mit Toeplitz und Kegel. Brentano hatte sich die Genehmigung in Bonn erbeten. Da kam Gromyko und erklärte, ein Gespräch zwischen Lothar Bolz und Heinrich von Brentano käme nicht zustande, er verbiete eine Begegnung. Das heißt, selbst in Genf 1959 war Gromyko zu einem Gespräch zwischen den beiden deutschen Teilstaaten am Katzentisch nicht bereit. Es ist viel schwieriger gewesen, und es ist viel Mühe in den 50er und 60er Jahren eingesetzt worden, aber dem „Njet“ von Herrn Gromyko, später von Herrn Falin, der einer der bösesten Gegner einer wirklichen Deutschlandpolitik war, war eben außer Status quo nichts entgegenzusetzen. Vielen Dank, Frau Vorsitzende.

**Stellv. Vorsitzende Margot von Renesse:** Wie verabredet werden jetzt die geladenen Sachverständigen zu dem Gehörten, zu dem Gefragten Stellung nehmen. Danach haben wir noch einige Wortmeldungen, bei denen ich allerdings vorschlagen würde, daß wir uns äußerster Kürze befleißigen, um überhaupt noch kurze Bemerkungen der Sachverständigen danach zulassen zu können. Nach der Reihenfolge der Sachverständigen, wie sie heute morgen auch aufgetreten sind, würde ich vorschlagen, gehen wir auch jetzt vor. Das wäre dann zunächst das Wort für Herrn Prof. Möller.

**Prof. Dr. Horst Möller:** Meine Damen und Herren erlauben Sie mir, daß ich einmal zu den Fragen, die direkt an mich gestellt worden sind, Stellung nehme, zum anderen aber auch ein paar Bemerkungen zu meinen Kollegen mache.

Sie beide, Herr Foschepoth und Herr Faulenbach, werden sich nicht wundern, daß ich in manchen Dingen mit Ihnen nicht übereinstimme, in anderen auch wieder übereinstimme. Lassen Sie mich prinzipiell beginnen. Ich meine,

daß sowohl Herrn Foschepoth als auch Herrn Faulenbach zuzustimmen ist, daß es keine geradlinige Bewegung von der Deutschlandpolitik der 1950er Jahre zur Wiedervereinigung gegeben hat. Das konnte es nicht geben. Es ist auch von einem Kommissionsmitglied der Finalismus kritisiert worden, der einer solchen Betrachtung zugrunde liegen würde.

Aber, man muß dieses Argument auch durchaus gegen Herrn Faulenbach und gegen Herrn Foschepoth wenden, wenn Sie jetzt eine ebenso geradlinige Bewegung von der Ostpolitik seit 1963 – ich habe ja versucht anzudeuten, daß es auch eine Ende der 50er Jahre gegeben hat – zur Wiedervereiniguung ziehen; so hat das Willy Brandt auf dem Vereinigungsparteitag der SPD auch gemacht. Nur dieses ist historisch genausowenig möglich, wie eine geradlinige Sicht der Dinge von den 50er Jahren bis 1989 zu ziehen. Ich glaube, dieses Argument richtet sich auch ein Stückweit gegen Ihre eigene Argumentation. Ich meine auch – Politiker können irren, aber Historiker auch –, daß bei Herrn Foschepoth doch ein bißchen die eigene Irrtumsfähigkeit seine Sicht Adenauers bestimmt; insofern als Sie, Herr Foschepoth, 1988 in dem Sammelband „Adenauer und die deutsche Frage“ erklärt haben, zur Zweistaatlichkeit gebe es keine Alternative. Ich glaube, daß da ein Stück Rückprojektion auf die 50er Jahre mitgewirkt hat.

Ich möchte einen Punkt hervorheben, nämlich die Prioritätenskala: Wiedervereinigung nach der Freiheit. Dies ist kein sachlicher Grund, so wie Sie das tun, zu sagen, Adenauer habe die Wiedervereinigung für weniger wichtig gehalten. Davon kann gar keine Rede sein. Er wollte eine Wiedervereinigung in Freiheit, wie Frau Wilms gesagt hat, d.h. die beiden Dinge waren verkoppelt. Und eine andere Wiedervereinigung konnte doch, das muß man doch auch einmal so deutlich sagen, kein vernünftiger Mensch wollen. Das hätte bedeutet, daß die 60 oder 55 Millionen im Westen genauso unfrei geworden wären wie die 17 oder 18 Millionen im Osten. Es ist also nicht möglich, diese Prioritätenskala auseinanderzunehmen. Eindeutig war: Wiedervereinigung ja, aber in Freiheit! Das ist der entscheidende Punkt.

Das Dritte, das ist auch schon durch Herrn Jacobsen und Herrn Mende angedeutet worden: Es ist mir bis heute keine einzige Alternative für die 1950er und 60er Jahre aufgezeigt worden, die einen plausiblen Weg zur Wiedervereinigung dargestellt hätte. Nun ist es ja methodisch sehr leicht zu sagen, die Politik, die verfolgt worden ist, hat nicht zur Wiedervereinigung geführt. Das ist irgendwo eine Banalität. Aber die Alternativen bleiben immer im Vagen, sie bleiben hypothetisch. Sie können jede Hypothese aufstellen und sagen, das wäre eine Chance gewesen. Sie können es nicht beweisen, natürlich nicht, aber Sie können auch nicht das Gegenteil beweisen. Also sind dies verschiedene Argumentationsebenen. Sie beurteilen reale Vorgänge, eine reale Politik mit Hilfe einer nichtverfolgten Politik, und die kommt dann immer besser weg, weil man sich da die Bausteine so zurechtlegen kann, wie

sie einem passen. Ich meine schon, man muß die Alternativen als das ansehen, was sie sind in diesem Fall, nämlich als hypothetische Überlegungen.

Das führt mich zu dem weiteren Punkt: Neue Wege nach 1957. Sie haben zitiert, Herr Faulenbach, die Charakterisierung von Hans-Peter Schwarz über das „Gewurstel“ von Adenauer. Ich meine, dieses Urteil – so sehr ich sonst Hans-Peter Schwarz schätze – trifft nicht ganz zu. Es ist etwas ungerecht. Man kann eher sagen, nachdem die Erfahrung gemacht worden ist, daß es bis 1957 trotz der Westintegration und trotz der Stärkung des Westens und der Sicherung der Stellung der Bundesrepublik nicht zu einer Wiedervereinigung gekommen ist, daß neue Wege getestet wurden. Und da es kein Patentrezept gegeben hat, hat man kleine Schritte unternommen. So originell ist das nicht. Und dieses waren Versuche, die Dinge in Gang zu bringen. Das dieses kein Gesamtkonzept war, ist zwar richtig. Auf der anderen Seite waren es nicht nur Einzelschritte. Wie gesagt, der Globke-Plan und anderes hat schon konzeptuellen Charakter. Daß es nicht funktioniert hat, verweist auf die weltpolitische Realität dieser Jahre. Es war mit der Sowjetunion zu keiner Lösung zu kommen, die die Wiedervereinigung in Freiheit ermöglicht hätte.

Insofern weiß ich auch nicht, was die Kritik besagen soll, die da meint: In den 50er Jahren wäre vielleicht der Preis für die Wiedervereinigung geringer gewesen. Er wäre unendlich viel höher gewesen. Wenn überhaupt, hätte es eine Wiedervereinigung nach sowjetischen Maßstäben sein können. Zum Neutralismuskonzept Heinemanns – dieses hat nun nicht nur in der Bevölkerung keine Mehrheit gehabt, die Gesamtdeutsche Volkspartei hat zum Schluß 1,7 % der Stimmen gehabt, man muß das auch sehen – kann man nur boshaft mit Brecht sagen: Dann sucht sich die Regierung ein neues Volk aus, wenn es zu 98 % dagegen ist. Dieses ist kein realistisches Konzept gewesen. Es gab keine Chance dafür. Was mich jedes Mal wieder wundert, ist die Abkoppelung – deswegen habe ich das zu Anfang so stark betont – von den weltpolitischen Bedingungszusammenhängen. Ich theoretisiere jetzt selber mal: Eine Regierung Bahr im Jahre 1953, die auf die „Angebote“ der Sowjetregierung hätte eingehen wollen, hätte es nicht gekonnt. Die Westmächte hätten es nicht mitgemacht. Insofern ist dieses vollkommen eine Rechnung ohne den Wirt. Daß die Beurteilung der Bundesregierung und die der Westmächte übereinstimmte, entsprang der realen Analyse, und insofern ist dieses eine Politik gewesen, die den realen Verhältnissen entsprach.

Und so muß man auch viele der Äußerungen sehen – ich gebe Herrn Soell recht, daß die Äußerungen Schumachers wechseln, auch die Adenauers haben selbstverständlich ihre Aktualitätsbezüge. Ein Politiker muß ja auf aktuelle Situationen reagieren, das brauche ich Ihnen nicht zu sagen, das wissen Sie besser. Natürlich gibt es da immer wieder Akzente. Aber ich weiß nicht, warum eine realistische Einschätzung der Situation ein Manko sein soll; warum man daraus ableiten kann, hier habe der Wille zur Wiedervereinigung

gefehlt. Wenn ich zu der Einschätzung komme -selbst wenn ich irre –, es ist nicht möglich, dann kann man dem noch nicht attestieren, daß hier der entsprechende Wille gefehlt habe. Dieses bezieht sich auch auf den Satz, den Herr Foschepoth gesagt hat, was die Kompromißfähigkeit nach Westen und nach Osten betrifft, die unterschiedliche Kompromißfähigkeit. Dazu gehören zwei. In den entscheidenden Fragen war die sowjetische Politik nicht kompromißfähig. Was hätte sie denn gewonnen, wenn sie die Wiedervereinigung in Freiheit akzeptiert hätte? Sie hätte etwas verloren. Insofern muß man, selbst wenn man kein Freund dieser Politik war, ihr zubilligen, daß sie im Sinne ihrer Staatsräson gehandelt hat, und die war so, daß sie von einer Wiedervereinigung nach westlichen Maßstäben nicht hätte profitieren können, sondern nur verloren hätte. Also hatte sie daran kein Interesse.

Wenn ich auf die Leistung komme, die von Adenauers Deutschlandpolitik und die der Bundesregierungen mit zum Teil wechselnden Koalitionspartnern, überwiegend mit der FDP, dann wird man sagen müssen mit Rudolf Morsey und anderen: Das Offenhalten der deutschen Frage – und es ist ja von Herrn Koschyk und von anderen auch darauf hingewiesen worden, daß dieses nicht nur ein völkerrechtliches Problem war, sondern eines der politischen Wirkung –, das Offenhalten der Deutschen Frage bis 1989 gehört zu den Voraussetzungen der Wiedervereinigung. Es führte nicht automatisch dahin, aber es gehörte zu den Voraussetzungen.

Ich will damit die allgemeinen Bemerkungen abschließen. Ich will nur noch einmal sagen, die These einer Chance für die 1950er Jahre verkennt die Ziele der sowjetischen Politik. Herr Wettig hat ein schönes Beispiel dafür geliefert, wie man aus Quellenfunden nun doch neue oder zusätzliche Erkenntnisse gewinnen kann. Die These verkennt aber auch den Zusammenhang der bundesrepublikanischen Politik mit dem der Westmächte und mit dem des westlichen Bündnisses. Sie ist eine auf Deutschland isolierte und deswegen unrealistische Betrachtung.

Lassen Sie mich auf die konkreten Fragen kommen. Der Abgeordnete Keller hatte gefragt, warum ich das Jahr 1947/48 als Epochenjahr ansehe. Das liegt daran, daß eine ganze Reihe von Schlüsselereignissen, die die Weichenstellung in die Westintegration mitgeprägt haben, in diese Jahre fallen. Da ist zum einen das Frustrationserlebnis des Scheiterns der deutschen Ministerpräsidentenkonferenz 1947. Da sind aber auch nach 1946 die Erweiterung der Bizone zu dem vereinigten Wirtschaftsgebiet mit der Bildung des Wirtschaftsrates, da ist die Währungsreform im Juni 1948, da ist das Schlüsselerlebnis – ich habe es vorhin erwähnt – Prag mit dem kommunistischen Staatsstreich und damit der Einsicht der Westalliierten auf der Londoner Konferenz, daß man nun in den drei Westzonen eine konstruktive Deutschlandpolitik betreiben müsse, insofern der Weg zu einer Selbstbestimmung der Deutschen in den

westlichen Zonen betreten werde. Diese Bündelung von Schlüsselereignissen, die konstruktiv waren für den Weg zum Weststaat, machen für meine Begriffe den Epochencharakter aus.

Zu dem, was Herr Soell gesagt hat: Ich bin mit ihm im wesentlichen einig, was Schumacher angeht. Was Schumachers Einschätzung der USA angeht, wechselt das sehr stark. Natürlich hat Schumacher gesehen, daß die USA ein ganz entscheidender weltpolitischer Faktor waren. Aber die Schlußfolgerungen, die er daraus abgeleitet hat, waren eben nicht konstruktiv, sondern von seiner Animosität gegen diese kapitalistische Vormacht, wie er sie gesehen hat, bestimmt. Was das deutsch-französische Wirtschaftsabkommen anging, das Schumacher vorschlug, gab es auch von Adenauer zur gleichen Zeit entsprechende Vorschläge. Es gab ja von Adenauer sogar 1950 schon einen Vorschlag zu einer politischen Union Deutschland- Frankreich, der also noch weiter ging. Der war zu diesem Zeitpunkt sicher unrealistisch.

Zur Debatte 1952, die Herr Soell angesprochen hat, nur soviel: Natürlich, wenn man, wie Herr Wettig das getan hat, anhand neuer Quellen eine neue Bewertung vornimmt oder eine gängige bestätigen, aber in dem Fall doch fast beweisen kann, dann ist das schon ein wissenschaftliches Problem. Wie die Debatte über die 50er und 60er Jahre geführt wird, das scheint mir eher ein Politikum als eine wissenschaftliche Frage zu sein. Und ich muß sagen, entschuldigen Sie Herr Foschepoth, daß ich da so hart bin, die Art, wie Sie ihr einzelnes Dokument präsentieren, ist mir ein Beispiel dafür. Und zwar einfach deswegen, weil dieses Dokument erstens, das ist vielfach gesagt worden, ein Dokument ist, das aus dem Zusammenhang einer Fülle von Dokumenten gerissen ist. Sie können hunderte, tausende zitieren. Zweitens: Es ist kein deutsches offizielles Dokument. Es ist, das kann man ja sehr schön nachlesen, ein Dokument indirekter Art. Der Botschafter hat mir gesagt, daß der Bundeskanzler die und die Meinung habe. Das ist von keiner deutschen Stelle gegengezeichnet worden als eine Gesprächsnotiz oder dergleichen. Das heißt also, die Quellenkritik muß, und da hat der Abgeordnete Keller durchaus recht, nicht nur was die Auswahl, sondern auch was die Bewertung des Dokuments angeht einsetzen. Und drittens ist aus dem Dokument, meines Erachtens das, was Sie sagen, nicht abzuleiten. Daß Adenauer ein Mißtrauen gegenüber dem Wiedererstarken des deutschen Nationalismus hatte, ist richtig, aber so originell nun wieder nicht. Das ist ja in dem berühmtem Londoner Gespräch, was Lothar Rühl damals als Spiegel- Korrespondent gehört hat, im Herbst 1954 in London, auch schon so gewesen, daß er gesagt hat, er fürchte, wenn wir hier nicht weiterkommen, ein Wiedererstarken des deutschen Nationalismus.

Zu der von Herrn Jacobsen angesprochenen Vorgeschichte vor 1945. Das ist ganz sicher eine der entscheidenden Determinanten, denn bei allen Deutschland-Planungen ab 1943 spielte es eine entscheidende Rolle, Deutsch-

land als einen dominierenden oder gar hegemonialen Machtfaktor in Europa zu beseitigen. Dieses ist eine Politik, die als Restgemeinsamkeit zwischen der Sowjetunion und den Westmächten übrigblieb. Dieses prägt dann in der Tat die Tatsache, daß ganz geringe Spielräume für die politische Mitwirkung der Westdeutschen verblieben. Natürlich war der Abscheu vor dem Nationalsozialismus ein entscheidender Faktor, aber man muß sagen, er ist nicht der ausschlaggebende Faktor, auch nicht für die Teilungspläne, gewesen. Es gibt Planungen, die sich mit der Situation Deutschlands nach dem Krieg auseinandersetzen, schon bevor den Westmächten das ganze Ausmaß der nationalsozialistischen Verbrechen bekannt war. Aber natürlich kam dieses verstärkend hinzu. Da möchte ich an das, was Sie beide, Herr Jacobsen und Frau Wilms, gesagt haben, anknüpfen. Es gab eben, und man sollte dieses nicht geringschätzen, einen doppelten antitotalitären Grundkonsens der Deutschen. Der war antinationalsozialistisch und antikommunistisch. Diese, verbunden mit der positiven Wertorientierung nach Westen, bildete die Konstituentien der demokratischen Parteien, und zwar aller demokratischen Partein nach dem 2. Weltkrieg und in der frühen Bundesrepublik. Es gehört für mich als Historiker zu den bedauerlichen Entwicklungen, daß dieser antitotalitäre Grundkonsens mit seiner positiven Wertorientierung offensichtlich aus dem Gedächnis verschwindet.

Als Letztes: Was den Pfleiderer-Plan angeht, gibt es ja Initiativen der FDP, später auch durch Schollwer. Es werden jetzt auch Texte bei uns im Institut für Zeitgeschichte veröffentlicht. Ein Band ist schon erschienen. Es waren zum Teil Initiativen, die auch innerhalb der FDP, Herr Mende wird das bestätigen, in keiner Weise mehrheitsfähig waren. Die schärfste Kritik am Pfleiderer- Plan kam aus der FDP selbst, hinterher selbstverständlich auch aus der CDU. Aber als diese Pläne entwickelt wurden, hat der größere Teil der FDP diese Pläne als unverantwortlich bezeichnet. Es ist eben auch hier die Frage zu stellen, wie weit diese Alternativen – auch im Falle der Überlegungen Dehlers „Es geht nicht ohne die Sowjetunion“ – politikfähig waren.

Natürlich, das hat auch Adenauer manchmal gesagt, der Schlüssel zur Wiedervereinigung liegt in Moskau. Nur wenn der Partner oder Gegner sich nicht rührt, dann hilft alle Bereitschaft, diesen Schlüssel zu holen, alleine nichts. Dieses ist auch das Problem Dehlers gewesen, der sich im übrigen ja auch sehr gewandelt hat. Seine Positionen waren ja nicht konstant. Und man muß bei Dehler auch sagen, manche individuellen Züge seines doch sehr temperamentvollen Wesens spielten dabei auch eine Rolle.

**Stellv. Vorsitzende Margot von Renesse:** Danke sehr Prof. Möller. Jetzt ist Herr Faulenbach dran.

**Dr. Bernd Faulenbach:** Das ist eine Fülle von Fragen. Man bräuchte im Grunde genommen einen ganzen Nachmittag, um darüber noch zu diskutieren.

Ich nehme jede Frage ernst, aber ich kann nicht alle Fragen hier hinreichend beantworten.

Zunächst zu Herrn Mitter, zu der Perspektive, unter der wir die Diskussion gegenwärtig führen. Es ist klar, daß die Fragen, die wir an die Geschichte richten, jeweils von der Gegenwart her gestellt werden. Insofern stellen wir heute andere Fragen als noch vor wenigen Jahren und insofern ist auch die Geschichte immer so etwas wie ein Dialog mit der Vergangenheit. Das ist überhaupt gar keine Frage. In zwei Richtungen lauern Gefahren. Die eine Richtung ist die, daß wir gleichsam von dem letzten großen Ereigniss her einfach nur ganz schlicht zurückfragen und alles Geschehen auf eine Linie, auf dieses Ereignis hin versuchen zu beziehen. Das führt zu einer ausgesprochenen Blickverengung. Die andere Gefahr ist, daß man bei dem Versuch, nach alternativen Möglichkeiten zu fragen, dann möglicherweise in hohem Maße spekulativ wird. Beide Gefahren muß man als Historiker sehen. Man entgeht der einen Gefahr möglicherweise dadurch, daß man eben dann der anderen erliegt. Es ist ein schmaler Grat, auf dem man sich in einer solchen Konstellation, in der man neu fragt, bewegt. Das ist, glaube ich, generell gegenwärtig unsere Konstellation.

Was die Quellen und Textmaterialien angeht, die wir zitieren, so bringt man in einem kurzen Vortrag einiges schlichtweg nur zur Illustration ein. Man kann hier ja nicht riesige Quellenmengen anführen, sondern versucht, einiges zusammenzufassen, einiges plastisch zu machen, indem man zitiert. Aber es ist schon wichtig, die Kontextualität jeder Aussage genauer zu würdigen. Das würde ich generell als Aufgabe der Historie ansehen. Dies als allgemeine Vorbemerkungen.

Nun zur Frage der Stalin-Note: Anders als den hier zuletzt zu Wort Gekommenen scheint mir die Diskussion noch nicht völlig abgeschlossen zu sein. Ich glaube zwar, daß Herr Graml und Herr Wettig sehr gute Argumente für ihre Position haben. Es bleiben bestimmte Fragen, die sich von der Quellensituation her – Auswärtiges Amt Moskau – wohl doch im Hinblick auf die sowjetische Haltung noch nicht endgültig behandeln lassen. Ich will etwas mißverständlich sagen: Wir haben, zumindest rudimentär, in der sowjetischen Politik zwei Linien. Es ist zwar früh eine Linie, die auf deutsche Teilung hingeht, angelegt, aber daneben gibt es eine andere, die Deutschland als Ganzes betrachtet – man denke an Berija, wobei ich nicht sagen will, daß jetzt die Besymenski-Veröffentlichung sehr viel weiter führt, an die Tatsache, daß in bestimmten Intervallen, und man kennt das selbst aus Diskussionen auch mit sowjetischen Wissenschaftlern vor der Wende, die andere Möglichkeit, die „deutsche Karte“ in einer bestimmten Situation zu spielen, latent in der sowjetischen Diskussion eine Rolle gespielt hat – das läßt sich, glaube ich, nicht generell negieren. Es ist nur die Frage, ob in dieser Situation 1952 die Bereitschaft da war. Da spricht viel für die Annahme, die hier referiert worden

ist, daß bei Stalin die Bereitschaft damals nicht vorhanden war. Aber dann wäre es immerhin ein Wechsel auf die Zeit nach Stalin gewesen, wenn von seiten des Westens anders reagiert worden wäre. Aber noch einmal, wie die westliche Politik bei einer anderen westdeutschen Politik reagiert hätte, und wie dies die sowjetische Politik beeinflußt hätte, dieses läßt sich schwer sagen und muß letztlich Spekulation bleiben. Insofern bleibt ein Rest Zweifel übrig. Ich sage ein Rest Zweifel, wobei ich dann durchaus formuliert habe, daß für diese hier wiedergegebene Position gegenwärtig viel spricht.

Dritter Punkt: Zu der Einschätzung der Adenauerschen Politik, zu den Diskussionsbeiträgen von Herrn Koschyk, Frau Wilms und Herrn Hansen. Natürlich muß die Adenauersche Politik „in der Zeitschiene“ gesehen werden. Aber ich habe folgendes versucht zu tun. Ich habe versucht, die Adenauersche Politik an ihren Ansprüchen zu messen. Gemessen an ihren Ansprüchen sieht sie eben nicht erfolgreich aus. Er hat von 2 bis 10 Jahren gesprochen, er hat gesagt, es kommt bald die Situation, in der die Verhandlungsbereitschaft da ist. Diese Aussagen sind einfach in den Quellen da. Über sie können wir nicht so ohne weiteres hinweggehen. Und auf diesem Hintergrund kann man diese Linie nach 1989 hin so ohne weiteres nicht ziehen. Dazwischen liegt ja eine ganz andere Epoche. Ich habe mithin problematisieren wollen, die 1989/90er Ereignisse als eine Spätfolge der Adenauerschen Politik darzustellen. Das scheint mir nicht möglich zu sein, und ich habe wie gesagt versucht, die Adenauersche Politik an ihren Ansprüchen zu messen. Dann bleiben zumindest einige Zweifel übrig. Übrigens kann man auch die Bahrsche Politik an ihren Ansprüchen messen. Nur die Bahrsche Politik hatte nicht so hochgesteckte Ansprüche wie die Adenauersche Politik, was etwa die Wiedervereinigung angeht. Jedenfalls war sie offener als Konzept und wurde dann übrigens auch ein Konzept, das dann von allen maßgeblichen Kräften der Bundesrepublik in den 80er Jahren geteilt worden ist. Das ist ja unbestreitbar so.

Was die Konzeptfrage angeht, so habe ich Hans-Peter Schwarz zitiert. Wenn man sich die verschiedenen Versuche ansieht, Herr Möller, so wirken sie doch ein bißchen wie ein Stochern, so wie ein Versuchen hier und da, wie ein sprunghaftes Sondieren von Möglichkeiten. Jedenfalls ist Adenauer bis zur Formulierung einer neuen deutschlandpolitischen Konzeption einfach nicht mehr gekommen, alles blieb sprunghaft, experimentell in dieser Endphase der Ära Adenauer. Auf diesem Hintergrund ist das Urteil, das Hans-Peter Schwarz fällt, der ja nun nicht in besonderer Weise als ein scharfer, pointierter Kritiker von Adenauer berühmt ist, doch zumindest verständlich.

Selbstverständlich haben wir die FDP unzureichend behandelt. Aber die Verdienste oder die Rolle der FDP im Hinblick auf die Bindungsklausel habe ich erwähnt. In der Tat gab es zudem in der FDP eine größere Neigung als in der CDU, sagen wir, die Sicherheitsinteressen der Sowjetunion ernstzunehmen. In dem Punkt traf man sich mit Fritz Erler und anderen Politikern der

sozialdemokratischen Opposition in erheblichem Maße. Da waren dann die Akzentunterschiede zur CDU nicht ganz unbeträchtlich in der zweiten Hälfte der 50er Jahre.

Was die Frage der oppositionellen Position angeht, der Heinemannschen Politik, nach der Herr Hansen hier noch einmal gefragt hat, so habe ich die Tatsache referiert, daß Heinemann diese Politik der Stärke für unmoralisch hielt. Man muß dies vielleicht doch auch einmal auf dem Hintergrund der Tatsache sehen, daß über 20 Millionen Menschen in der Sowjetunion im Kriege umgekommen sind, zum anderen angesichts einer Politik, die zum Teil verstanden wurde als eine Politik des Roll-Back, die im Grunde genommem doch in sehr rigoroser Form gegen die Sowjetunion gerichtet war und die historischen Hypotheken gar nicht zur Kenntnis nahm. Dies schien Heinemann in dieser Konstellation moralisch problematisch zu sein. Und wenn er sich dann gegen bestimmte Feindbilder wandte, so geschah das aus christlichen Motiven. Die berühmte Formulierung „Jesus ist nicht gegen Karl Marx, sondern für uns alle gestorben“ ist die Wendung gegen ein bestimmtes Feindbild, das er versucht hat in Frage zu stellen. Das ist der Hintergrund der Heinemannschen Position. Ich gebe hier als Historiker die Heinemannschen Positionen wieder und habe sie als Historiker zu erklären.

Was das Verhältnis von militärischer Neutralität und politisch-kultureller Neutralität angeht: Ich habe dieses im Zusammenhang mit der Sozialdemokratie angesprochen, die Wertorientierungen der deutschen Sozialdemokratie seit dem 19. Jahrhundert sind stark westeuropäisch geprägt. Denken Sie an die besondere Nähe zur Französischen Revolution, zu den Ideen von 1789 usw. bis hin zu bestimmten Verhaltensmustern im ausgehenden Kaiserreich, an die Außenpolitik der Weimarer Zeit. Die westeuropäische Orientierung der Sozialdemokratie hat tiefe historische Ursachen, der Einsatz für Menschen- und Bürgerrechte usw. Dies ist eben keine Frage, die nur von der unmittelbaren Konstellation der Nachkriegszeit her zu beantworten ist. – Was aber die Gegenposition zur Westorientierung angeht, und das macht das Neue der Situation der Nachkriegszeit aus, diejenigen Kräfte, die einen politisch-kulturellen deutschen Eigenweg unabhängig vom Westen entwickeln wollten, diese politischen Kräfte waren durch die Katastrophe des 2. Weltkrieges entscheidend geschwächt worden, so daß in der deutschen Gesellschaft der Nachkriegszeit, jedenfalls in der westdeutschen Gesellschaft, in der sich die verschiedenen Orientierungen frei artikulieren konnten, im Grunde genommem die politisch-kulturelle Gemeinsamkeit mit dem Westen zunehmend sehr verbreitet gewesen ist. Wie gesagt, die Träger, die Propagandisten eines politisch-kulturellen Eigenweges hatten 1945 bankrott gemacht. Das muß man sagen, diese besondere Entwicklung war offenbar zu Ende. Insofern gab es für einen neuen deutschen Sonderweg keine guten Dispositionen mehr in der Nachkriegsepoche.

Schließlich zur Frage der Wirkung auf die Menschen in der DDR. Es ist eine ganz schwierige Frage, von der ich in der Tat meine, wir haben sie bisher nicht hinreichend von der Forschung in den Blick bekommen. Auf der einen Seite mußte die westdeutsche Politik versuchen, die Verantwortung für die Menschen im Osten wahrzunehmen, andererseits lief sie dabei permanent Gefahr, über die Köpfe der Ostdeutschen hinweg Politik zu machen. Es war immer die Frage, ob die westdeutsche Politik wirklich der authentische Ausdruck der Interessen der Menschen in der DDR war. Das war eine ganz schwierige Frage, die jedenfalls in den 60er Jahren zunehmend so beantwortet worden ist, daß man gemeint hat, die Westdeutschen können nicht per se in allen Hinsichten immer permanent für die DDR sprechen, das sei irgendwo ein Stück weit Anmaßung. Andererseits: Wenn sie diese Ansprüche voll zurücknahm und gar nicht mehr für die Bevölkerung der DDR sprach, dann kamen bestimmte Positionen der Menschen in der DDR einfach nicht mehr zu Wort. Diese doppelte Gefahr muß man als Grundproblem westdeutscher Politik im Hinblick auf die DDR einfach konstatieren. Auf diesem Hintergrund müßte man, glaube ich, die hier angeschnittenen Fragen diskutieren.

Natürlich hatte diese Politik auch eine bestimmte Wirkung nach innen. Nehmen wir noch einmal die von Herrn Koschyk angesprochene Frage der Oder-Neiße-Grenze. Herr Koschyk, Adenauer hat die Ansicht vertreten – da gibt es Zitate, Reden, in denen er den Anspruch erhob –, daß über die Politik der Westbindung die Ostgebiete zurückzugewinnen seien. Da sind politische Illusionen gefördert worden. Es gab nicht lediglich einen Rechtsvorbehalt in der Adenauerschen Politik, sondern das war schon mehr, was da formuliert worden ist. Sie wissen selbst, welche Schwierigkeiten es noch 1990 bei den Vertriebenen gab, die Grenze anzuerkennen. Aufgrund der Aktenlage und dem Forschungsstand kann ich nicht erkennen, daß die amerikanische Politik in der Frage der Ostgebiete die westdeutschen Positionen mit getragen hätte.

Schließlich, Frau Wilms, zur Frage der Originalität der Bahrschen Politik. Ich hatte darauf hingewiesen, daß es in den 50er Jahren schon bestimmte Ansätze gegeben hat, auch bestimmte Vorschläge von Brandt, Wehner und anderen. Sie haben dann gesagt, die amerikanische Administration hat ihrerseits so etwas auch gewollt. Das ist schon richtig. Aber die Aufgabe der deutschen Politik mußte nun darin bestehen, sich in diese internationalen Prozesse einzuordnen. Wir müßten schon etwas genauer untersuchen, wie schwer sich die damalige Bonner Regierungspolitik mit der Synchronisierung mit der amerikanischen Politik getan hat, übrigens auch im Hinblick auf die „kleinen Schritte“. Das müßte man dann doch etwas genauer anschauen.

Schließlich zu dem temperamentvollen Beitrag von Herrn Mende. Herr Mende, Sie schöpfen aus der Erfahrung Ihres Lebens und natürlich rechtfertigen Sie auch Ihren Lebensweg in der Art, wie Sie bestimmte Dinge darstellen. Aber wenn Sie jetzt über den Moskauer Vertrag urteilen, so meine ich, daß zu dem

damaligen Zeitpunkt die Sowjets für das, was Sie fordern, nicht zu haben waren. Sie wissen, daß mit der Unterzeichnung der Brief zur deutschen Einheit übergeben worden ist, das ist einfach ein historischer Tatbestand, und man wird wohl doch die Bahrsche, die Brandtsche und auch die Scheelsche Politik dieser Phase so charakterisieren müssen, daß sie den Status quo anerkennen wollte, um ihn zu verändern, um ihn in einem erheblichen Maße zu modifizieren, Grenzen durchlässig zu machen usw. Diese Dialektik des Ansatzes, die ist mir in Ihrer Interpretation zu kurz gekommem. Wir haben sicher Gelegenheit, über diese Fragen in der nächsten Woche noch trefflich zu diskutieren.

**Stellv. Vorsitzende Margot von Renesse:** Herr Dr. Foschepoth.

**Dr. Josef Foschepoth:** Ich freue mich natürlich, daß ich jetzt auch zu Wort kommen darf, nachdem vieles gesagt worden ist, was ich ja eigentlich nicht gesagt habe. Wenn man westliche Politik analysiert, heißt das noch lange nicht, daß man automatisch sowjetische Politik für gut befindet oder ähnliches, nur weil man die Kritik daran hier nicht artikuliert hat. Aber gehen wir der Reihe nach vor.

Der eine Vorwurf, Herr Möller, den Sie gemacht haben, wird mir in Rezensionen ja auch immer wieder gemacht, und deshalb muß ich ihn hier einfach mal klarstellen. In der Tat ist es so, daß in meinem Buch der Satz steht: „Zur Zweistaatlichkeit Deutschlands gibt es keine Alternative." Aber vor dem Doppelpunkt steht natürlich auch etwas. Da steht, daß sich in der Bundesrepublik, gemünzt auf das Jahr 1988, ein Konsens herausgebildet hat, der im Grunde von keiner großen politischen Gruppierung diese Landes in Frage gestellt wurde. Ich darf darauf mit allem Nachdruck hinweisen. Es ist einfach so. Wir dürfen heute nicht aus der Perspektive des Jahres 1993 urteilen, und wir müssen uns einmal die Reden von Frau Wilms anschauen, vielleicht finden wir dann auch ein paar andere Dinge, was die Zweistaatlichkeit anbetrifft. In dem Beitrag von Herrn Koschyk wurde angefragt, ob hier jemand Parteipolitik macht. Ich weiß nicht, für wen. Ich zitiere nur Herrn Abelein, der ist ja sicherlich jemand, der in Ihren Reihen in dieser Frage sehr unverdächtig ist. Sie erinnern sich an die Diskussion um das Geißler-Papier 1988, wo es auch um die Aufgabe des Wiedervereinigungsgebotes in der CDU ging, auf dem Parteitag ist das ja nur mit knapper Mühe gewissermaßen gescheitert. Lassen Sie mich nur mal eben Herrn Abelein zitieren. Bei der Lektüre des Geißler-Papiers sagt Herr Abelein, ich zitiere nach der Frankfurter Allgemeinen Zeitung: „... daß der Einheit der Deutschen bei der CDU die gleiche Bedeutung zugemessen wird wie dem Reich Gottes in der Glaubenspraxis der Christen. Es wird als eine bei besonderen Gelegenheiten verwendete Gebetsformel gebraucht, spielt im praktischen Leben aber keine Rolle. Niemand bemüht sich ernsthaft um seine Realisierung und jeder geht davon aus, daß es zu seiner Lebenszeit ohnehin nicht dazu kommen wird." Das ist zur Erklärung des Doppelpunktes. Es heißt also, es wurde eine

Position beschrieben, wie sich das politische Klima in der Bundesrepublik, und ich begreife mich auch als ein Kind der Bundesrepublik, insofern der Adenauerzeit, sich entwickelt hatte bis zum Jahre 1988. Und ich darf noch daran erinnern, wir haben mit großem Pomp, ich selber habe davon profitiert, weil ich 100.000 DM von der Bundesregierung für ein Forschungsprojekt bekommen habe, den 40. Geburtstag der Bundesregierung initiiert. D.h. also, das Bewußtsein war damals ein völlig anderes. Deshalb möchte ich nur vor dieser gefährlichen Kontinuitätsthese warnen, die hier in diesem Raum heute entwickelt wird. Nun aber methodisch zurück zu den eigentlichen Gegenständen unserer Arbeit.

Ich muß auch ganz entschieden den Vorwurf zurückweisen, sofern er auf meine Position gemünzt wird, hier würde moralisiert oder so etwas gemacht. Das Gegenteil ist eigentlich der Fall. Was habe ich getan? Ich habe mich eben nicht nur an die Dokumente zur Deutschlandpolitik gehalten, die veröffentlicht worden sind, sondern ich habe die operative Politik analysiert, so wie der politische Entscheidungsprozeß abgelaufen ist. So wie versucht worden ist, Einfluß zu nehmen seitens Adenauer, seitens der verschiedenen Mächte auf die Formulierung der Deutschlandpolitik nach 1945. Diesen Eindruck gewinnt man, wenn man jahrelang in Archiven etwa des Auslandes arbeitet. Dann kriegt man eine andere Perspektive, wie sich diese Politik konstituiert hat. Ich werde das auch hier an einem Beispiel deutlich machen. Wenn Sie sich die Dokumente zur Deutschlandpolitik anschauen, dann werden Sie vor jeder Wahl ein Sofortprogramm zur Wiedervereinigung Deutschlands entdecken, dann wird es heiß. Die Wahl steht vor der Tür. So war es auch 1956 beispielsweise. Ein Sofortprogramm wird beschlossen, damals von der CDU, zur Wiedervereinigung Deutschlands. Was passiert? Das hat natürlich auch Wirkungen auf das Ausland. Folglich gibt es, etwa im Public Record Office, einen dicken Quellenband von Anfragen von britischen Administrationen und Botschaften aus aller Welt: Wie sollen wir denn nun eigentlich damit umgehen, mit dieser neuen Forderung aus Deutschland, ein Sofortprogramm zur Wiedervereingung? Ist das die neue Politik? Ist die nun abgestimmt mit den westlichen Alliierten? Und und und...? Mit anderen Worten, hier baut sich etwas im Ausland auf, was nicht so nachvollzogen werden kann, weil die innenpolitische Funktion eines solchen Vorgehens nicht erkannt wird. Was passiert dann? Das wird dann wieder interessant. Wenn sie in den Archiven arbeiten, dann entdecken sie plötzlich einen bekannten Namen, etwa Wilhelm G. Grewe, einer von vielen Emissären, die dann auf den Weg geschickt werden, um nun wiederum in den westlichen Hauptstädten beruhigend zu wirken und zu sagen: Also liebe Leute, das ist alles gar nicht so ernst gemeint, wir müssen Wahlkampf machen, wir müssen die Wahl gewinnen. Herr Grewe wird losgeschickt, auch wiederum im Auftrag des Kanzlers – ich kann natürlich nicht die Original-Dokumente des Kanzlers zitieren, die habe

ich nicht, die gibt es ja auch verständlicherweise nicht, er wäre sicherlich gut beraten gewesen, das nicht schriftlich zu fixieren. Der Niederschlag in den britischen Akten sieht dann jedenfalls so aus: „Die Deutschen hätten nicht die Absicht, in direkte Verhandlungen mit den Russen einzutreten“, sagt Grewe, „sondern seien lediglich der Meinung, daß es angebracht sei, den Austausch von Noten bis zum Zeitpunkt der Bundestagswahlen fortzusetzen, um den Eindruck zu erwecken, daß die Regierung aktiv die Wiedervereinigung betreibe.“ Sehen Sie, das ist genau der Punkt. Hier können Sie die operative Politik analysieren auf der einen Seite, und sie haben auf der anderen Seite diese heeren Deklamationen und auch die Kerzenlichter in den Fenstern für unsere armen Brüder und Schwestern im Osten.

Mein Anliegen ist, deutlich zu machen, daß zwischen der Ideologie und der operativen Politik sich eine immer größere Kluft auftat. Es wurde besonders problematisch im Jahre 1955, weil da das eigentliche Ziel der Adenauerschen Politik, die Westintegration, erreicht war. Und ab da ging es in der Tat nur noch in die Defensive, Stichwort Hallstein-Doktrin. Diese war eine defensive Antwort auf die jetzt sehr viel mehr in die Offensive übergehende sowjetische Deutschlandpolitik. Mit anderen Worten, da war eigentlich das, was Adenauer geleistet hat, abgeschlossen, und ab 1955 begann im Grunde der Prozeß der Verteidigung des Status quo. In diesem Zusammenhang ist ja auch nicht uninteressant, einen Blick auf die verschiedenen Initiativen zu werfen, die dann 1958, Österreich-Lösung, Globke-Plan und Burgfriedens-Angebot hier schon zitiert worden sind. Schauen Sie sich doch diese Initiativen einmal an. Was haben sie alle gemeinsam? Sie haben alle die Anerkennung des Status quo gemeinsam, die Anerkennung des Status quo plus Vorleistung der Sowjetunion. Das ist jetzt der ganz entscheidende Punkt. Wie macht man denn Politik, indem man die eine Seite, unabhängig davon, wie ich sie moralisch bewerte, machtpolitisch in die Knie zwingt und sagt: Ich stelle aber die Forderung so hoch, daß ich sicher gehen kann, die andere Seite kann ohne Gesichtsverlust diese Forderung nicht erfüllen. So ist Deutschlandpolitik betrieben worden. Mit dem Ergebnis, daß sich eben nichts bewegt hat in dieser Politik. Deshalb eben meine von mir so nachdrücklich erhobene Forderung, zwischen operativer und deklamatorischer Politik zu unterscheiden.

Friedensvertragsvorbehalt und Offenhalten der Deutschen Frage. Auch hier sieht das natürlich ein bißchen anders aus. Ich kann das vielleicht im Zusammenhang mit der Frage nach der Oder-Neiße-Grenze beantworten. 1951 hat Adenauer auf dem Vertriebenentag in Hannover eine Rede gehalten, wo er den Eindruck erweckte, daß die Westintegration, insbesondere die Wiederbewaffnung, Voraussetzung für die Wiedereroberung der Ostgebiete sei. Daraufhin ist er also ganz fürchterlich zurechtgewiesen worden von den Drei Hohen Kommissaren. Sie bestellten Adenauer nach Mehlem und sagten ihm: In all unseren Gesprächen, die wir bislang mit Ihnen und auf welcher

Ebene der Politik in Deutschland auch immer geführt haben, sind wir immer davon ausgegangen, daß Deutschland nur ein Deutschland ist in den Grenzen westlich von Oder und Neiße und den Westgrenzen. Also mit anderen Worten, die Frage der Oder-Neiße ist ab 1951 tabu. Entscheidend an diesem Punkt ist, und da komme ich auf den Friedensvertragsvorbehalt, daß man lange überlegt hat: Wie lösen wir a) dieses Problem, daß Adenauer und auch die Westmächte der Meinung sind, die Oder-Neiße-Gebiete gehören nicht mehr zum territorialen Bestand Deutschlands, und b) wie lösen wir das Problem einer künftigen Wiedervereinigung im Rahmen eines Deutschlandvertrages? Da ist man, erst nach langen Beratungen, auf die Idee gekommem, wir nennen das Ganze gar nicht so, indem wir die Grenzen exakt beschreiben, zumal man ja im Westen auch noch einige Probleme hatte, sondern wir rekurrieren wieder auf die Friedensvertragsvorbehaltsformel, und damit ist im Grunde alles vom Tisch. Jeder kann im Grunde das denken, was er denken möchte. Wir legen uns in keiner Weise fest. Das ist das Entscheidende daran. Und darin unterscheiden wir uns, wenn wir kontrovers diskutieren. Ich beurteile genau exakt diesen operativen Prozeß und den Prozeß der Politikbildung, der Entscheidungsfindung. Und Sie gehen aus von heeren Deklamationen oder von Dokumenten, die öffentlich verkündet worden sind, und von daher ergibt sich natürlich ein Widerspruch.

Warum also das Ganze? Deshalb noch einmal die zentrale These wiederholt, die ich hier versuchte darzustellen: Es war einfach nicht möglich, die von mir auch sehr geschätzte Westintegration Westdeutschlands durchzusetzen angesichts der realen politischen Lage in Deutschland. Denn 13 Millionen waren ja aus dem Osten herübergekommen, und sie hatten natürlich ganz konkrete Hoffnungen, Wünsche und Erwartungen, was ihre Zukunft betraf. Selbstverständlich konnte man da nicht ohne weiteres auf eine solche Hoffnung verzichten, wenn man nicht Gefahr laufen wollte, bei der nächsten Wahl nicht wiedergewählt zu werden. Und die Umfragen zeigen ja, daß 60/70 % an irgendeine Form der Wiedervereinigung glaubten. Das war eben das, was man politisch pragmatisch nennt, man versteift sich weiter und hält die Forderung aufrecht, ohne aber im einzelnen konkret etwas dafür zu tun, damit diese Forderung auch umgesetzt wird, weil sie ja auch gar nicht so intendiert sein konnte, weil sie dann das gesamte Werk Konrad Adenauers aus den Fugen gehoben hätte.

Entscheidend ist bei dem von mir zitierten Dokument der historische Zusammenhang, denn 1955 geisterte der Geist von Genf durch die Lande. Alle Welt erwartete, nach Abschluß der Deutschlandverträge komme jetzt die Wiedervereinigung, denn das war doch immer gesagt worden. Daran glaubte man. Wir müssen erst gewissermaßen im Westen integriert sein, und dann können wir den nächsten Schritt tun, nämlich die deutschen Staaten wiedervereinigen, eine große Hoffnung. Es gab verschiedene Äußerungen auch

im politischen Rahmen. U.a. äußerte der stellvertretende Generalsekretär der NATO, Montgomery, daß durchaus eine Deutschlandlösung denkbar wäre, die gewissermaßen einen – „neutral“ hat er nicht gesagt – einen Status für Deutschland vorsehe, der Deutschland nicht verpflichte, Mitglied der NATO zu sein. Eine politische Äußerung, die im Rahmen war. Adenauer hat sich fürchterlich darüber geärgert. Ähnliche Gedankenspiele wurden angestellt auf den Fluren der Genfer Gipfelkonferenz. Hier waren vor allem die Briten besonders aktiv, weil sie sagten: Irgendwie müssen wir jetzt vorwärtskommem, um die Initiative zu behalten. Das ist genau der Punkt, deshalb finde ich die These sehr gut, daß man sagt, 1955 geriet man in die Defensive. Das trifft tatsächlich zu. Um die Initiative zu behalten, müssen wir auf das Drängen der Sowjets nach Abschluß eines Sicherheitsvertrages in Europa eingehen und gleichzeitig diesen dringenden Wunsch für uns instrumentalisieren und über die Frage der Wiederherstellung der deutschen Einheit verhandeln. Wenn ich dann so ein Dokument finde und darin steht, daß Adenauer alle diese westlichen Forderungen, die ja immer erhoben worden sind, gar nicht mehr für so wichtig hält, sondern einfach sagt, die Westintegration ist wichtiger, dann kann man doch nicht sagen, daß Westintegrationspolitik Wiedervereinigungspolitik war. Von daher denke ich, ist dieses Dokument sehr wohl quellenkritisch analysiert, und in seiner Aussage im Kontext ist es der Tupf auf dem i der Analyse der Adenauerschen Deutschlandpolitik.

Zur Frage der Wirkung. Das ist in der Tat ein Problem, und ich denke, da müssen wir auch noch sehr viel machen. Auch da gibt es übrigens in ausländischen Archiven eine ganze Reihe interessanter Berichte dazu. In England sind regelmäßig Stimmungsberichte angefertigt worden über die Lage in Berlin und in der Sowjetisch Besetzten Zone, die durchaus einen gewissen Aussagewert haben können. Aber entscheidend ist, und da wird es ein bißchen problematisch für mich bei der Beurteilung der Adenauerschen Deutschlandpolitik, daß das, was man immer wieder deklamiert hat, von den Leuten natürlich auch geglaubt wurde, zumal sie ja dann daraufhin gehofft haben. Und wenn dieses jetzt durch die Politik immer wieder bestärkt wird und gleichzeitig aber immer genau das Gegenteil getan wird, teilweise ist es zeitgleich, wenn öffentliche Reden gehalten wurden, auch von Adenauer, und sie finden genau vom gleichen Tag im britischen Staatsarchiv ein Dokument, das genau das Gegenteil davon ausdrückt, dann merkt man schon die Diskrepanz zwischen der operativen und der deklamatorischen Deutschlandpolitik. Und da ist sicherlich der Vorwurf anzubringen, daß Adenauer nicht mehr die Kraft gehabt hat, gewissermaßen den Deutschen ihre Illusion zu nehmen mit Blick auf sein weststaatliches Konzept, was er durchsetzen wollte. Diese Kraft hat er nicht mehr besessen, und wir haben ja auch dafür ganz schön bitter bezahlen müssen. Es wäre interessant aufzulisten, gerade wo wir heute sehr viel über die Kosten des

Umzugs nach Berlin reden, um etwa die Kosten der Hallstein-Doktrin zu ermitteln. Was man alles tun mußte, um andere Länder davon abzuhalten, die DDR anzuerkennen.

**Einwurf Abg. Koschyk (CDU/CSU):** Wenn Sie noch einen Satz zu Herrn Heitmann sagen, damit der Rundumschlag komplett ist.

**Stellv. Vorsitzende Margot von Renesse:** Vielleicht ist es so, daß Sie zu Ende sprechen, aber daß dann Herr Koschyk auch die Möglichkeit zu reden hat. Ich finde, das ist ein Gebot der Fairness, weil es deutlich ist, daß das irgendwo als verletzend empfunden wird, so daß er da noch eine Gegenäußerung machen kann. Jetzt, würde ich sagen, spricht Herr Foschepoth zu Ende.

**Dr. Josef Foschepoth:** Ich finde es für die Entwicklung unserer Demokratie etwas problematisch, daß, wenn jemand eine unabhängige Position wissenschaftlich begründet, man immer glaubt, ihn irgendwo parteipolitisch einvernehmen zu müssen. Diese Denkmuster sind passé. – Ich bin zu Ende.

**Stellv. Vorsitzende Margot von Renesse:** Jetzt ist Herr Wettig an der Reihe. Wir werden dann zusehen, was wir mit den restlichen Wortmeldungen machen, immer die Uhr sehr fest im Auge habend.

**Priv. Doz. Dr. Gerhard Wettig:** Ich möchte zunächst Bezug nehmen auf zwei Aussagen von Herrn Möller bezüglich der Gesamtdeutschen Volkspartei. Er hat in Frage gestellt, ob die von dieser Seite formulierte Alternative zu Adenauers Kurs überhaupt politikfähig gewesen sei. Er hat davon gesprochen, daß weder die Bevölkerung der Bundesrepublik noch die westlichen Regierungen dahinterstanden, und dann die Wendung gebraucht, die Gesamtdeutsche Volkspartei habe die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Ich möchte dies nachdrücklich unterstreichen, und zwar auch im Blick auf das andere Bein, auf dem diese Partei zu stehen versuchte. Die Politik dieser Partei setzte nämlich voraus, daß es mit Moskau eine Übereinkunft über ein demokratisches Gesamtdeutschland geben könnte und daß man die zur Erzielung dieser Übereinkunft geeignete Gruppierung sei. Genau an diesem Punkt wurde eine in doppelter Hinsicht falsche Rechnung aufgemacht. Die sowjetische Führung war zum einen nicht bereit, in irgendeiner Weise Entgegenkommen bezüglich einer demokratischen Wiedervereinigung zu zeigen. Zum zweiten war sie auch nicht bereit, die Gesamtdeutsche Volkspartei, wenn sie sich zu einer politischen Kraft in der Bundesrepublik entwickelt hätte, als Partner bei der Wiedervereinigung zu akzeptieren. Sie wollte vielmehr diese Partei politisch demontieren, um das Wasser auf die Mühlen der KPD umzuleiten. Ich glaube, das ist ein für die damalige Innenpolitik der Bundesrepublik sehr interessanter Tatbestand und zugleich ein sehr interessanter Tatbestand für die Art, wie Stalin damals Politik gemacht hat. Das ist der erste Punkt, zu dem ich gefragt worden bin.

Mit dem zweiten Punkt komme ich zu Ihnen, Herr Jacobsen. Ich möchte voll bestätigen, daß es während der ganzen 40 Jahre von 1949 bis 1989 keine

Chance der freiheitlichen Wiedervereinigung, unter welchen Voraussetzungen auch immer, gegeben hat. Allerdings, einen ganz minimalen Vorbehalt bringe ich insoweit an, als bezüglich der Politik Berijas ein gewisser Ungewißheitsfaktor besteht, der noch nicht voll aufgeklärt ist. Dabei muß man hinzufügen, daß diese Ungewißheit eine vernachlässigenswerte historische Größe insofern ist, als Berija gar nicht bis zu dem Punkt gekommem ist, wo er hätte zeigen können, was seine Absicht wirklich war. Das heißt, es handelte sich allenfalls nur um eine theoretische Möglichkeit, weil der sowjetische Akteur, der diese Option vielleicht wahrnehmen wollte, sich gar nicht erst die Gelegenheit zu schaffen verstand, die Deutschlandpolitik der Sowjetunion zu gestalten. Daher hat es die Chance zu der möglicherweise von Berija ins Auge gefaßten demokratischen Wiedervereinigung praktisch nicht gegeben.

Das bringt mich zu der Bemerkung von Ihnen, Herr Faulenbach, als Sie von den zwei Linien der sowjetischen Deutschlandpolitik gesprochen haben. Ich möchte dieser Auffassung nachdrücklich widersprechen. Es wird gelegentlich die Hypothese aufgestellt, daß eine auf demokratische Wiedervereinigung ausgerichtete Berija-Politik bereits seit langem neben dem auf Teilung abgestellten Kurs formuliert gewesen sei, auch wenn sie erst im Jahre 1953 sichtbar geworden sei. Auch unter der Voraussetzung, daß es 1953 überhaupt die Berija-Alternative zur bisherigen sowjetischen Deutschlandpolitik tatsächlich gegeben hat, ist die These einer schon lange zeitlich zurückzuverfolgenden Linie nicht haltbar. Nicht haltbar zum einen darum, weil Berija in den Spätzeiten Stalins auf der politischen Abschußliste stand, also gar nicht in der Lage war, irgendetwas zu machen. Es wäre zudem selbstmörderisch für ihn gewesen, irgendeine Abweichung von der amtlichen Politik mit irgendjemandem zu diskutieren, geschweige denn entsprechende Vorkehrungen zu treffen. Auch unter Absehung von dem persönlichen Risiko, das Berija ohne jede Erfolgsaussicht eingegangen wäre, war es völlig unvorstellbar unter einer so sehr auf absolute, ja gottgleiche Richtigkeit und Ausschließlichkeit bedachte Diktatorpersönlichkeit wie der Stalins (was im Lichte der jetzt verfügbar gewordenen Dokumente noch deutlicher wird als zuvor), daß sich ein sowjetischer Funktionär von den Vorgaben des obersten Führers entfernt hätte.

Damit bin ich bei den Fragen, die Herr Soell formuliert hat. Er hat als Hypothese in den Raum gestellt, daß die Außenministeriumsakten möglicherweise für die innere Meinungsbildung im Kreml nicht ausschlaggebend gewesen seien. Ich bestreite das radikal – und zwar aus zwei Gründen, die sich aufgrund der Quellenbefunde ergeben. Der eine Grund ist, daß es in den Spätzeiten von Stalin überhaupt keine kollektive Meinungsbildung in Moskau über das politische Vorgehen gegeben hat. Es hat – das ist auch eine neue Feststellung – nur ganz wenige Sitzungen des Politbüros in dieser Zeit gegeben, und diese Sitzungen des Politbüros haben sich nicht mit politischen Problemen befaßt,

sondern mit Kaderfragen. Es ging also nicht um grundsätzliche Themen wie Deutschland- und Jugoslawienpolitik oder um die gegenüber den USA einzuschlagende Linie. Diese Dinge sind überhaupt nicht diskutiert worden. Sie wurden in einem einzigen Kopf entschieden, in dem von Stalin. Das ist der eine Punkt, auf den ich hinweisen will.

Der zweite Punkt ist: Wir haben es bei der Entstehungsgeschichte der Note vom 10. März 1952 mit einem Prozeß zu tun, der ganz klar im Außenministerium initiiert und dann bis zu einem gewissen Reifegrad ausschließlich dort fortgeführt worden ist. Möglich war das Zustandekommen eines Anstoßes auf einer ziemlich subalternen Entscheidungsebene, weil es sich nicht um die Anbahnung einer veränderten Politik, sondern um einen bloßen Exekutionsakt im Rahmen einer längst festgelegten Politik handelte. Es gab in dem so eingeleiteten Notenformulierungsprozeß zunächst keine Meinungsbildung außerhalb des Außenministeriums. Die Meinungsbildung ist erst in dem Moment aus dem Schatten des Außenministeriums hinausgetreten, als Gromyko – der offensichtlich in Deutschlandfragen für die Kontakte des Außenministeriums zu Stalin zuständig war, womit er also schon damals eine sehr wichtige Position besaß – die zu einem gewissen Abschluß gebrachte Ausarbeitung über die anvisierte Vorgehensmodalität als Anregung des Außenministeriums mit erläuternden Begründungen usw. Stalin zuleitete und Stalin sein grundsätzliches Plazet gab. Die Entstehungsgeschichte der Note läßt nicht nur deutlich werden, daß sich hier die Meinungsbildung zunächst im Außenministerium vollzog und anschließend, wie in Politikfragen üblich, durch eine Stalin-Entscheidung offizielle Politik wurde. Der Befund, daß hier eine politische Initiative von unten nach oben und nicht von oben nach unten ging, macht noch ein weiteres klar. Es handelte sich nicht um eine grundlegende politsche Entscheidung, sondern nur um eine Entscheidung darüber, wie eine längst festgelegte Politik am besten umzusetzen war. Wenn es um mehr, also eine politische Neuorientierung gegangen wäre, hätte niemals das Außenministerium die Initiative ergreifen können. Es wäre eine völlig undenkbare und im übrigen eine geradezu suizidale Eigenmächtigkeit gewesen, dem großen Führer einen Vorschlag in einer politischen Grundsatzfrage zu unterbreiten. Wenn es es sich daher um eine Sache handelte, die vom Außenministerium ausging und von dort Stalin zugeleitet wurde, hieß dies, daß nicht mehr als eine operativ implementierende Entscheidung zur Diskussion stand. Das ist ganz wichtig für die Beurteilung der Note: Eine Abweichung von der bis dahin verfolgten politischen Linie war von vornherein ausgeschlossen.

Herr Soell hat weiterhin die Frage gestellt, ob die fehlgreifende Lagebeurteilung in Moskau nicht durch Suggestionen der deutschen Kommunisten hervorgerufen worden seien. Ich weiß nun nicht genau, ob er die SED meint oder die KPD oder beide. Für meine Antwort ist dies aber von geringer Bedeutung. Nachdem ich inzwischen noch weitere Forschungen im Archiv

des russischen Außenministeriums angestellt habe, sehe ich ganz deutlich, daß für die sowjetischen Überlegungen und Entscheidungen nichts anderes zählte als die Perzeptions- und Verhaltensmuster, die damals in Moskau üblich waren. Die SED war bei Dingen größerer Bedeutung überhaupt nicht in der Lage, der sowjetischen Seite Vorschläge zu unterbreiten. Vielmehr wurde den Politikern in Ost-Berlin alles bis hin zu dem Wortlaut von Verlautbarungen und Grundsatzreden (die dann zur Richtschnur für die weiteren Stellungnahmen wurden) wortwörtlich vorgeschrieben. Als die DDR-Regierung 1949 gebildet wurde, gingen auch die Listen mit den Namen der Minister und Staatssekretäre über die SMAD zur Prüfung und Billigung nach Moskau. Als Antwort hieß es dann nach einer sehr genauen Beurteilung der einzelnen Persönlichkeiten schließlich: Na ja, insgesamt ist die Liste in Ordnung. Es gab durchgängige Kontrollen von oben nach unten, also von Moskau über Ost-Berlin zu allem Übrigen, etwa zur KPD. Die KPD hat zum Teil unmittelbar von der SMAD bzw. später von der Sowjetischen Kontrollkommission – ich habe darüber weitere Recherchen gemacht – ihre Anweisungen erhalten und teilweise auch mittelbar durch Einschaltung der SED. Daß die SED oder gar westdeutsche Kommunisten ihrerseits Anregungen zur Veränderung der sowjetischen Politik nach Moskau hätten geben können, ist für die Stalinzeit völlig auszuschließen. So waren die Herrschaftsverhältnisse nicht.

Herr Soell hat weiterhin angesprochen, daß aus sowjetischer Sicht die Kombination von deutschen Soldaten und NATO sehr bedrohlich geschienen haben müsse. Sicherlich, das suchte Moskau zu verhindern. Die Frage ist nur: Was war die Alternative? Gab es in Stalins Vorstellung eine günstigere Alternative? Es läßt sich heute klar sagen, daß die DDR für die Sowjetunion als Bastion in Deutschland einen ungeheuren Wert gehabt hat. Lesen Sie nur jenes seit langem publizierte Telegramm Stalins, das er wenige Tage nach der DDR-Gründung an die DDR-Führung gerichtet hat. Darin führt der sowjetische Führer aus, das Zusammengehen Rußlands mit Deutschland bzw., genau gesagt, mit dem demokratischen und friedliebenden Deutschland, als dessen Repräsentant und Anfang er die DDR ansah, sei von entscheidender Bedeutung für die gesamte europäische Geschichte. Von nun an würden die Entwicklungen auf dem Kontinent nicht mehr zuungunsten der UdSSR verlaufen, weil das nunmehr begründete, friedliebende und demokratische Deutschland künftig der UdSSR zur Seite stehen werde. Das illustriert, wie wenig die Idee Stalins Denkmustern entsprach, er könne sich vielleicht durch eine Preisgabe der DDR einen Vorteil verschaffen.

Schließlich noch ein Wort zu der Vorstellung, daß Stalin eine Spaltung des Kapitalismus mittels einer freiheitlichen Wiedervereinigung Deutschlands im Sinn gehabt habe. Diese Vorstellung geht zurück auf eine Rede, die Stalin auf dem 19. Parteitag der KPdSU im Oktober 1952 gehalten hat, wo er davon gesprochen hat, daß es innerhalb des Imperialismus – er

hat nicht vom Kapitalismus gesprochen, sondern vom Imperialismus – immer wieder Spaltungstendenzen gebe, die man nutzen müsse. Daraus ist nun – auf dem Wege reiner Spekulation – die These abgeleitet worden: Wenn Stalin auf Differenzierung und Spaltung innerhalb des westlichen Lagers abgestellt habe, müsse er versucht haben, die Westdeutschen mit dem Wiedervereinigungköder auf seine Seite zu ziehen. Diese Konklusion überzeugt nicht. Stalin sprach in seiner Parteitagsrede ausdrücklich von Westdeutschland. Damit schloß er den Bezug auf ein wiedervereinigtes Gesamtdeutschland schon durch die verwendete Formulierung aus. Was er vortrug, war seine jahrzehntealte generelle Vorstellung, daß früher oder später im westlichen bzw. „imperialistischen" Lager Spaltungstendenzen auftreten würden, die man dann ausnutzen könne und müsse. Eine Bestätigung für die Richtigkeit dieses Lehrsatzes war für ihn beispielsweise die internationale Konstellation vor dem Zweiten Weltkrieg, die es ihm 1939 erlaubt hatte, die Spaltung zwischen Hitler und den Westmächten für seine Zwecke zu nutzen. Dieses Spiel, so meinte er, lasse sich auch künftig wiederholen. Nur hatten sich die Bedingungen seither verändert. Der sowjetische Führer sah nicht, daß eine Politik, die den Deutschen nichts Substantielles zu geben bereit war, wie insbesondere eine freiheitliche Wiedervereinigung, dem ideologisch gemutmaßten, aber durch die Entwicklung seit 1945 nicht bestätigten Trend zum deutsch-westlichen Zwist kaum zu fördern geeignet war. Dies gehört mit zu den Wahrnehmungsfehlern, die ich in den Dokumenten festgestellt habe und die Stalins Politik letztlich zur Erfolglosigkeit verurteilt haben. Denn der sowjetische Führer hat ja auch noch weitere Wahrnehmungs- oder Perzeptionsfehler gehabt, die ihn bei allen Erfolgen im einzelnen insgesamt mit seinen anitwestlichen Bemühungen scheitern ließen.

Noch eine Bemerkung zu Herrn Faulenbach. Sie meinten, nach allem, was bis jetzt ans Licht gekommen sei, könne man sich aber noch kein endgültiges Bild machen. Man müsse noch weitere Dokumente abwarten usw., bis wirklich ein Urteil möglich sei. Auch ich bin der Meinung, daß es noch viele weitere Dokumente im Laufe der Zeit geben wird und daß wir natürlich noch viel Neues darin finden werden. Was die Note vom 10. März 1952 betrifft, sind glücklicherweise die von mir eingesehenen Dokumente auf die in diesem Zusammenhang zentrale Ereignis- und Geschehnisfolge bezogen. Und darum glaube ich, daß zentrale Feststellungen, die aufgrund dieser Dokumente getroffen worden sind, künftig nicht entwertet werden durch zusätzliche Dokumente, die wir zweifellos noch bekommen. Wir werden sicherlich ein vollständigeres Bild erhalten und manches noch besser verstehen, wo wir jetzt noch sagen: Wie konnte das eigentlich sein, und wie ging das nur?

Zuletzt noch eine methodische Bemerkung zu Ihnen, Herr Foschepoth, obwohl das eigentlich nicht mein Arbeitsgebiet ist. Sie haben sich zu Adenauers Deutschlandpolitik geäußert. Wenn ich recht verstanden habe, war Ihre

Logik etwa die: Adenauer habe sich im Blick auf die nächsten Wahlen ein kurzfristiges Wiedervereinigungsimage zu schaffen gesucht. Wenn das so sei, beweise das, daß der erste Bundeskanzler das Thema Wiedervereinigung nur kurzfristig und mit einem gewissen Augenzwinkern in den Blick genommen habe mit dem ausschließlichen Ziel, es für innenpolitische Zwecke zu instrumentalisieren. Demzufolge könne er langfristig nicht, wie das Hans-Peter Schwarz glaube, die Wiedervereinigung angestrebt haben. Ich meine, dies ist ein Schluß, der nicht logisch ist. Man kann doch durchaus so tun, als würde man an eine baldige Wiedervereinigung glauben, während man weiß, daß dies nicht so rasch geht, um damit innenpolitische Zwecke zu erreichen, ohne daß dies notwendigerweise ausschlösse, daß man die Wiedervereinigung langfristig erwartet und anstrebt.

**Stellv. Vorsitzende Margot von Renesse:** Vielen Dank. Wir haben noch vier Wortmeldungen. Darf ich zunächst Herrn Büttner bitten.

**Abg. Büttner (CDU/CSU):** Herr Foschepoth, einige Thesen haben mich in der Tat sehr betroffen gemacht, insbesondere die: Waren die Deutschen, respektive die Westdeutschen, jemals bereit, einen Preis für die Wiederherstellung der Einheit ihres durch eigenes Verschulden geteilten Landes zu zahlen? Das ist hier heute noch nicht kommentiert worden, ich will es nur mit einem Satz tun. Ich denke, das eigene Verschulden ist hier wirklich zu relativieren. Es waren zunächst einmal die Siegermächte, die dieses Land geteilt haben und nicht die Deutschen.

Zweiter Punkt: Politik der Stärke. Sie haben deutlich gemacht: Nicht die Politik der Entspannung, sondern die Politik der Stärke hat die Etablierung und Festigung des sogenannten Ostblocks auf Jahrzehnte gefördert. Ich darf die Frage daran knüpfen, woher Sie die Belege nehmen, daß nicht gerade auch die Politik der Stärke zur Auflösung des Ostblocks beigetragen hat. Was ist denn mit der Reaganschen Politik, mit der Wirkung im militärischen, im ökonomischen Bereich? Was ist mit dem Festhalten an bestimmten Dingen, die auch Teil der Politik der Stärke waren, keine Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft z. B., keine Konvergenz, Festhalten nicht nur am Status quo, sondern auch an der Bereitschaft, die Grenzen friedlich zu überwinden? All das sind doch Punkte, wo Sie zumindest Belege bringen müssen. Ich sehe bei Ihnen keinen einzigen Beleg, der diese These stützt.

Ein dritter Bereich: Magnetfunktion, im Zusammenhang mit Schumacher und Adenauer angesprochen. Gibt es denn keinen größeren Beweis für die Magnetfunktion, die dieser Staat dann mittlerweise auf westlicher Seite entwickelt hat, als den Mauerbau? Denn er war aus der Sicht der DDR doch nötig gewesen, und da spielt ja auch die Frage nach Attraktivität hinein, die vorhin von Herrn Meckel angesprochen worden ist. Bis 1961 sind immerhin 3 Mio. Menschen von dem einem Teil Deutschlands in den anderen gekommen. Ab 1961 war es etwas schwieriger herüberzukommem, aber es waren ja

dann auch noch Tausende, Zehntausende, die diesen Weg letztendlich gewählt haben. Die Magnetfunktion war doch wohl sehr deutlich vorhanden, ebenso der Konsens. Es ist darauf hingewiesen worden, daß die demokratischen Parteien über zwei Jahrzehnte einen Grundkonsens hatten, wie sie zur Frage von Diktaturen, von totalitären Systemen standen. Aber man muß natürlich auch die Ausfransungen in den 70er Jahren sehen, als Teile dieser Parteien, insbesondere der Jugendorganisationen, diesen Grundkonsens aufgekündigt haben und heute veritable Ministerpräsidenten stellen. Das sind Punkte, die wir heute nur gestreift haben. Ich denke, wir werden Gelegenheit haben, sie noch zu vertiefen. Aber zur Frage „Politik der Stärke“ und deren Beurteilung, da würde ich gerne noch ein Wort hören.

**Stellv. Vorsitzende Margot von Renesse:** Bitte Herr Jork.

**Abg. Dr. Jork (CDU/CSU):** Anlaß für meine Wortmeldung war eigentlich das, was Herr Meckel sagte. Er sprach ja als einer aus den neuen Bundesländern bzw. der DDR. Ansatzpunkte finde ich auch zu dem, was Sie, Herr Foschepoth, sagten. Mir geht es eigentlich im wesentlichen erst einmal um die Aussage, daß sich die Menschen im Osten alleingelassen fühlten. Ich kann diesen Standpunkt in keiner Weise akzeptieren und möchte hier widersprechen. Sicher werde ich hier ein paar subjektive Eindrücke wiedergeben. Aber immerhin habe ich ja von der Lehre bis zur Berufsausübung 25 Jahre in der Industrie gearbeitet und habe da vielleicht, auch in Anbetracht meines Alters, doch eine Rechtfertigung. Wer fühlte sich denn auf welcher Ebene wann alleingelassen? Wenn man so etwas pauschal sagt, müßte man das schon klären. Das ist historisch zu sehen. Das ist auch auf die Lebensbereiche bezogen zu sehen. Das betrifft die Erfahrung, die wir auch hier von den einzelnen hören. Wenn ich das so ganz allgemein sage, kommt mir das schon sehr geprägt durch ein Selbstbewußtsein, das in Frage zu stellen ist, vor.

Aus meiner Sicht: Ich habe zwei Brüder, die vor der Mauer in den Westen gegangen sind. Sie waren vorher Repressionen ausgesetzt. Sie haben dort im Westen ihre Ausbildung genossen. Ich möchte schlaglichtartig an dieser Stelle sagen: Sie waren und wir waren nicht alleingelassen. Das war für mich meine Lebenspraxis. Ich sehe das auch im Kontakt z. B. mit der Kirche. Mein Bruder hatte direkt mit Niemöller zu tun, ehe er sich entschloß, nach dem Westen zu gehen.

Zweites Beispiel: Einer der Kommilitonen, mit denen ich am engsten zusammengearbeitet habe, kam 1966 beim Durchqueren der Elbe um. Ich habe mir nach der Einheit über Salzgitter die Unterlagen angeguckt und habe mit dem Rest seiner Familie Kontakt aufgenommem. Ich möchte auch hier wieder ganz plakativ sagen: Ich fühlte mich, die Familie fühlte sich in diesem Zusammenhang mit dem, was über Salzgitter festgehalten worden ist, nicht alleingelassen.

Ich fühlte mich natürlich auch nicht alleingelassen (und das hat mir die

Einsicht in die Stasi-Akte gezeigt) von genau den Leuten, die in dem Zusammenhang sehr wohl wußten, daß wir nicht alleingelassen waren und daß wir deshalb „liebevoll“ mit Druck durch die Staatssicherheit begleitet werden „mußten“. Das möchte ich doch ganz deutlich an dieser Stelle sagen, insbesondere Herrn Meckel, der ja aus dem Bereich der Kirche kommt und dort eine bestimmte eigene Ebene sieht, sicher zeitlich etwas später, als ich das sah.

Die Kirche hatte über Partnergemeinden, über die Bruderhilfe, die ja auch ebenso wie Pakete vom Staat steuerlich gestützt wurden, erhebliche Kontakte, die für die Menschen bei uns Ermutigung waren. Es war ja nicht alleine eine Frage des Staates – wenn auch mit staatlicher Förderung und Unterstützung –, es waren drei Bereiche, aus denen ich ableite, daß diese Aussage nach meiner Erfahrung absolut falsch ist. Es muß pragmatisch aus der Sicht der eigenen Erfahrung und auch aus der Sicht des Machbaren gesehen werden. Ich würde mich freuen, wenn wir noch einmal irgendwoanders Gelegenheit hätten, diese tatsächlichen Kontaktebenen und die Erfahrungswerte realistisch zu beurteilen, auch in dem Sinne, Herr Foschepoth, daß wir uns klar werden: Gibt es denn eine Differenz zwischen Deklamation und Politik? Das, was ich selbst erlebt habe, war für mich praktische Politik. Vielleicht genügen die Beispiele. Das hatte nichts mit Deklamation zu tun. Ich muß einräumen, daß ich kein Geschichtswissenschaftler bin. Ich bin Ingenieur, ich sehe das, wie ich das praktisch erlebt habe, und das lasse ich mir nicht ausreden.

**Stellv. Vorsitzende Margot von Renesse:** Vielen Dank, Herr Jork, für diese Stellungnahme aus betroffener Sicht. Jetzt hat Herr Weisskirchen das Wort.

**Abg. Prof. Weisskirchen (SPD):** Ich glaube, wir sollten uns vor der Versuchung hüten, im Blick zurück, retrospektiv schon zu erkennen, daß das Ende 1989 sozusagen zwangsläufig aus den Bedingungsfaktoren sich entwickelt hätte. Das hat mir der Tag jetzt sehr plastisch deutlich gemacht. Ich rede ganz persönlich aus dem, was ich gelernt habe, daß das nicht geht. Das Prokrustesbett unserer eigenen Überzeugungen, zu denen wir ja alle stehen, stehen müssen und auch wollen, bedeutet immer, daß dabei ein Stück der anderen Realität verlorengeht. Als jemand, der in den 50er/60er Jahren herangewachsen ist, habe ich natürlich die Adenauerzeit und das, was dann in den 60er Jahren kam, anders erlebt. Aber klar scheint mir auch zu sein, daß der Versuch der Westintegration und das, was damit dann auch faktisch stattgefunden hat, einer der entscheidenden Beiträge dafür gewesen ist, daß im Verlauf der 80er Jahre Bedingungen herangewachsen sind, die es überhaupt erst ermöglicht haben, daß dann nachher am Ende der 80er Jahre die Chance, die es dann gab, wahrgenommen werden konnte. Das ist ganz eindeutig, und man darf noch hinzufügen, das gilt auch umgekehrt, daß die Bedingungen, die in den 80er Jahren herangereift sind, sehr wohl auch etwas damit zu tun haben, daß die Veränderungen, die in den späten 60er Jahren und in den 70er

Jahren vorgenommen wurden – hin zu einer eher operativ formulierten und dann auch praktizierten Politik –, ebenfalls dazu beigetragen haben, um die Bedingungsfaktoren heranreifen zu lassen. Das soll jetzt nicht harmonisch, sozusagen im milden Blick zurück, melancholisch die Konturen verschleiern, das will ich nicht. Jedoch glaube ich, es sollte uns als Enquete-Kommission bei aller Kontroverse – und sie muß auch Kontroverse bleiben können, gleichgültig ob uns der wissenschaftlich erarbeitete Standpunkt paßt oder nicht – auch möglich sein, daß wir daraus eine Konsequenz ziehen. Wichtig erscheint mir, daß wir uns nicht sozusagen im nachhinein noch einmal in die Auseinandersetzungen begeben, die von vielen auch als Fallen verstanden worden sind, um es dann ungeheuer schwer zu haben, aus diesen Fallen wieder herauszukommen.

Ich will noch zwei zusätzliche Anmerkungen machen, die mir ganz wesentlich erscheinen. Unsere Kollegen aus der ehemaligen DDR müssen diese ganze Debatte als eine selbstreferentielle verstanden haben, die sozusagen immer nur die Kontroversen, die im Westen stattgefunden haben – aus welchen guten Gründen auch immer, sie waren ja in der Regel, wie auch immer man Adenauer oder auch Brandt hinterher bewerten mag, sie waren ja immer darauf gerichtet, daß die entgangene Freiheit oder die nicht realisierte Freiheit in der SBZ/DDR realisiert werden sollte, darauf kam es allen an, in unterschiedlichen Nuancen und in welchem Kontext man das auch immer interpretieren mag –, wiederholt. Aber sie müssen diese selbstreferentielle Debatte eigentlich auch als eine immer wiederkehrende Demütigung erfahren. Das ist ein Punkt, der mir jedenfalls in dieser Enquete-Kommission ungeheuer wichtig ist. In dem Moment, wo die Konzepte der Politik der 50er, der 60er, der 70er, der 80er Jahre nicht realisiert werden konnten und die Geduld der Menschen in der DDR es ihnen aus mehreren Gründen einfach nicht mehr zuließ, zu sagen, wir hören uns geduldig das an, daß die westliche Politik uns als Resonanzboden oder manchmal auch als Instrument benutzt, das reicht uns jetzt, wir wollen jetzt die Chance der Freiheit selber nutzen, passierte das Entscheidende. Was kann Politik dazu beitragen, daß die Chancen der Freiheit von Menschen verbessert werden, selber agieren zu können, selber handeln zu können? Das ist der entscheidende Punkt, auf den es ankommt. Ich finde, diesen Punkt sollten wir aufgrund der historischen Debatte für eine erweiterte Debatte nach vorne nutzen. Was kann Politik überhaupt tun, damit die Gestaltungsmöglichkeiten von Menschen so erweitert werden, daß sie selbst ihre eigene Sache in die Hand nehmen und Freiheit selbst realisieren können? Und wenn uns sozusagen die Fehler oder Mängel bei der Adenauerschen Konzeption oder bei der Brandtschen Konzeption zu richtigen Schlüssen verhelfen, dann, glaube ich, haben wir das Entscheidende geleistet, was die Enquete-Kommission leisten kann. Und, Herr Büttner, nur an diesem Punkt wollte ich es in Klammern hinzufügen, wir sitzen hier nicht deswegen,

weil 1945 etwas stattgefunden hat, sondern wir sitzen hier, weil 1933 etwas seinen Ausgang genommen hat, das dazu führte, daß dieses deutsche Land auseinandergerissen wurde. Und nur das ist der Teil an Schuld, den wir Deutsche, beide in Ost und in West, gemeinsam tragen.

**Stellv. Vorsitzende Margot von Renesse:** Fast bin ich versucht zu fragen, ob der Name „Weisskirchen" etwas mit weise zu tun hat. Jetzt ist Herr Fischer dran und dann Herr Koschyk.

**Sv. Prof. Dr. Alexander Fischer:** Eigentlich ein gutes Schlußwort, Herr Weisskirchen; wenn ich das gewußt hätte, hätte ich den Antrag gestellt, daß Sie erst nach mir sprechen. Ich kann das, was Sie sagen, sehr gut nachvollziehen und würde wünschen, daß wir diese Gedankengänge noch stärker in die Arbeit der Kommission einbringen. Wollen wir es mal auf beiden Seiten versuchen! Wobei die beiden genannten Zäsuren von 1933 und 1945 natürlich wieder Probleme aufwerfen, etwa im Hinblick auf die Folgen von 1918/19, um nur ein Stichwort zu nennen.

Aber ich will ganz kurz noch die eine oder andere Anmerkung loswerden. Ich möchte zunächst aus dem Stand des Sachverständigen in den Stand des Zeitzeugen überwechseln, veranlaßt durch eine Bemerkung von Herrn Meckel, aber auch durch Ausführungen von Ihnen, Herr Foschepoth. Herr Meckel sprach davon, Herr Jork hat schon darauf hingewiesen, daß sich die Leute in der DDR, damals sagte man noch Zone, 1953 von Adenauer im Stich gelassen gefühlt hätten. Ich kann das als Zeitzeuge, ich bin damals zwanzig Jahre alt gewesen, nicht nachvollziehen. Ich schließe aus dem jugendlichen Aussehen des Obmanns der SPD-Fraktion, daß er die Phase der 50er Jahre nicht bewußt miterlebt hat. Seinen Ausführungen ist zu widersprechen. Wenn ich mein Umfeld – Familie, Nachbarschaft, Kirche, Sport und Schule – bilanziere, dann würde ich sagen, daß das Ansehen Adenauers in den 50er Jahren ein außerordentlich hohes gewesen ist. Man hat sich von ihm nicht im Stich gelassen gefühlt, sondern man hat sehr deutlich gesehen, wo das Problem für eine Lösung der deutschen Frage – für eine Wiedervereinigung, sei sie damals diskutiert wurde – lag, nämlich in Moskau.

Damit komme ich zu Ihren Ausführungen, Herr Foschepoth. Sie hatten eben so ganz en passant den „Geist von Genf" 1955 erwähnt, von dem man die Wiedervereinigung erwartet habe. Das ist ein Trugschluß, den Sie möglicherweise aus den Akten ziehen. Ich glaube, die Bevölkerung in der DDR hat gerade die Genfer Konferenz sehr genau verfolgt; und sie hat sehr genau gesehen und von Chruschtschow auch vorgeführt bekommen, daß die Sowjetunion in der Wiedervereinigungsfrage nicht in die Offensive ging, sondern eher in die Defensive, nämlich mit der berühmten Rede von Chruschtschow in Ost-Berlin, in der der die Zwei-Staaten-Theorie vertrat. Ganz persönlich, ich will das nochmals als Zeitzeuge sagen, ist für mich diese Genfer Konferenz der Anlaß zu Resignation gewesen. Weil die Frage für uns

damals so lautete: Bleiben wir, oder müssen wir gehen? Ich betone: Oder **müssen** wir gehen? Wir haben uns damals gesagt: Es ist keine Chance mehr, die werden nicht nachgeben, wir müssen gehen.

Ich wäre auch ganz gerne noch einmal auf die Stalin-Note zu sprechen gekommen. Ich hätte auch ganz gerne den Appell meines Kollegen Mitter unterstützen wollen, nun endlich, so hat er ja gesagt, die Akten zu schließen. Aber, Herr Faulenbach, Sie haben das Beispiel geliefert: Offensichtlich sind Sie – ich nehme Sie jetzt als pars pro toto, einer bestimmten Richtung von Publizistik und Wissenschaft – nicht bereit, die Akten zu schließen, obwohl aus der Sicht der Osteuropawissenschaft schon lange belegt ist, daß es keine Chance gab. Aber dies wird nicht zur Kenntnis genommen. Nun hat Herr Wettig wieder eine ganze Menge Material herausgefischt. Nun heißt es schon wieder: Na, da müssen wir aber abwarten, vielleicht ist da ein ZK oder ein Politbüro oder dort oder da noch etwas. Es ist nichts, meine Damen und Herren! Übrigens auch schon vom Text der Note her gesehen. Wenn Sie sich ihren Wortlaut vornähmen, würden Sie nie auf die Idee kommen, da eine Chance zu sehen.

Wir kennen uns lange, Herr Foschepoth, und ich bin als Wissenschaftler so erzogen, Sie sicher auch, daß man zunächst einmal dem Kollegen zuhört. Ich habe das bei Ihnen nun über Jahre hinweg getan. Sie haben ihre Ergebnisse ja in den 80er Jahren herausgebracht, und ich habe sie mit Interesse gelesen. Ich will dazu zwei, drei Anmerkungen machen. Die eine geht eher in die methodische Richtung. Es ist das hier schon angesprochen worden, Herr Jacobsen hat darauf hingewiesen. Ich will es so verdeutlichen: Wenn ich jetzt, Herr Foschepoth, vielleicht von unserem Sekretär den Auftrag erhielte, eine Würdigung Ihrer Persönlichkeit für die „Kaderakten“ der Enquete-Kommission abzuliefern, und käme auf die Idee, ihr die Beurteilung Ihrer Klassenlehrerin aus dem 1. Schuljahr zugrunde zu legen, dann würden Sie wahrscheinlich sagen: Das ist zu wenig. Und ich denke, wenn Sie immer wieder auf die Aufzeichnungen von Kirkpatrick zurückgreifen und eben nicht das gesamte Umfeld berücksichtigen, dann ist mir das auch zu wenig. Dann kann ich Sie – entschuldigen Sie, wenn ich das so offen sage – eigentlich nicht ernst nehmen. Auch deswegen nicht, das ist nun noch ein bißchen gewichtiger, wenn Sie hier so tun, als habe es in den 50er Jahren eine aktive sowjetische Deutschlandpolitik überhaupt nicht gegeben. Sie rühren immer wieder in den Akten der Briten und der Deutschen und des Bundeskanzleramtes und sonstwo herum, aber Sie vernachlässigen, das ist mein Vorwurf an Sie, den Faktor Sowjetunion. Und solange Sie den nicht einbeziehen, kann ich Sie, so leid mir das tut, nicht ernst nehmen. Da fehlt etwas; das ist eine zu einseitige Sicht der Dinge und in gar keinem Fall überzeugend. Noch eine kleine Nachfrage: Sie haben in Ihren Ausführungen darauf hingewiesen, daß es Optionen, Handlungsspielräume etc. gegeben habe. Also ich denke schon,

daß Sie dann auch einmal einen Ton darüber sagen müssen, wo diese Optionen gelegen, wo diese Handlungsspielräume existiert haben sollen. Ich vermag sie, zugegebenermaßen unter besonderer Berücksichtigung der sowjetischen Deutschlandpolitik – und zwar nicht etwa erst der 50er, sondern schon der 40er Jahre – einfach nicht zu sehen.

**Stellv. Vorsitzende Margot von Renesse:** Herr Koschyk.

**Abg. Koschyk (CDU/CSU):** Mir geht es auch so. Es wäre am besten gewesen, Herr Weisskirchen, wenn Sie das Schlußwort gehabt hätten. Ich bin in der Tat auch der Meinung, daß das, was Sie gesagt haben, auch bedenkenswert für die Phase ist, in der wir jetzt auch die Schlußfolgerungen aus unserer Enquete-Kommissions- Arbeit ziehen müssen.

Ich möchte und muß trotzdem noch ein paar Anmerkungen zu dem machen, was Herr Foschepoth gesagt hat. Sie haben auf den Wiesbadener Parteitag der CDU 1988 und auf die Deutschlandpolitik dort abgehoben. Ich kann als CSU-Politiker vielleicht unbefangener über diesen Parteitag sprechen. Es war in der Tat so, daß es im Vorfeld im Februar 1988 ein Papier aus dem Adenauer-Haus gegeben hat. Es stammte von einem Referenten, der dieses Papier damals gemacht hat, das über den „Spiegel“ an die Öffentlichkeit gedrungen ist. Sie können, wenn Sie das heute hier in die Diskussion einführen, natürlich nicht ausblenden, welche monatelangen Diskussionen es dann im Vorfeld dieses Parteitages über die deutschlandpolitische Position gegeben hat und daß gerade Aussagen zum Ziel der Wiedervereinigung Deutschlands in das Papier des Wiesbadener Parteitages Eingang gefunden haben, in deren Mittelpunkt ein Adenauer-Zitat stand. Was Sie zu Reden der deutschlandpolitisch verantwortlichen Kabinettsmitglieder der Regierung Kohl/Genscher seit 1982 gesagt haben, und Sie haben ja die Reden von Frau Wilms angesprochen, dem wäre gegenüberzustellen, wie seit 1982 die Minister Barzel, Windelen und Wilms auch wieder deutschlandpolitische Reden, zunächst in den westlichen Hauptstädten und bewußt in den westlichen Hauptstädten, und dann in allen Hauptstädten der Europäischen Gemeinschaft gehalten haben, wie also die Deutschlandpolitik der Regierung Kohl/Genscher wieder auf außenpolitischer Bühne dargestellt und erläutert worden ist. Wenn Sie das Jahr 1989 und die Veranstaltungen der Bundesrepublik Deutschland zum 40jährigen Bestehen der Bundesrepublik Deutschland als Beleg nehmen wollen für den Status quo, dann muß ich sagen, schauen Sie sich bitte einmal an, welchen Beitrag das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen in diesem Jahr 1989 mit Veranstaltungen geleistet hat. Und es war sicher kein Zufall, daß aus diesem Grund, weil gerade dieses Bundesministerium deutlich gemacht hat, 40 Jahre Bundesrepublik Deutschland sind auch 40 Jahre lang deutsche Teilung mit dem Anspruch der Bundesrepublik Deutschland aus dem Grundgesetz heraus sie zu überwinden, die neben mir sitzende damalige Bundesministerin für innerdeutsche Beziehungen, Frau Wilms, am

9. November in Berlin gewesen ist, weil damals im Berliner Reichstag eine solche Veranstaltung des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen in Berlin stattgefunden hat.

Zur Oder-Neiße nur noch ein Satz. Daß alle Parteien in der Bundesrepublik Deutschland bis in die 60er Jahre hinein einen Konsens in dieser Frage gehabt haben, das ist doch auch unbestritten. Und es bringt doch nichts, jetzt eine Rede von Adenauer aus dem Jahr 1951 und dann die Reaktion der westlichen Alliierten darauf zu zitieren. Ich könnte Ihnen eine ganze Reihe sehr knackiger, scharfer Telegramme und Reden der Sozialdemokratie bis 1963/65 zu diesem Themenkomplex zitieren. Das war damals Gemeingut, man hat erkannt, und da gab es auch sehr schnell Konsens, daß diese Frage eben mit dem völkerrechtlichen Status Deutschlands – wie ich das vorhin ausgeführt habe – im Zusammenhang stand. Und man konnte nicht an der einen deutschen Staatsangehörigkeit festhalten, ohne den Gebietsstand als Ausgangspunkt für friedensvertragliche Regelungen mitzudenken. Darüber wird ja nächste Woche Herr Prof. Blumenwitz vor unserer Enquete-Kommission berichten.

Und jetzt im Sinne dessen, was der Herr Kollege Weisskirchen gesagt hat zum Gesamtergebnis deutschlandpolitischen Handelns in 40 Jahren Politik der Bundesrepublik Deutschland für die Überwindung der deutschen Teilung, nämlich daß die verschiedenen Phasen deutscher Nachkriegspolitik je ihren Anteil daran haben. Ich fand das, und damit möchte ich schließen, im Jahre 1989 sehr eindrucksvoll bestätigt. Ich denke an Helmut Kohls damalige Rede mit dem Zehn-Punkte-Programm. Eckhard Kuhn hat am 3. Oktober in einem sehr guten Filmbeitrag das alles noch einmal gerafft dargestellt, und da sieht man, wie im ganzen Haus – ich gehörte ihm damals nicht an – Beifall für diese Rede Kohls, für dieses Zehn-Punkte-Programm, gespendet wurde. Und die Entsprechung zur Rede Helmut Kohls im Bundestag, die habe ich damals als Gast gehört beim SPD-Parteitag, der von Bremen nach Berlin verlegt wurde, in der Rede von Willy Brandt. Da hat sich für mich in der Rede von Helmut Kohl und seinem Zehn-Punkte-Programm und in dem, was Willy Brandt damals auf dem SPD-Parteitag in Berlin gesagt hat, der Bogen geschlossen. Da habe ich den Konsens von 40 Jahren deutschlandpolitischen Handelns sehr deutlich gespürt, und ich muß sagen, auch gerade bei der Rede von Willy Brandt, mit großer innerer Bewegung.

**Stellv. Vorsitzende Margot von Renesse:** Der Bogen ist auch wieder geschlossen zu dem, was Herr Weisskirchen gesagt hat. Es ist meine Pflicht, die Sachverständigen zu fragen, ob es ihnen dringlich erscheint, noch etwas als Schlußwort zu sagen. Ich fange mit meinem Nachbarn zur Linken an, Herr Faulenbach.

**Dr. Bernd Faulenbach:** Es wird Gelegenheit sein, bei anderem Anlaß die Diskussion weiterzuführen. Ich würde nur gerne einen Satz noch sagen. Ich fände es gut, wenn sich alle Seiten, ich sage bewußt alle Seiten,

noch stärker als heute einer kritischen und selbstkritischen Aufarbeitung der Nachkriegsentwicklung, gerade auch im Hinblick auf die Auswirkungen westdeutscher Politik in der DDR, stellen würden.

Wir können hier die Diskussion nicht wieder eröffnen und fortsetzen. Es gibt in der Politik immer Wandlungen, das Reagieren auf veränderte Konstellationen, nicht nur im Falle Adenauers, sondern auch der SPD: Deren Deutschlandpläne, die vorgelegt und kurz darauf wieder zurückgezogen wurden, sind ein Indiz für das Suchen nach Lösungen. Das gilt also für alle. Man muß um der historischen Gerechtigkeit willen sagen: Wenn die SPD-Führung 1958–1960 einen Kurswechsel vorgenommen hat, dann ist das ja auch nicht zufällig gewesen, sondern resultierte aus der Einsicht in die verfestigte Konstellation, in der man politikfähig bleiben mußte.

Schließlich, Herr Foschepoth, es ist doch auch festzustellen, daß immerhin eine stabile Demokratie entstand, deren Prinzipien sich in 40 Jahren bewährt haben. Das haben die Deutschen im anderen Teil, in der DDR, auch so gesehen, sonst hätten sie 1989/90 nicht ihre Entscheidungen so gefällt, wie sie sie gefällt haben. Und vorher, als sie die Möglichkeit nicht hatten, haben Millionen mit den Füßen abgestimmt. Die Gesamtentwicklung ist mithin ambivalent.

**Stellv. Vorsitzende Margot von Renesse:** Herr Dr. Foschepoth, es wird mich sehr interessieren, wie jemand, der so oft auch kritisch angesprochen wurde, nun kurz reagiert.

**Dr. Josef Foschepoth:** Vielleicht auch von mir eine kurze biographische Anmerkung. Es steckt kein politisches Konzept dahinter, sondern es war für mich gewissermaßen ein Aha-Erlebnis, aus Londoner Perspektive einmal deutsche Politik studieren und analysieren zu können. Und daß ich auf diese Weise einen anderen Zugang dazu gewonnen habe, denke ich, ist aufgrund der unterschiedlichen Perspektive verständlich. Ich bin kein Spezialist für sowjetische Deutschlandpolitik, da will ich Ihnen überhaupt nicht den Rang streitig machen, Herr Fischer, sondern meine Aufgabe bestand einfach darin, die bis dahin unbekannten Entscheidungsmechanismen westlicher Politik aufzuarbeiten.

Bei dieser Gelegenheit wurde deutlich, wie eng Innen- und Außenpolitik verzahnt waren. Und das Faszinierende, was deutlich geworden ist, ist, daß Adenauer es geradezu bravourös verstanden hat, sich einen immer größeren Spielraum zu verschaffen, indem er die Innenpolitik gegen die Außenpolitik und umgekehrt ausgespielt hat. Das ist einfach faszinierend zu sehen, wenn ein Mann wie Adenauer auf Reisen geht und in Paris, Washington und London auftaucht und jeweils wird darüber berichtet, was er gemacht hat und was er auch jeweils bei den einzelnen Stationen ausgelassen hat, um sich jeweils auf den Partner im Westen entsprechend einzustellen. Daraus ergeben sich eben ganz bestimmte Konsequenzen. Er spielt sicherlich sehr oft mit dem Argument: Aber ich muß es ja für meine deutschen Zuhörer gewissermaßen

verkraftbar machen, wenn wir eine solche Vereinbarung treffen. Umgekehrt ist das Argument im Ausland immer das andere, daß man natürlich mit Blick auf die deutsche oder auswärtige Politik nur so und nicht anders handeln kann. Was mir hierbei aber wichtig ist, und da finden wir doch einen Konsens, ist, bei der Aufarbeitung der Geschichte beider deutscher Staaten, der gesamtdeutschen Geschichte, den dialektischen Wechselprozeß der westlichen und der östlichen Entwicklung stärker herauszuarbeiten, so wie wir es vielleicht bislang gemacht haben mit Blick auf den dialektischen Wechselprozeß zwischen westlicher und westdeutscher und ostdeutscher und östlicher Politik, jetzt hieraus ein Gesamtbild zu entwickeln und zu formulieren. Dann wird eben deutlich, und das ist ein Anliegen, was sehr sehr wichtig ist und auch vorgetragen werden sollte, welche Versäumnisse auf unserer Seite bestanden haben. Nicht in dem Sinne, daß es möglicherweise alles hätte anders gemacht werden können, aber daß wir uns doch immer sehr stark selber im Blick gehabt haben mit den Konsequenzen, die sich dann eben für den Nacheinigungsprozeß seit 1989 in Deutschland insgesamt ergeben. Hierzu zählt auch, und das ist ganz wichtig, die Frage: Welche Verantwortung haben die Deutschen an der Teilung selber gehabt? Ich denke, dazu ist schon das Notwendige gesagt worden, daß wir natürlich nicht bei dem Jahre 1945 anfangen können, sondern eben weiter zurück. Sonst wären die sowjetischen Truppen nicht auf deutschem Boden gewesen und hätten wir sicherlich die Probleme der Teilung nicht gehabt, wenn eben nicht die deutsche Wehrmacht nach Rußland eingefallen wäre und da auch nicht dieses entsetzliche Resultat von über 20 Millionen Toten hinterlassen hätte. Dieser Zusammenhang muß gesehen werden. So ist auch dieser Satz zu verstehen, wenn es um die Verantwortung der Deutschen an der Teilung geht.

Der andere Aspekt, den Sie hervorgehoben haben, ist natürlich ein sehr zentraler, die Frage der Wirkung der Politik der Stärke. Ich habe mich in meinen Äußerungen auf die Politik der Stärke der 50er und Anfang der 60er Jahre konzentriert. Ich habe also kein Urteil darüber abgegeben, was in den 80er Jahren passiert ist. Es ist sicherlich richtig, wenn Sie darauf hinweisen, daß die Rüstungspolitik, auch der 80er Jahre, entscheidend zum Zusammenbruch des östlichen Systems beigetragen hat. Wir haben es geschafft es kaputt zu rüsten, sagen wir es einmal so. Aber, wenn wir dieses eben sehen, müssen wir auch immer wiederum die Kosten bedenken, die ja durch diesen Antagonismus der letzten 40 Jahre entstanden sind.

Was heute auch noch nicht zur Sprache gekommen ist, ist ja zum Beispiel auch der atomare Wettlauf, der in der zweiten Hälfte der 50er Jahre einsetzte und der sicherlich auch einen Grund darin hatte, daß die Anerkennung des Status quo einvernehmlich nicht geregelt werden konnte. Dadurch entwickelte sich dieser Wettlauf, um jeweils der anderen Seite immer eine Nasenlänge voraus sein zu können. Mit anderen Worten: Der Rüstungswettlauf ist auch eine Folge

der nichterfolgten Politik der Verständigung, des Ausgleichs zwischen den verschiedenen Machtblöcken, die sich herausgebildet haben.

Mir geht es immer wieder darum, das ist gewissermaßen die Quintessenz meines Plädoyers gewesen, zu zeigen, daß hier nicht eine gute und eine schlechte Linie ist und gewissermaßen die eine Seite immer alles richtig gemacht hat, sondern ich betone die Interaktion zwischen den verschiedenen Seiten sehr stark, von einer interessengeleiteten Politik ausgehend, mit dem dann zu beobachtenden Resultat. Das ist das Ergebnis der Analyse. Ich setze nicht, bevor ich analysiere, erst einmal ein Werturteil, sondern wenn ich höre, daß die Sowjetunion beispielsweise ein Interesse daran hat, daß dieses Deutschland nicht in den westlichen Block abdriftet, ist das doch absolut legitim. Das verstehe ich aus der Perspektive der Sowjetunion. Ob wir das nun wollen, ist eine ganz andere Frage.

Ein letzter Punkt vielleicht nochmal zu der Frage der Handlungsspielräume. Das ist ja auch eine sehr wichtige Frage der Option. Auch hier ist es wieder wichtig, die historische Offenheit der Situation zu sehen. Aus der rückschauenden Perspektive sieht alles sehr viel logischer aus und sehr viel konsequenter und einheitlicher, als es in der historischen Situation gewesen ist. Es gibt eine ganze Reihe, und Sie können anfangen bei dem Byrnes-Plan 1946 über den Robertson-Plan von 1948 bis hin zu Churchills Initiative von 1953, nehmen Sie Berija noch dazu, nehmen Sie Stalin noch dazu und alle möglichen, immer wieder sind also maßgebliche Politiker mit dem Gedanken befaßt gewesen, doch diesem Wunsch der Deutschen, der so sich artikulierte, nachzugeben und eine Lösung für eine Vereinigung Deutschlands zu finden. Und immer wieder, wenn diese Ideen auftauchten, kam ganz deutlich das Signal von der westdeutschen Politik: Stop, so nicht, wir wollen es nicht. Und das ist der Punkt. Es ist keine Initiative in dieser Weise genutzt worden – ich spreche ja jetzt nicht über Berija, ich spreche gerade über die verschiedenen westlichen Initiativen. Ich kann Ihnen das gerne einmal zeigen, wo man das nachlesen kann.

Fazit also: Ich denke, es bleibt noch eine ganze Menge zu tun, um auf den Weg zu einem gesamtdeutschen Geschichtsbild zu kommen. Dieses kann eben nur gelingen, wenn auf jeder Seite auch die Bereitschaft zur Selbstkritik besteht, an der jeweils eigenen Politik, wie sie da betrieben worden ist.

**Stellv. Vorsitzende Margot von Renesse:** Der Aufruf zur Selbstkritik und jetzt Herr Dr. Wettig.

**Priv. Doz. Dr. Gerhard Wettig:** Es juckt mich eigentlich, jetzt noch einmal in Polemik einzusteigen, aber das will ich lieber doch nicht tun. Statt dessen möchte ich einfach meine Freude über das zum Ausdruck bringen, was Herr Weisskirchen geäußert hat und wie Sie, Herr Koschyk, darauf reagiert haben. Dies gibt mir die Hoffnung, daß die weitere Diskussion, die wir darüber führen werden und die sicherlich nicht unkontrovers sein wird – es gibt ja

unterschiedliche Blicke auf die Fakten, es kommen auch unterschiedliche Fakten in den Blick und überdies sind wir unterschiedliche Menschen –, bei einem solchen Herangehen an die Dinge von einer Offenheit für die wechselseitigen Überlegungen geprägt wird, so daß wir nicht notwendigerweise immer gegeneinander diskutieren, sondern miteinander. Das ist meine Hoffnung.

**Stellv. Vorsitzende Margot von Renesse:** Und siehe, wir schafften es doch noch, zu einer versöhnlichen Beendigung des heutigen Tages zu kommen. Ich danke Ihnen, daß sie mit Leidenschaft dabei waren. Das ist ja auch ein brisantes Thema, denn es hat etwas mit Selbstschau und Sich-Wiederfinden zu tun, in Hoffnung und Enttäuschung. Ich denke, genauso wie Sie es, Herr Dr. Wettig, gesagt haben, Weisskirchen und Koschyk, irgendwo paßte das zusammen. Das wird uns vielleicht in der Zukunft helfen. Meine Damen und Herren, ich beende die öffentliche Sitzung.

Ende der Sitzung 15.50 Uhr

**Anlage**

**Prof. Dr. Horst Möller**
**Schwerpunkte der Politik Konrad Adenauers in bezug auf die Deutschlandpolitik und die Westintegration, 1949–1963**

**Manuskriptfassung**

In diesem Vortrag kann es sich nicht darum handeln, möglichst viele einzelne Fakten der Politik Adenauers zu präsentieren, vielmehr geht es mir darum, die Grundlinien in ihren historischen Zusammenhängen zu beschreiben.

I

Zwei Faktoren, die Aufteilung Deutschlands und der weltpolitische Gegensatz zwischen den USA und ihren Alliierten auf der einen und der Sowjetunion und ihren Satelliten auf der anderen Seite, wurden zu Determinanten jeglicher Deutschlandpolitik nach 1945. Die Möglichkeiten für eine deutsche Beteiligung resultierten aus der Entwicklung des Dualismus von West und Ost seit Kriegsende, setzten aber die Teilung Deutschlands faktisch voraus, da sie als einzige Gemeinsamkeit der ehemaligen Anti-Hitler-Koalition übrigblieb: In den Überlegungen der Westalliierten **und** der Sowjetunion galt die deutsche Teilung als Unterpfand für die Sicherheit vor einem soeben besiegten aggressiven deutschen Nationalismus.

Ein wesentliches mentales Element trat hinzu: Ganz anders als nach dem Ersten Weltkrieg näherten sich die Wünsche der Westdeutschen ziemlich bald den politischen Wertvorstellungen der westlichen Welt an. Und in diesem Sinne bilden die Deutschlandpolitik und die Westintegration der Bundesrepublik einen außerordentlich vielschichtigen Prozeß, an dem eine Fülle politischer, ökonomischer, gesellschaftlicher und psychologischer Faktoren beteiligt waren.

Innerhalb dieser Rahmenbedingungen gestaltete Konrad Adenaer seine Deutschlandpolitik und trieb die Westintegration der Bundesrepublik in den vierzehn Jahren seiner Kanzlerschaft voran.

Hatte es zwischen 1945 und 1949 weder einen außenpolitischen Spielraum noch überhaupt eine Institution oder ein Verfassungsorgan gegeben, das legitimiert gewesen wäre, eine außenpolitische Linie auch nur zu formulieren, so veränderte sich die staatsrechtliche und völkerrechtliche Ausgangslage mit der im Herbst 1949 erfolgten Gründung der Bundesrepublik Deutschland. Erst jetzt konnte von Außenpolitik im engeren Sinne, soweit sie über theoretische Konzeptionen hinausging, die Rede sein. Allerdings hatte schon das Jahr 1948 die

Ausgangsposition für die Politik der künftigen Bundesrepublik konkretisiert: Die Währungsreform in den drei Westzonen am 21. Juni 1948, die Berliner Blockade vom 24. Juni 1948 bis 12. Mai 1949, die Überreichung der Frankfurter Dokumente durch die Militärgouverneuere der USA, Großbritanniens und Frankreichs an die elf deutschen Ministerpräsidenten am 1. Juni 1948, der Beginn der Verfassungsberatungen im Herrenchiemseer Verfassungskonvent bzw. im Parlamentarischen Rat seit August bzw. September 1948 markieren neben anderen Ereignissen die Gründungsphase der Bundesrepublik, die allesamt eine verstärkte Westorientierung der drei Westzonen beinhalten.

Konrad Adenauer beschrieb in seiner ersten Regierungserklärung vom 20. September 1949 diesen Bedingungszusammenhang, von dem seine Außen- und Deutschlandpolitik ausgehen mußte. Vor dem Deutschen Bundestag führte er unter anderem aus: „Der einzige Weg zur Freiheit ist der, daß wir im Einvernehmen mit der Hohen Alliierten Kommission unsere Freiheiten und unsere Zuständigkeiten Stück für Stück zu erweitern versuchen . . . es besteht für uns kein Zweifel, daß wir nach unserer Herkunft und nach unserer Gesinnung zur westeuropäischen Welt gehören.“ Und in bezug auf die Teilung Deutschlands konstatierte der erste Bundeskanzler damals: „Diese Teilung... ist durch Spannungen herbeigeführt worden, die zwischen den Siegermächten entstanden sind. Auch diese Spannungen werden vorübergehen. Wir hoffen, daß dann der Wiedervereinigung... nichts mehr im Wege steht.“

Es ist ausgeschlossen, in der vorgegebenen Kürze das komplexe Geflecht der Außen und Deutschlandpolitik Adenauers zu entwirren. Ich beschränke mich daher auf wenige Grundlinien und Entscheidungspunkte, ohne eine chronologische Nachzeichnung der Stationen zu versuchen.

Adenauers Außenpolitik ist durch Kontinuität in den Grundlinien und durch Flexibilität in den Einzelfragen gekennzeichnet. Rückschläge in außenpolitischen Gestaltungsfragen, beispielsweise das Scheitern der EVG 1954, führten nicht zur Änderung des außenpolitischen Kurses, weil situationsbedingt Alternativen zur EVG innerhalb des Gesamtrahmens seiner Politik realisierbar waren. Nach 1945 prägte die Berufung auf die kulturelle Tradition des Abendlandes Adenauers Koordinatensysteme für eine künftige Gestaltung noch erheblich stärker als nach 1918. Der kulturelle, militärische und politische Gegenspieler zu Europa hieß nun Asien: Die Sowjetunion zählte Adenauer kaum zu Europa, Europa war für ihn das christliche Abendland. Aus der Perspektive der Entwicklung der späten 1980er und 90er Jahre mag dies befremden: letztlich Europa ohne Osteuropa, das nach dem Zweiten Weltkrieg unter sowjetische Hegemonie geriet.

Adenauers Option für ein liberaldemokratisches Verfassungssystem westlichen Typs unterlag angesichts dieser bereits 1947 in einem Brief an Paul Silverberg benannten Frontstellungen, die dann den „Kalten Krieg“ zwischen West und Ost prägen sollten, keinem Zweifel: Eine wie immer geartete Neutralität

Deutschlands konnte es für ihn nicht geben. Das galt für die ethischen Grundlagen ebenso wie für die innenpolitische Gestaltungsform des neu zu errichtenden Deutschland. Es galt aber auch für Adenauers außenpolitische Lagebeurteilung. Nur die Verständigung mit Frankreich konnte in seinen Augen verhindern, daß Frankreich und die Sowjetunion sich wie schon vor dem 1. Weltkrieg auf Kosten Deutschlands bzw. nun der Bundesrepublik Deutschland einigten. Wie die meisten Politiker seiner Generation war er von Einkreisungsängsten nicht frei. Adenauer wollte also außen- wie innenpolitisch eine Umkehr vom politischen „Sonderweg" Deutschlands gegenüber Westeuropa. Und da aufgrund der weltpolitischen Konstellation und der Besatzungsherrschaft der vier Siegermächte dieser Weg einstweilen nicht mit Gesamtdeutschland gangbar war, ging Adenauer ihn und konnte ihn nicht anders gehen allein mit dem westdeutschen Teilstaat. Seine politische Werteskala lautete dann auch in Anlehnung an eine Formulierung Eugen Gerstenmaiers, und zwar in dieser Reihenfolge und nicht etwa gleichrangig: Freiheit, Frieden, Einheit.

Angesichts dieser Ausgangssituation wird deutlich, welchen Rang die Verständigung mit Frankreich für diese Politik der Westintegration einnehmen mußte, zumal sie sehr viel schwerer erreichbar war als mit den anderen westlichen Großmächten USA und Großbritannien, die weder durch eine Besatzungsherrschaft der NS-Diktatur heimgesucht worden waren noch in direkter territorialer, wirtschaftlicher oder militärpolitischer Konkurrenz zu Deutschland standen.

Dabei waren die institutionellen Möglichkeiten Adenauers, seine innen- und außenpolitischen Konzeptionen in praktische Politik umzusetzen, beträchtlich. Bezeichnend ist, daß der Bundeskanzler und CDU-Vorsitzende bis 1955 zugleich Außenminister blieb und sich auch nach der Ernennung Heinrich von Brentanos zum Außenminister direkte Informationen und Einflußnahme auf tagespolitische Entscheidungen vorbehielt. Trotz Adenauers prägender Rolle in der westdeutschen Außenpolitik ließen sich seine Ziele natürlich nicht ohne weiteres realisieren. Er hatte es nicht nur mit der innenpolitischen Opposition der SPD zu tun, nicht nur mit konkurrierenden, auch Frankreich betreffenden außen-, europa- und deutschlandpolitischen Vorstellungen in den eigenen Reihen in der Frühzeit etwa Jakob Kaisers und bis 1957 seitens der Koalitionspartner, sondern vor allem mit den zum Teil erheblich differierenden deutschlandpolitischen Plänen der Westalliierten.

## II

Nach 1949 spielte sich die Politik der Bundesrepublik Deutschland in dem dauernden Spannungsverhältnis zwischen der faktischen Teilung und dem

fortbestehenden Anspruch auf Einheit ab. Diese grundsätzliche Problematik bildete die wesentliche Ursache für den Streit der politischen Parteien über die einzelnen Schritte der Westintegration der Bundesrepublik. Doch betraf dieser Streit nicht das Ziel der Wiedervereinigung, sondern den bestmöglichen Weg dorthin, waren doch Wiedervereinigungsgebot und die Einbindung in die demokratische Staatengemeinschaft als primäre Ziele staatlicher Politik in der Präambel des Grundgesetzes verfassungsrechtlich definiert und wurden von keiner der demokratischen Parteien in Frage gestellt.

Bestand zwischen den Regierungsparteien CDU/CSU und FDP bis kurz vor dem Abschluß des sogenannten Deutschlandvertrages am 26. Mai 1952 in der Gestaltung der Deutschlandpolitik wie der Westintegration keine Differenz, so zeigten sich zur Konzeption der SPD, die bis 1952 entscheidend von Kurt Schumacher bestimmt worden war, erhebliche Differenzen.

Schumachers Vorstellungen waren in hohem Maße von gesellschaftspolitischen Überzeugungen geprägt. Daß die Reorganisation Europas in seinen Augen stärker von konservativen und kapitalistischen Elementen bestimmt wurde als von sozialistischen, brachte Schumacher in eine Frontstellung zu der sich ab 1948/49 verstärkenden Westintegration. Und da die SPD seit 1949 auf die Opposition beschränkt blieb, verstärkte sich der Zug zu einer Programmatik, die sich immer mehr von der tatsächlichen weltpolitischen Konstellation entfernte.

Bei allen Ähnlichkeiten der Adenauerschen und Schumacherschen Konzeption, beide Männer waren dezidiert antikommunistisch und waren überzeugte Verfechter der Magnet-Theorie und der Politik der Stärke, die übrigens eher von Schumacher als von Adenauer formuliert worden war, so blieb Schumacher in einem Punkt illusionär und in einem anderen unbeweglich: Illusionär in bezug auf die Möglichkeit, Europa als eine vom demokratischen Sozialismus dominierte Kraft zwischen den Blöcken zu etablieren; unbeweglich in bezug auf die USA, denen er viel skeptischer gegenüberstand als Adenauer.

Entsprechend betonte der SPD-Vorsitzende den im Bonner Grundgesetz angelegten Provisoriumscharakter des westdeutschen Staates. Kritisierte Schumacher jedoch nur Form und bestimmte Inhalte der Westbindung, so entwickelten seine Nachfolger in der Mitte der 1950er Jahre eine eher prinzipielle Ablehnung des Westkurses von Konrad Adenauer.

Vorrangiges Ziel der Außenpolitik Adenauers blieb zwischen 1949 und 1955 die Wiedererringung der völkerrechtlichen Gleichberechtigung und staatlichen Souveranität der Bundesrepublik. Dieses mittelfristige Ziel suchte er durch schrittweise Erweiterung des deutschen Handlungsspielraumes zu erreichen; das Petersberger Abkommen vom 22. November 1949 stellte den ersten Schritt in diese Richtung dar. Ihm folgte der am 18. April 1951 geschlossene Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, den die SPD-Führung um Kurt Schumacher strikt ablehnte, ein Konfrontationskurs,

dem eine sozialdemokratische Minderheit um Wilhelm Kaisen und Ernst Reuter, die eher zur Politik Adenauers tendierten, unterlag.

Einen weiteren Meilenstein bildete der bereits genannte Deutschlandvertrag, der sowohl bei der FDP als auch in Teilen der CDU auf Kritik stieß. Der Widerstand konkretisierte sich vor allem an der sogenannten Bindungsklausel im Artikel 7, Absatz 3 des Vertragswerkes, der den automatischen Eintritt in die Rechte aus dem Deutschlandvertrag seitens des wiedervereinigten Deutschland vorsah. Bundesminister Jakob Kaiser sah in der Klausel eine Möglichkeit für die sowjetische und sowjetzonale Propaganda, die Echtheit des Willens der Westmächte und der Bundesrepublik zur Wiedervereinigung zu bestreiten.

Bedrohlicher für die Politik des Kanzlers war jedoch die Opposition durch den Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU im Bundestag, Heinrich von Brentano. Adenauer entschloß sich daraufhin, Brentano zum amerikanischen Außenminister Dean Acheson zu schicken, um gegebenenfalls eine Neuformulierung zu erreichen. Der neuen Fassung des New Yorker Völkerrechtlers Philip Jessup, die die automatische Bindung eines künftigen Gesamtdeutschland aufhob, stimmte von Brentano am 19. März 1953 zu.

Ähnliche Vorbehalte gegen den „Bindungsautomatismus“ formulierte die FDP, deren Widerspruch anfangs keineswegs nur aus der nach der Nichtberücksichtigung Dehlers bei der Kabinettsbildung 1953 resultierenden persönlichen Gegnerschaft zwischen Bundesjustizminister Thomas Dehler a.D. und Konrad Adenauer entstand.

Adenauers Bestreben, die volle staatliche Souveränität zurückzugewinnen, manifestierte sich in der Änderung des Deutschlandvertrages vom 23. Oktober 1954. In Artikel 1, Absatz 2 hieß es ausdrücklich: „Die Bundesrepublik wird ... die volle Macht eines souveränen Staates über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten haben“. Der deutschlandpolitische Vorbehalt, demzufolge die Alliierten Mächte für Angelegenheiten zuständig blieben, die Deutschland als Ganzes bzw. Berlin betrafen, blieb in Kraft. Auch die militärische Präsenz der drei Westmächte blieb erhalten. Der letzte Schritt zur Erringung der vollen Souveränität der Bundesrepublik Deutschland in bezug auf ihre Innen und Außenpolitik wurde bekanntlich mit Inkrafttreten der Pariser Verträge am 5. Mai 1955 erreicht.

III

Bis etwa 1954 bestand in der Frage der Verwirklichung dieser Politik kein grundlegender Dissens zur FDP, die im November 1952 auf ihrem Parteitag in Bad Ems den Zusammenschluß der freien Völker Europas, positive Anstrengungen zur Entspannung in Ost und West und nicht zuletzt

die Ratifizierung der EVG-Verträge und des Deutschlandvertrages gefordert hatte.

Anders die SPD: Sie opponierte inzwischen grundsätzlich gegen den Abschluß der Europa-Verträge, da die Bundesregierung nicht legitimiert sei, so weitreichende militärpolitische Vereinbarungen zu treffen. Im Falle ihrer Verabschiedung kündigte die Partei vorsorglich an, eine Revision im Bundestag anzustreben. Die Wahlniederlage 1953 erschütterte die SPD derart, daß ihre Desorientierung eher noch wuchs. Allerdings begann sich 1954/55 der Widerstand der Sozialdemokraten gegen die Westverträge abzuschwächen.

In der Logik der deutschland- und außenpolitischen Konzeption Adenauers jener Jahre war es nur konsequent, sich durch Stalins Notenoffensive im Frühjahr 1952 nicht irritieren zu lassen. Auf die Einschätzung, hier sei durch die Bundesregierung eine wirkliche Chance zur Wiedervereinigung vertan worden, braucht hier nicht näher eingegangen zu werden. Es handelt sich bis heute um eine periodisch und eher aus politischen, denn aus wissenschaftlichen Gründen wiederholte Hypothese, die ausschließlich aus den sowjetischen Akten verifiziert oder, was wahrscheinlicher ist, endgültig falsifiziert werden könnte. So oder so: die sowjetischen Noten waren nicht an die Bundesregierung gerichtet, sondern an die drei Westalliierten, Adenauer hatte also nur indirekten Einfluß auf die Zurückweisung. Bis heute muß man realistischerweise von einer „Legende der verpaßten Gelegenheiten“ sprechen. Es überrascht, daß immer wieder die Behauptung unkritisch wiederholt wird, Stalin habe freie Wahlen angeboten. Einmal abgesehen von der Tatsache, daß man in der DDR bis 1989 genügend Anschauungsmaterial hat, was kommunistische Machthaber unter freien Wahlen verstehen, hat Stalin selbst dieses Scheinangebot entlarvt, indem er sich von vornherein weigerte, in Gesamtdeutschland, also auch der DDR, Wahlen unter UN-Kontrolle zuzulassen.

Nach der blutigen Niederschlagung der Freiheitsbewegung in der DDR im Juni 1953 war eine gemeinsame Verhandlungsbasis mit den von der Sowjetunion eingesetzten Machthabern endgültig unmöglich geworden, die Niederschlagung des Ungarn-Aufstandes 1956 demonstrierte, daß auch Stalins Nachfolger nicht bereit waren, Staaten aus ihrem Herrschaftsbereich zu entlassen.

In bezug auf die Formen der Europapolitik blieb Adenauer, wie gesagt, flexibel: Er stimmte sowohl supranationalen Lösungen zu, wie sie der Schuman-Plan in bezug auf die europäische Montanindustrie enthielt, die den französischen Wirtschaftsinteressen und dem Sicherheitsbedürfnis Rechnung trugen, als auch lockeren Gestaltungsformen, wie auch in den EWG und Euratom begründenden Römischen Verträgen von 1957, die aber anders als die Montanverträge von 1952 die Kompetenzen der einzelnen nationalen Regierungen nicht antasteten.

Voraussetzung für die Rückkehr der Bundesrepublik Deutschland in die Völkergemeinschaft war die Verständigung mit Frankreich. Und sie war nur über europäische Lösungen zu erzielen; die Europapolitik wurde insofern zum Instrument von Adenauers Frankreichpolitik. Später so genannte „vertrauensbildende Maßnahmen" gehörten deshalb zu seinem ständigen politischen Repertoire. Dazu zählte vor allem seine Kompromißbereitschaft in der Saarfrage, in der die SPD und auch die FDP eher kompromißlos die nationalstaatlichen Interessen der Bundesrepublik vertraten.

Die FDP hatte sich in den Jahren bis zum Bruch der Koalition im Februar 1956 unverkennbar von einer anfänglichen Europaeuphorie zu einer stärker nationalgesamtdeutsch orientierten Politik hin bewegt, während die SPD wohl auch unter dem Eindruck der zunehmenden Bejahung des Westkurses in der Öffentlichkeit zu einem vergleichsweise konstruktiven Oppositionskurs zurückfand, für den Persönlichkeiten wie Fritz Erler oder Helmut Schmidt standen.

Einen Maßstab für den Erfolg der Politik Adenauers stellt nicht zuletzt die Annäherung der SPD an die Grundlinien der CDU seit dem Godesberger Parteitag im November 1959 dar. Dezidiert akzeptiert wurde die Westintegration der Bundesrepublik etwa in der berühmten, vom SPD-Bundesvorstand ausdrücklich gebilligten Rede, die Herbert Wehner im Bundestag am 30. Juni 1960 hielt. Eine vergleichbare Annäherung vollzog die FDP nach dem Bundesparteitag am 28. und 29. Januar 1960 in Stuttgart, auf dem Erich Mende zum Vorsitzenden der Partei gewählt wurde. Hier wurden erneut die Weichen für eine Koalition mit der CDU/CSU gestellt.

Im Oktober 1954 sah Adenauer in einer Frankreich zufriedenstellenden Lösung der Saarfrage die entscheidende Voraussetzung für die Billigung der Verträge über NATO-Beitritt und Souveränität der Bundesrepublik durch die französische Nationalversammlung.

Zweimal kamen Adenauer jedoch unerwartete Entwicklungen zuhilfe, als seine Politik zu scheitern drohte. Als die Assemblée Nationale EVG-Verträge und den ersten Deutschlandvertrag von 1952 am 30. August 1954 ablehnte, wurde im September und Oktober 1954 in der Londoner und Pariser Konferenz eine Ersatzlösung gefunden, die alle Ziele Adenauers realisierte. Die Bundesrepublik Deutschland wurde Mitglied der NATO, in deren Rahmen sie einen bedeutenden Verteidigungsbeitrag zu leisten hatte, sowie der Westeuropäischen Union und erhielt die Souveränität. Erst seitdem hätte die Bundesrepublik theoretisch eine eigenständige Außenpolitik betreiben können, doch fehlte nach wie vor ein Friedensvertrag, und die Westmächte behielten nach wie vor deutschland- und berlinpolitische Kompetenzen. Mit anderen Worten: Außenpolitische Spielräume bestanden im Prinzip nur innerhalb der nun im völkerrechtlichen und bündnispolitischen Sinn sanktionierten Westintegration.

Das Saarland kehrte nach Ablehnung des Saarstatutes durch die Saarbevölkerung und den daran sich anschließenden Verhandlungen mit Frankreich am 1. Januar 1957 zu Deutschland zurück.

Damit war der Weg zu einer dauerhaften deutsch-französischen Partnerschaft geebnet. Sie sollte eine Erneuerung und besondere Akzentuierung mit der Konstituierung der V. Republik Charles de Gaulles im Jahre 1958 erfahren. Als der General Adenauer in der seit dem Chruschtschow-Ultimatum von 1958 einsetzenden Berlinkrise unterstützte, auf der anderen Seite die amerikanische Außenpolitik nach dem krankheitsbedingten Rücktritt von John Foster Dulles gegenüber der Sowjetunion erheblich unsicherer wurde, suchte Adenauer mehr und mehr die Kooperation mit dem französischen Staatspräsidenten.

Wenn Adenauer am 21. September 1963 anläßlich seines Abschiedsbesuches als Bundeskanzler bei de Gaulle in seiner Tischrede in Rambouillet sagte, er betrachte den deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 als „Hauptwerk seiner 14jährigen Tätigkeit als Bundeskanzler“, dann mag das eine durch die Situation stimulierte Übertreibung gewesen sein, ist aber doch in einem weiteren Sinne zutreffend: Eine korrespondierende französische Deutschland- und Europapolitik, deren Protagonisten Robert Schuman und Jean Monnet gewesen waren und die Charles de Gaulle auf eine neue Ebene hob, wurde auf diese Weise möglich bzw. erleichtert. Das war im Jahre 1949, als Adenauer sein Amt antrat, noch alles andere als wahrscheinlich.

Ich komme abschließend vom Kernproblem deutsch-französischer Verständigung wieder auf die Grundlinien der Außenpolitik Konrad Adenauers und seiner Regierung zurück.

Die Erlangung der Souveränität 1955, der NATO-Beitritt sowie die Gründung der EWG 1957 markieren seit der Mitte der 1950er Jahre den Abschluß der Westintegration der Bundesrepublik in völkerrechtlicher, militärischer und wirtschaftspolitischer Hinsicht. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Sowjetunion war Ausdruck eines schließlich erreichten, wenn auch begrenzten Handlungsspielraums und zugleich der Versuch, sich nicht allein mit den westlichen Nachbarn auszusöhnen, sondern ebenso ostpolitische Lösungen zu suchen. Am Ende seiner Kanzlerschaft findet sich, wie Hans-Peter Schwarz bemerkt hat, bei Adenauer die Erkenntnis, daß das langfristige Wiedervereinigungsziel zwar nicht aufgegeben werden sollte, daß aber begrenzte Zwischenlösungen, „eine wie auch immer gestaltete Form des modus vivendi im geteilten Deutschland“, unvermeidlich seien.

Aber auch zu diesem Zeitpunkt änderte sich Adenauers grunsätzliche Prioritäten-Skala Freiheit und Frieden vor Einheit nicht. Und das ist auch nicht verwunderlich: Freiheit hatte ein Teil der Deutschen nach zwölf Jahren nationalsozialistischer Diktatur mit Hilfe der Westintegration erreicht, während sie 18 Millionen Deutsche weiterhin entbehren mußten. Der Wunsch nach Freiheit wurde zum Fluchtmotiv für viele Millionen Menschen und trug schließlich

sehr viel später, 1989, zum schnellen Ende der kommunistischen Diktatur in der DDR bei. Wollte man die Freiheit wenigstens eines Teils Deutschlands erhalten, so bestand zur Politik Adenauers in seiner Regierungszeit keine wirkliche Alternative. Und das gilt trotz der sich als unrealistisch erweisenden Prämisse, Stärkung des Westens und Konsolidierung der Bundesrepublik würden eine Wiedervereinigung Deutschlands, d. h. einen Anschluß der DDR an die Bundesrepublik, bewirken. Sie hat sich erst Jahrzehnte später, 1989/90, bewahrheitet. Gerade die geschichtliche Entwicklung unterstreicht, welche politische Bedeutung der historischen Forschung über Adenauer und seine Zeit heute beizumessen ist, oder, um Benedetto Croce zu zitieren: „Jede wirkliche Geschichtsschreibung ist stets 'zeitgenössisch', d. h. aus den intellektuellen und moralischen Bedürfnissen des Augenblicks entstehend."

Die 1990 erreichte Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit bestätigt die Weisheit der politischen Weichenstellung Konrad Adenauers.